

Glanz und Elend der deutschen Geschichte 2000 bis 2016 Band 7

Der Zahlmeister des EU-Einheitsstaates

Band 7/127: 04.11.2015 – 15.12.2016

04.11.2015

BRD: Die Tageszeitung "Die Welt" berichtet am 4. November 2015: >> **Energiewende:**

So teuer wird der Atomausstieg für die Deutschen

Bis Ende 2016 wird ein deutscher Durchschnittshaushalt die Energiewende mit 540 Euro subventioniert haben – Tendenz steigend. Besonders schlimm daran: Das Projekt ist noch nicht einmal erfolgreich.

Eine Grundsatzrede Sigmar Gabriels zur Energiepolitik? Lange her. Das letzte Energiegesetz im Bundestag? Noch länger her, Herbst 2014. Ruhig war es um die Energiewende fast schon geworden. Der Wirtschaftsminister arbeitete in den vergangenen Monaten zwar am Ausstieg aus der Kohle. Doch schwarz auf weiß konnte er zuletzt wenig vorweisen.

Das ändert sich in der kommenden Woche. Das Bundeskabinett wird das große Strommarktgesetz beschließen. Zum "Energie-Kabinett" hat das Wirtschaftsministerium die Sitzung am Mittwoch erklärt. Am Donnerstag tagt dann zum ersten Mal die Atom-Kommission, die eine Lösung für die Rückstellungen der Energiekonzerne für den Atomausstieg suchen soll. Freitag berät der Bundestag über die Reform der Kraft-Wärme-Kopplungs-Förderung.

Die Energiewende rückt wieder in den Blickpunkt. Doch für Gabriel wäre es vielleicht besser, das Großprojekt wird weiter von der Flüchtlingskrise überlagert. Zur Halbzeit seiner Amtszeit zeigt sich: Auch er kann die Kostendynamik nicht durchbrechen. Und die Klimaziele sind weiter in Gefahr – weil die Politik auf die falschen Zahlen schaut.

Steigende Systemkosten werden versteckt

Dabei sollte die Energiewende so etwas sein wie Gabriels Meisterstück. Zunächst war er auch auf einem guten Weg. Die Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) boxte er 2014 gegen Widerstände durch. Sogar die EEG-Umlage, über die die Stromverbraucher den Ökostrom subventionieren, sank (im) vergangenen Herbst. Doch nur ein Jahr später steigt die Umlage wieder, wenn auch nur geringfügig auf 6,35 Cent pro Kilowattstunde. Gabriel wertete das dennoch als Erfolg. Es sei gelungen, "die EEG-Umlage zu stabilisieren und den Haushaltsstrompreis sogar leicht zu senken".

Bei seiner Jubelmeldung unterschlug Gabriel allerdings, daß es sich bei der Umlage für 2016 immer noch um einen Rekord handelt. Und zudem kommt es darauf allein nicht mehr so an. Entscheidender sind die "Netzentgelte", in denen die Politik die steigenden Systemkosten der Energiewende versteckt. Die Abgaben erheben die Netzbetreiber von den Stromkunden für die Bereitstellung der Stromnetze. Sie machen inzwischen 23 Prozent des Strompreises aus, Tendenz steigend.

So müssen die Verbraucher über die Netzentgelte jene 1,6 Milliarden Euro tragen, die die Kraftwerksbetreiber für den Reservebetrieb ihrer Kohlemeiler erhalten sollen. Dies hatte Gabriel vergangene Woche mit den Betreibern von Kohlekraftwerken ausgehandelt. Zudem treibt die Erdverkabelung neuer Stromtrassen, die CSU-Chef Horst Seehofer Gabriel abgerun-

gen hat, die Kosten um bis zu zwölf Milliarden Euro in die Höhe.

Zusätzliche Kosten von 540 Euro pro Haushalt

Unions-Fraktionsvize Michael Fuchs rechnet daher bei den Netzentgelten für 2016 mit einem kräftigen Aufschlag von acht bis zehn Prozent – rund zehn Euro plus Mehrwertsteuer für einen Haushalt. "Ich frage mich, wie der Verbraucher das alles noch stemmen soll", sagt Fuchs. Denn schon in den vergangenen Jahren sind die Belastungen stark gestiegen, wie Berechnungen der Energieexpertin Esther Chrischilles vom Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW Köln) für die "Welt am Sonntag" zeigen. Demnach werden für einen Durchschnittshaushalt Ende 2016 seit dem Atomausstieg 2011 zusätzliche Kosten in Höhe von 540 Euro angefallen sein.

Versprochen hatte Angela Merkel anderes. In ihrer Regierungserklärung zur Energiepolitik drei Monate nach dem Reaktorunglück in Fukushima erklärte die Kanzlerin im Juni 2011, Strom müsse bezahlbar bleiben. Die EEG-Umlage von damals 3,5 Cent solle nicht weit über dieses Niveau steigen. Vier Jahre später läßt sich konstatieren: Diese Versprechen wurden gebrochen. Von den insgesamt 540 Euro Mehrkosten für einen Durchschnittshaushalt seit 2011 entfallen laut dem IW Köln allein 350 Euro auf die Förderung von Öko-Strom.

So kommt allerhand zusammen. Denn die Netzentgelte sind seit 2011 ebenfalls gestiegen – ein Durchschnittshaushalt wird um 142 Euro stärker belastet. Kommt die Novellierung zur Förderung der Kraft-Wärme-Kopplung wie geplant, fallen je 30 Euro mehr gegenüber 2011 an. Andere Posten wie die Haftungsumlage für den verspäteten Anschluß für Windanlagen auf hoher See sind seit 2011 ganz neu hinzugekommen. Kostenpunkt dieser Umlage: 17 Euro mehr für die Stromverbraucher.

Zweifel am Erfolg der Energiewende

"Die meisten Umlagen sind verteilungspolitisch bedenklich", sagt Chrischilles. Denn sie treffen vor allem ärmere Haushalte. "Gabriel hat nichts unternommen, um die Kosten für die Verbraucher zu drosseln", sagt Grünen-Fraktionsvize Oliver Krischer. "Erst herrscht bei der Energiewende über ein Jahr lang Stillstand. Und dann fehlen wesentliche Eckpfeiler im Gesetz wie eine Reform der Netzentgelte." Auch die Wirtschaft macht sich Sorgen. "Mehrbelastungen für Unternehmen und Privathaushalte in Höhe von 100 Milliarden Euro in zehn Jahren sind nicht unrealistisch", sagt DIHK-Chef Eric Schweitzer. Die Politik solle die Notbremse ziehen und etwa auf die höhere KWK-Förderung verzichten.

Befürworter der Energiewende argumentieren: Der Atomausstieg verursacht nun einmal Kosten. Aber ist die Energiewende nicht dennoch ein Erfolg? Seit Inkrafttreten des EEG vor 15 Jahren ist der Anteil des Ökostroms auf 28 Prozent gestiegen. Zeigt das nicht, daß Atom- und Kohlestrom ersetzbar sind? Wissenschaftler des Physikalischen Instituts der Universität Heidelberg haben ihre Zweifel. Sie stellten jüngst fest: Trotz dreistelliger Milliarden-Beihilfen deckt die Windkraft erst 1,2 Prozent des gesamten deutschen Energiebedarfs, die Solarenergie sogar nur ein Prozent.

Wie kann das sein? Beliefert nicht eine Windkraftanlage mehr als tausend Haushalte mit Strom? Sollten bei den mehr als 20.000 Windrädern nicht 20 Millionen Haushalte mit Ökostrom versorgt sein? Ist damit die Energiewende nicht fast schon geschafft? "Nein", stellten die Physiker fest. So hat der gesamte deutsche Stromverbrauch nur einen Anteil von 14 Prozent am Gesamtenergie-Verbrauch Deutschlands. Und die privaten Haushalte stehen wiederum nur für 26 Prozent des gesamten Stromverbrauchs.

Der Beitrag von Ökostrom zum Klimaschutz ist damit fast verschwindend gering. "Selbst wenn alle Haushalte in Deutschland ihren Strom aus erneuerbaren Quellen bezögen, so wären erst 3,6 Prozent der Energiewende geschafft", sagt Studienautor Dirk Dubbers. Tatsächlich müßte der Klimaschutz eher bei der Heizenergie oder dem Verkehr ansetzen. "Wird im Verkehrssektor acht Prozent weniger Kraftstoff verbraucht, so spart dies mehr Energie ein, als

alle bestehenden Windkraftanlagen produzieren", so Dubbers.

Doch die Politik pickt sich lieber Daten heraus, die klimapolitisch weniger relevant sind, dafür aber den schönen Schein der Energiewende wahren. Im Ausland verfährt das schon lange nicht mehr. Beim Weltenergieerat diese Woche in Äthiopien bekamen die deutschen Vertreter viele Fragen gestellt – besonders zu den steigenden Kosten der Energiewende.<<

11.11.2015

BRD: Stefanie von Berg (Bündnis 90/Die Grünen) erklärt am 11. November 2015 vor der Hamburgischen Bürgerschaft (x354/78): >>... Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, unsere Gesellschaft wird sich ändern, unsere Stadt wird sich radikal verändern, ich bin der Auffassung, daß wir in 20, 30 Jahren gar keine ethnischen Mehrheiten mehr haben in unserer Stadt. Und ich sage Ihnen ganz deutlich, gerade hier in Richtung rechts: Das ist gut so.<<

18.11.2015

BRD: Herbert Ludwig berichtet am 18. November 2015 in seinem Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" über die politischen Parteien (x935/...): >>Das Verhängnis der politischen Parteien

"Grobsein darf nur dann entschuldigt werden, wenn man durchaus recht hat; das aber hat keine Partei, weil sie eben Partei ist." (Goethe)

An den Parteien ist schon viel kritisiert worden: ihre Korruption, ihre Macht, daß sie sich den Staat für ihre Interessen zur Beute gemacht haben, den sie auch noch benutzen, um sich von ihm (d. h. vom Steuerzahler) finanzieren zu lassen usw. Aber die noch so harsche Kritik hält dies alles nur für Auswüchse einer Fehlentwicklung. Die grundsätzliche Notwendigkeit der Parteien im gesellschaftlichen System der Demokratie wird kaum bezweifelt. Und so heißt es ja auch in dem (von den Parteien gemachten) Parteiengesetz gleich zu Beginn: *"Die Parteien sind ein verfassungsrechtlich notwendiger Bestandteil der freiheitlichen demokratischen Grundordnung."*

Sicher, das Entstehen von Parteien ist historisch verständlich, wenn man z.B. an die Gründung des "Allgemeinen deutschen Arbeitervereins" und der "Sozialdemokratischen Arbeiterpartei", den Vorläufern der SPD Mitte des 19. Jahrhunderts denkt. Wie hätte das hilflos ausgebeutete Industrieproletariat neben der Gewerkschaftsbewegung anders als über eine Partei eine Verbesserung seiner Lage anstreben und erreichen sollen.

Aber in einer konsolidierten demokratisch orientierten Gesellschaftsverfassung müßte das grundsätzlich Verfehlte von Parteien, die sich wütend bekämpfen und Brutstätten von Egoismus und Machtsucht sind, längst erkannt sein. Das kann man natürlich von den Parteien selbst nicht erwarten. Es liegt hier ein schweres Versäumnis der Wissenschaftler des Staatsrechts und der Soziologie vor, von der Pseudo-Politikwissenschaft, die das Bestehende im Grunde nur dienend rechtfertigt, gar nicht zu reden.

Wesen der Partei

Das Wort "Partei" kommt von lateinisch "pars", was der Teil bedeutet. Parteien vertreten weltanschauliche und konkret politische, wirtschaftliche oder kulturelle Teil-Interessen, die sie durch möglichst viele Vertreter im Gesetzgebungsverfahren des Parlamentes und in der Regierung durchsetzen wollen. Es handelt sich um organisierte Gruppeninteressen, die primär nicht das Ganze, sondern Einseitigkeit und Egoismus eines Teiles im Auge haben.

So prallen mit den Parteien verschiedene Gruppenegoismen im Kampf um die Macht über die Gesetzgebung aufeinander. Und wer durch die Wahl die Mehrheit der Stimmen im Parlament erhalten hat, kann dem Ganzen des Volkes Gesetze aufzwingen, die den Interessen eines Teiles, einer Gruppe, dienen, was zwangsläufig die Vernachlässigung und Unterdrückung der Interessen der Anderen bedeutet.

Das hat mit einem nach Gerechtigkeit geordneten Gemeinwesen nichts zu tun. Der Staat als die rechtliche Verfaßtheit aller muß für die Berücksichtigung der berechtigten Interessen aller

sorgen. Dies wird durch Parteien, die das Gesetzgebungsverfahren in den Händen haben und von denen die quantitativ stärkste die Gesetze bestimmt, gerade verhindert. Es ist erstaunlich, wie sich Staatsrechtler um diese Erkenntnis herumdrücken. So dichtet der einflußreiche Staatsrechtler Theodor Maunz den Parteien an:

"Der Parteiwille ist eine einseitige Ausprägung des immer nur gesuchten gemeinsamen Staatswillens. Der Geist des Ganzen lebt schon in der Partei, die nur ein 'Moment' am Ganzen ist, nämlich an dem nach politischer Gestaltung drängenden verborgenen Volkswillen."
(Nach Wikipedia: *Politische Partei*)

Abgesehen davon, daß es keine wesenhaften Personen *Partei, Staat* oder *Volk* gibt, die einen Willen haben könnten - es ist immer der Wille einzelner Menschen, der zum bestimmenden gemacht wird - lebt in einer Partei eben nicht der *Geist des Ganzen*, denn sonst wäre sie eben keine Partei. *"Partei ergreifen ist: ein besonderes Interesse haben, eine einseitige Sache vertreten."* (Hegel)

Es ist gerade nicht so, daß die Parteivertreter im Parlament die berechtigten Interessen eines Standes, einer sozialen Schicht einbringen würden, damit sie mit den berechtigten Interessen aller anderen in Einklang gebracht und so das Ganze gerecht geordnet werde. Dann gäbe es im Parlament keine Partei-, sondern wirkliche Volksvertreter. Die Parteien wollen jedoch gerade die Macht erringen, damit sie ihre einseitigen Gruppeninteressen egoistisch zu den das Ganze bestimmenden machen können. Maunz erhöht die Partei an der Wirklichkeit vorbei zu einem hohlen Ideal, um ihre Existenz staatsrechtlich zu rechtfertigen.

Wir sprechen ja auch im sonstigen Leben von parteiischem Verhalten und Parteienbildung. Kläger und Beklagte im gerichtlichen Zivilprozeß heißen Parteien. Da sie beide einseitig ihre Interessen vertreten, in die sie sich in der Regel egoistisch verbissen haben, können sie kaum selbst zu einer gerechten Einigung kommen. Daher bedarf es einer objektiven Instanz, welche die Gerechtigkeit des Ganzen im Auge hat und die Entscheidung trifft.

Im Sport gibt es den Schiedsrichter, dem kein einseitiger Siegeswille den Blick auf die tatsächlichen Vorgänge vernebelt, und der die Interessen beider Mannschaften gleichermaßen im Auge hat. Im Parlament gibt es keinen institutionellen Sachwalter des Ganzen, der die gerechte Entscheidung fällt. Hier entscheidet die Interessengruppe, die durch das quantitative Übergewicht die Macht dazu errungen hat.

Lobbyismus

Es gibt noch andere Interessengruppen, die nach der Vorhalle des Parlaments benannten Lobbyisten. Lobbyismus ist die persönliche argumentative Einflußnahme organisierter Interessengruppen auf die Legislative und Exekutive. Sie wollen, daß die eigenen Interessen nicht nur berücksichtigt werden, sondern möglichst bestimmend in die Gesetze eingehen und sie prägen. Im Jahr 2014 waren beim deutschen Bundestag offiziell 2.221 Interessen-Verbände und deren Vertreter registriert.

Der Intention nach unterscheiden sich Lobbyisten-Gruppen aber überhaupt nicht von den Interessengruppen der politischen Parteien. Beide sind parteiisch und wollen, daß ihre Interessen politisch maßgebend sind. Der Unterschied ist lediglich, daß die Parteien die Gesetzgebungs- und Regierungs-Apparate besetzt halten und die anderen Interessen-Verbände nun bei ihnen um Einfluß buhlen müssen. Es ist daher wieder eine Verklärung, wenn der Staatsrechtler Maunz schreibt:

"Im Gegensatz zu den Willensrichtungen partikularer Interessenverbände hat der Parteiwille nur Sinn in Bezug auf den staatlichen Gesamtwillen. Die Tätigkeit der Parteien dient dem Wohle des ganzen Volkes."

Auch der "Parteiwille" zielt nicht auf den "staatlichen Gesamtwillen", also richtiger auf das Gesamtwohl. Das einzig Richtige an dem Satz ist, daß der *"Parteiwille nur Sinn in Bezug auf den Gesamtwillen"*, also das Gesamtwohl, hätte. Aber dann wäre die Partei eben keine Partei

mehr. Als Partei hat sie in Bezug auf das Gesamtwohl in der Tat keinen Sinn. Es ist eine furchtbare Verwaschenheit der Begriffe. Er legt etwas in die Partei hinein, was nicht in ihr vorhanden ist, ihren Begriff unvermerkt aufhebt und egomanische Schädlinge zu Wohltätern des Volkes erhebt.

Keine Volksvertreter

Die von den Parteien gestellten Abgeordneten sind keine Volks-, sondern Parteivertreter, deren partikulare Interessen sie im Parlament wahrnehmen. Sie verschleiern das natürlich gerne, indem sie als "Volksvertreter" ausgegeben werden. Doch das geflügelte Wort "*Wer glaubt, daß Volksvertreter das Volk vertreten, der glaubt auch, daß Zitronenfalter Zitronen falten*" drückt schon in sarkastisch-bitterer Weise den wahren Sachverhalt aus.

Nach Art. 38 des Grundgesetzes sind die Abgeordneten des Deutschen Bundestages zwar "*Vertreter des ganzen Volkes, an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen*". Das ist aber, seitdem die Abgeordneten ausschließlich von den Parteien gestellt werden, eine Fiktion, die sie zur Täuschung und Vernebelung der Wähler vor sich hertragen.

Die Interessen der Partei, die die parteiischen Abgeordneten zu vertreten haben, sind, wie wir alle wissen, mit den Interessen des ganzen Volkes nicht identisch. Die SPD vertritt heute noch nicht einmal die tief berechtigten Interessen ihrer eigenen ursprünglichen Klientel, der Arbeiterschaft, sondern weitgehend die der Unternehmer.

Weicht ein Abgeordneter von der ausgegebenen Linie der Partei- oder Fraktionsspitze ab, verschlechtert sich rapide das persönliche Klima zu ihm. Er wird gemieden, verliert bei nächster Gelegenheit seinen Sitz in einem Ausschuß und muß bei fortgesetztem grundgesetzkonformem Verhalten damit rechnen, bei der nächsten Wahl von der allmächtigen Partei nicht mehr als Kandidat aufgestellt zu werden.

Demokratiefeindlichkeit

Die Partei und ihre Fraktion im Parlament sind hierarchisch aufgebaute Organisationen, die ihre Mitglieder zur Durchsetzung von gemeinsamen Interessen zusammenbinden. Dies kann ja auch nur bei geschlossenem Vorgehen erreicht werden. Der Einzelne ist an die durch Mehrheitsbeschluß oder Vorstands-Vorgaben verordneten Parteirichtlinien gebunden. Seine eigenen Einsichten, Erkenntnisse und Motive spielen demgegenüber keine Rolle mehr.

Er unterliegt dem Gruppenzwang, der ihn als freie Individualität, auf der doch die Demokratie beruhen soll, ausschaltet und zum gehorsamen "Parteisoldaten" degradiert. Das wird nicht dadurch anders, daß er seine parteiinternen Vormünder wählen kann. Der Mensch, durch Erkenntnis und Selbstbestimmung über das Tier erhoben, wird im "Hohen Hause", wie der Volksmund treffend sagt: zum "Stimmvieh".

Von daher liegt die Gesetzgebung de facto nicht bei den Abgeordneten, sondern bei ihrer Partei. Gesetzgeber ist im Grunde nicht das Parlament, sondern die Mehrheits-Partei oder Koalitionsrunde, wo die Gesetzesvorhaben beschlossen werden. Das Parlament stellt nur noch formal das Forum dar, auf dem der Gesetzgebungsprozeß als leeres Theaterstück für das Volk abläuft. Da zudem Parlamentsmehrheit und Regierung von derselben Partei gestellt werden, ist die Gewaltenteilung von Legislative und Exekutive praktisch aufgehoben.

Auch die Judikative ist von Parteimitgliedern durchsetzt und ihre Unabhängigkeit durchlöchert, was sich besonders gravierend beim Bundesverfassungsgericht, dem Hüter und maßgebenden Ausleger des Grundgesetzes auswirkt. Die 16 Richter werden je zur Hälfte von Bundesrat und Bundestag gewählt, also von Vertretern der Landesregierungen, die natürlich Parteien angehören, und von Parlamentariern, die Vertreter von Parteien sind. Die Parteien bestimmen also nach dem Proporz die Richter, die natürlich einer Partei angehören oder ihr besonders nahe stehen.

Das treibt Blüten, wie z.B. die folgende: Durch Urteile von 1966 und 1968 hatte das BVerfG

der (von den Parteien 1959 eingeführten) staatlichen Parteienfinanzierung immerhin Grenzen gesetzt, eine öffentliche Kontrolle und die grundsätzliche Beteiligung auch außerparlamentarischer Parteien verlangt. Dies wurde von den Parlamentsparteien unterlaufen, indem enorm wachsende Zuschüsse nicht in die Parteikassen, sondern an die Fraktionen, Abgeordneten und Parteistiftungen flossen.

Eine Klage der Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP), geführt von dem Staatsrechtler Prof. Hans Herbert von Arnim, wurde kürzlich nach über dreijährigem schriftlichen Verfahren als unzulässig verworfen. Der die Entscheidung vorbereitende Berichterstatter des 2. Senats war Peter Müller, vorher 12 Jahre CDU-Ministerpräsident des Saarlandes, 2011 vom Bundesrat, der Kammer der Landesregierungen, zum Bundesverfassungsrichter gewählt (vgl. *Junge Freiheit* 44/15).

Die Parteien durchsetzen also alle Bereiche der Macht des Staates und heben die Gewaltenteilung auf, da die Amtsträger überall Mitglieder oder Sympathisanten derselben Partei sind, die daher praktisch alle Gewalt in ihrer Hand hält. Die Parteien sind grundsätzlich demokratiefeindlich.

Die Wurzel des Problems

Der entscheidende, heftig umkämpfte neuralgische Punkt des Systems ist der Gesetzgebungs-Mechanismus des Parlamentes. Wer ihn mit der Mehrheit in Besitz hat, stellt auch die Regierung, was über die Parlamente und Regierungen der Länder auch die Mehrheit im Bundesrat, der zweiten Gesetzgebungskammer, bedeutet. Die Omnipotenz, alle Lebensbereiche der Menschen gesetzlich lenken und regeln zu können, macht die ungeheure Anziehungskraft des parlamentarischen Gesetzgebers für alle Interessen-Gruppen aus.

Das Parlament ist der Flaschenhals, durch den alle wirksame gesellschaftliche Beeinflussung und Bestimmung - in Gesetze gegossen - hindurch muß. Hier sammeln sich daher wie die Schmeißfliegen alle Interessen-Gruppen, die Parteien im Innern, die anderen in der Lobby, um ein möglichst großes Stück der Macht über Menschen zu ergattern.

Die Omnipotenz der parlamentarischen Gesetzesmaschine über alle Lebensgebiete ist anmaßend, unrechtmäßig und demokratiewidrig. Sie ist das Übel, das stets weitere Übel nach sich zieht. Wird sie der Gesetzgebung genommen, dann schwindet auch deren Anziehungskraft auf die egoistischen Interessengruppen. Die heutige "Demokratie", die diese omnipotente Regelungskompetenz vom absolutistischen Obrigkeitsstaat unreflektiert übernommen hat, verrät damit ihre eigene Grundlage, auf der sie angeblich beruht: die Selbstbestimmung des mündigen Menschen.

Wirtschaft und Kultur sind die Lebensbereiche, in denen die Menschen aktiv und schöpferisch handelnd tätig sind. Darin bilden und entfalten sie ihre Fähigkeiten, um ihre Ideen selbstbestimmt zu verwirklichen. Hier lebt sich aus und entfaltet sich der Mensch mit seiner ganzen Persönlichkeit, wofür ihm nach Art. 2 des Grundgesetzes das zentrale, unantastbare Grundrecht der allgemeinen Handlungsfreiheit garantiert ist. In dem Maße, in dem der Staat hier das Handeln inhaltlich vorgibt und reglementiert, wird aber die freie Selbstbestimmung des Menschen beschnitten und aufgehoben.

Die Freiheit gründet sich auf die grundsätzliche Möglichkeit jedes Menschen, sein Handeln aus eigener Erkenntnis in die Zusammenhänge selbst vernünftig bestimmen zu können. In dieser Freiheit sind alle Menschen gleich. Das heißt, niemand hat das Recht, auch die Abgeordneten nicht, den anderen die Erkenntnismöglichkeit und damit die Freiheit abzusprenken, sich über sie zu stellen und ihnen von oben vorzuschreiben, was und wie sie in diesen Lebensbereichen zu handeln haben.

Sowohl in der Wirtschaft als auch in der Kultur mit ihrem Kern des Bildungswesens haben daher inhaltlich lenkende Gesetze des Staates nichts zu suchen, da dadurch immer ein Über- und Unterordnungs- also ein Untertanenverhältnis geschaffen wird. Diese Bereiche müssen

prinzipiell durch Selbstverwaltungen geordnet werden, in denen die freien Bürger die Einrichtungen und Aktivitäten vertraglich horizontal koordinieren. Für Parteien und andere Interessengruppen gibt es dann dafür an der bisherigen Gesetzgebungsmaschinerie keinen Ansatzpunkt mehr.

In Schillers Drama *Wallenstein* heißt es: "*Das eben ist der Fluch der bösen Tat, daß sie, fortzeugend, immer Böses muß gebären.*" Die omnipotente Regelungsanmaßung des Staates ist die böse Tat, der verruchte Knackpunkt, der als weiteres Übel die Zusammenrottungen egoistischer Teilinteressen-Vertreter und Machtsüchtiger in den politischen Parteien zur Folge hat. Beide Übel deformieren auch den heutigen Demokratieversuch zum Obrigkeitsstaat, zur Parteien-Oligarchie.

Der Staat ist die Rechtsgemeinschaft aller, die ihre Existenznotwendigkeit daraus bezieht, gemeinsam für den Schutz der Menschen nach außen und nach innen zu sorgen. Wenn das sonst freie Handeln des Menschen verletzend oder zerstörend in die physische oder seelisch-geistige Integrität eines anderen eingreift, also in Gesundheit, Leben, Eigentum, Freiheit des Willens usw., muß die staatliche Gemeinschaft einschreiten und diese Handlungen unter Strafe stellen, bzw. im Zivilrecht durch geltende positive Regeln gerechten Verhaltens rechtlich ungültig machen. Das ist das Gebiet des eigentlichen Rechts.

Indem aber auch Teile des eigentlich freien Handlungsfeldes per Gesetz vorgeschrieben werden, wird dieses nicht zum Recht, sondern im Kostüm des Rechts zum staatlichen Unrecht, das die selbstbestimmte, freie Entfaltung der Persönlichkeit ausschließt. Dieses Thema habe ich in dem Artikel *Macht macht untertän* ausführlich behandelt.

Für das reine Recht verbietet es sich von vorneherein, Vertreter von parteiischen Interessengruppen in das Parlament zu entsenden, die ja heute auch das Recht vielfach nach ihren Interessen zum Unrecht verbiegen. Es müssen unabhängige Bürger sein, die allein durch ihre Kompetenz und ihr lauterer Eintreten für die Gerechtigkeit des Ganzen prädestiniert sind. Die Parteien würden dort landen, wo sie hingehören: im Orkus der Geschichte.

Die Interessen hinter den Interessen

Die den Staat und seine Organe beherrschende scheindemokratische Parteien-Oligarchie gibt die Möglichkeit ab, daß noch ganz andere Interessen sich ihrer bedienen, die nicht offiziell in der Lobby vertreten sind, aber aus dem Hintergrund den größten Einfluß entfalten. So ist für jeden offensichtlich, daß die Politiker aller Parteien heute weitgehend den Interessen der Finanzindustrie dienstbar sind, wie man z.B. an der schon Jahre andauernden Rettung der Banken auf Kosten der Steuerzahler, die als Rettung von Schuldnerländern ausgegeben wird, sehen kann.

Mit Ausnahme der Partei "Die Linke" haben alle Parteien stets mehrheitlich zugestimmt. Man kann nicht oft genug auf die treffende Feststellung des sonst zwielichtigen Coudenhove-Kalergis hinweisen:

"Heute ist Demokratie Fassade der Plutokratie. Weil die Völker nackte Plutokratie nicht dulden würden, wird ihnen die nominelle Macht überlassen, während die faktische Macht in den Händen der Plutokraten ruht. In republikanischen wie in monarchischen Demokratien sind die Staatsmänner Marionetten, die Kapitalisten Drahtzieher: Sie diktieren die Richtlinien der Politik, sie beherrschen durch Ankauf der öffentlichen Meinung die Wähler, durch geschäftliche und gesellschaftliche Beziehungen die Minister. ... Die Plutokratie von heute ist mächtiger als die Aristokratie von gestern: denn niemand steht über ihr als der Staat, der ihr Werkzeug und Helfershelfer ist."

Wenn die Omnipotenz der Gesetzgebung aufgelöst würde, fiel die Parteien-gestützte schein-demokratische Fassade in sich zusammen und mit ihr auch die Herrschaft der Plutokratie.

Noch stärker, aber durchaus im Bunde mit der Finanzindustrie, wirkt der übermächtige Bruder über dem großen Teich auf die Politiker der Parteien ein; auf die in der Regierung über die

diplomatischen und geheimdienstlichen Kanäle, auf den Nachwuchs durch die "Young-Leader-Programme" und Schulungen in den zahlreichen transatlantischen Gesellschaften, in denen sie im Verein mit den Alpha-Journalisten der Medien auf die Außenpolitik der USA und die Militärpolitik der NATO eingeschworen werden. Doch die Einwirkung ist natürlich noch weit komplexer.

Erst dann, wenn die Parteien-Oligarchie in der angedeuteten Weise verschwände, bestünde die Möglichkeit, den bis dahin von Partei-Kollaborateuren gestützten Vasallenstatus Deutschlands allmählich abzuschütteln. ...<<

21.11.2015

BRD: Die "Schweriner Volkszeitung" (SVZ) berichtet am 21. November 2015: >>Der Weg von Angela Merkel: Von "Kohls Mädchen" zur Kanzlerin

Heute ist Angela Merkel auf den Tag genau zehn Jahre Regierungschefin. Ein Blick auf die Anfänge der heute mächtigsten Frau der Welt.

Der Anruf von Chefredakteur Gerhard Deckl aus Neubrandenburg im Herbst 1998 klang wie ein Scherz. "Ein Vögelchen in Bonn hat mir gezwitschert, wer bei der CDU neuer Generalsekretär wird", raunte der knorrige alte Fuchs, der zuvor viele Jahre Korrespondent in der alten Bundeshauptstadt war. "Die Ändschie!" Unglaublich!

Die unscheinbare Frau aus der Uckermark hatte niemand auf dem Zettel. In die Politik war sie über die Bürgerrechtsbewegung "Demokratischer Aufbruch" und dann als Sprecherin des ersten und letzten frei gewählten DDR-Ministerpräsidenten Lothar de Maiziere (CDU) gekommen. Helmut Kohl, übermächtiger Kanzler der Einheit, holte sie als Familienministerin in sein Kabinett, später war sie für Umwelt zuständig. Und erwarb sich zumindest Respekt mit ihrem Verhandlungsgeschick beim Weltklima-Gipfel im japanischen Kyoto. Höher hinaus aber dachte niemand, vor allem wohl nicht sie selbst.

Rückblick: Merkels Bundestags-Wahlkreis liegt eher zufällig in Vorpommern. Organisiert hatte ihr den Ost-CDU-Zampano Günter Krause, einst DDR-Chefunterhändler zum Einigungsvertrag, später umtriebiger "Sause-Krause" als Bundesverkehrsminister. Ihre Kandidatur vor Ort gegen drei West-Kandidaten eingefädelt hatte jedoch der damalige Landrat Wolfhard Molkentin.

"Ich wurde einem relativ strengen Verhör unterzogen", erinnert sich Merkel später an ihre Vorstellungsrunde in Vorpommern, "das gipfelte darin, daß ich sagen sollte, bei welcher Bodenwertzahl man Zuckerrüben anbaut."

Molkentin wollte sich später nicht mehr an solche Strenge erinnern. "Ich habe sie leicht in den Arm genommen, und habe gesagt: Frau Merkel, wenn Sie vor den Bauern stehen und etwas gefragt werden, dann sagen Sie lieber ehrlich, davon habe ich keine Ahnung, als daß Sie den Menschen etwas vorgaukeln." Bis heute holt sich Merkel ihre Weihnachtsgans vom inzwischen pensionierten Hobby-Landwirt Molkentin.

Um aber die derzeit dienstälteste Regierungschefin Europas heute zu verstehen, lohnt ein Blick zu den Anfängen. "Kohls Mädchen" sollte 1998 plötzlich die Volkspartei managen, die nach 16 Jahren Regierungszeit verschlissen und mit ihrem "ewigen Kanzler" Helmut Kohl ein Wahldebakel erlebt hatte. Der neue Partei- und Fraktionschef Wolfgang Schäuble, Kohls ewiger Kronprinz, holte sich ausgerechnet dessen Zögling Angela Merkel als Generälin – und nicht einen "Parteisoldaten", der sich in üblicher Ochsentour hochgedient hatte.

Notbesetzung, hieß es denn auch in der politischen Männergesellschaft, die bleibt nicht lange. Die ist nur Übergang, bis die Herren sich sortiert haben. Doch denkste! Angela Merkel setzte sich fest und arbeitete beharrlich und akribisch am Neuaufbau der Partei, der angesichts einer dilettantisch gestarteten Rot-Grünen Regierung jederzeit drohte, unvermittelt wieder in Regierungsverantwortung springen zu müssen.

Doch Rot-Grün fing sich. Und fast genau ein Jahr später stürzte die CDU in eine existentielle

Krise: Am 16. November 1999 offenbarte Kohl in einem ZDF-Interview, daß er während seiner Kanzlerschaft am Parteispendinggesetz vorbei Millionenbeträge entgegengenommen hatte. Kohl weigerte sich unter Verweis auf sein Ehrenwort, die Geldgeber zu nennen. Ein Ex-Kanzler, der sein Ehrenwort höher stellte als das Gesetz. Da war das Maß wohl voll:

Generalsekretärin Angela Merkel veröffentlichte am 22. Dezember 1999 einen Gastbeitrag in der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" (FAZ), in dem sie die Partei zur Abnabelung aufforderte: "Die Partei muß also laufen lernen, muß sich zutrauen, in Zukunft auch ohne ihr altes Schlachtroß ... den Kampf mit dem politischen Gegner aufzunehmen. Sie muß sich wie jemand in der Pubertät von zu Hause lösen, eigene Wege gehen."

Die oft als Quotenfrau aus dem Osten diffamierte Merkel kratzte nicht nur am Denkmal ihres Ziehvaters, sie stieß es um. Was hat sie da geritten? Womöglich war es gerade die Prägung aus DDR-Zeiten: Merkel hatte erlebt, wie ein "Kabinett der greisen Männer", das Politbüro der SED, die losgelöst von der Wirklichkeit "da draußen" die Bodenhaftung längst verloren und sich in einer Scheinwelt eingegipelt hatten.

Doch trotz dieses Coups und ihrer Spitzenkandidatur zur vorgezogenen Bundestagswahl 2005 wurde sie immer noch nicht von allen für voll genommen. Legendär ist die ARD-"Elefantenrunde", als der gescheiterte SPD-Kanzler Gerhard Schröder in weingeschwängelter Trance sich über ihren Regierungsanspruch lustig machte.

Nun regiert Merkel bereits im zehnten Jahr. Sie konnte dank der rot-grünen Vorarbeiten, vor allem der Agenda 2010, die Ernte einfahren. Andererseits ist unstrittig, daß sie die Weltfinanzkrise für Deutschland erfolgreich managte. In der Ukraine- wie der Griechenland-Krise verschaffte sie sich international gewaltigen Respekt.

Doch nun wächst in der Flüchtlingskrise die Kritik an der Kanzlerin, vor allem in der CDU: 34 Parteifunktionäre verfaßten unlängst einen Brandbrief an die Kanzlerin. "Die gegenwärtig praktizierte 'Politik der offenen Grenzen' entspricht weder dem europäischen oder deutschen Recht, noch steht sie im Einklang mit dem Programm der CDU", hieß es darin. Starker Tobak. Ex-Generalsekretär und CDU-Rebell Heiner Geißler wies die Aufmüpfigen im Oktober öffentlich zurecht: "Hätte sie zuschauen sollen, wie diese Leute in Ungarn verrecken?" Geißler meinte gar: "Angela Merkel hätte den Friedensnobelpreis verdient. Nächstenliebe ist keine Gefühlsduselei und kein Gutmenschentum, sondern eine Pflicht, denen zu helfen, die in Not sind", sagte er in einem Zeitungsinterview.

Während das US-Magazin "Forbes" Merkl einmal mehr zur mächtigsten Frau der Welt kürte, liegt sie in deutschen Meinungsumfragen bei den schlechtesten Werten ihrer Kanzlerschaft. Noch vor wenigen Wochen hatte Schleswig-Holsteins Ministerpräsident Torsten Albig seiner SPD geraten, zur nächsten Bundestagswahl erst gar nicht mit einem Spitzenkandidaten anzutreten.

Momentan ist es auffällig ruhig um Angela Merkel. Mancher Kommentator beschwor schon die "Kanzlerdämmerung" herauf. Sie werden sich wohl wieder täuschen wie viele vor ihnen. Legt man die Erfahrungen zugrunde, dann tut Merkel, was sie immer tat: Sie läßt die Herren aller Ressorts "vortanzen", bis sich Spreu vom Weizen trennt, Loyalität und Apologetentum sich offenbart. Während sie selbst beharrlich internationale Diplomatie zur Bewältigung der Flüchtlings- und der Terrorkrise betreibt. Sorgen um potente politische Konkurrenz muß sie sich nicht machen - weder im eigenen Lager noch bei der SPD.

Sorgen dürfte ihr eher der massive Zulauf für die Rechtspopulisten bereiten. Selbst wenn sie wirklich vorgehabt haben sollte, selbstbestimmt zur Mitte ihrer dritten Kanzlerschaft an einen Nachfolger zu übergeben, so ist sie momentan dazu verdammt, das Zepter in der Hand zu behalten, bis die großen Krisen bewältigt sind. Denn als Verliererin wird sie sich keinesfalls verabschieden wollen.<<

28.11.2015

BRD: Die Tageszeitung "Die Welt" berichtet am 28. November 2015: >>**Merkel zerreißt mit ihrer Politik das Land**

Die Flüchtlingskrise spaltet die Deutschen – und sie können darüber kaum miteinander reden. Wohlfeile Helfer-Ethik ersetzt Realitätssinn und Geschichtspolitik vergiftet das politische Klima.

Man erlebt das öfter in diesen Tagen. In der Familie, am Arbeitsplatz oder am Tresen. Da erzählt einer, wie er seine Garderobe aussortiert und noch brauchbare Kleidung in einer Flüchtlingsunterkunft vorbeigebracht hat.

Aha, sagt ein anderer, und wie ist es da so? Voll, sagt der andere. Werden ja auch immer mehr, sagt ein Dritter. Es reicht aber auch langsam, wirft ein Vierter ein – betretene Blicke, Schweigen, Ende des Gesprächs.

Das Thema Flüchtlinge ist ein Gesprchsblocker. Der Meinungs austausch gelingt nur selten, weil er allzu oft zum Haltungswettbewerb mirt – und weil da gleich ein Verdacht im Raum steht, auf beiden Seiten.

Der eine denkt, der andere halte ihn für zumindest fremdenfeindlich, und der andere tut das oft auch tatsächlich. Und weil es beiden Seiten gleichermaßen peinlich ist, verdächtigt zu werden und zu verdächtigen, fllt man gemein in Schweigen. Und das ist noch die zivilisierte Variante.

Zwei große Lager

Eine solche Alltagserfahrung ist kein Einzelfall. Schenkt man einschlägigen Umfragen Glauben, trennt ein grundsätzlicher Dissens die deutsche Bevölkerung in zwei nahezu gleich große Lager. Die einen befworten die bislang schrankenlose Flchtlingsaufnahmepolitik aus vollem Herzen, die anderen hegen dagegen grundsätzliche Vorbehalte.

Ein Gespräch zwischen den beiden Gruppen kommt vor allem deshalb kaum in Gang, weil, so die Umfragen, die Kritiker von Merkels Flüchtlingspolitik fürchten, in die rechte Ecke gestellt zu werden.

Tatsächlich sorgen nicht wenige der Befworter einer "Willkommenskultur" dafür, daß ihre Kritiker nicht auf moralische Augenhöhe gelangen können: sie werden mit Verweis auf die deutsche Vergangenheit von vornherein diskreditiert.

Die Situation ist also nicht nur stark polarisiert, sie ist zusätzlich kontaminiert durch eine geschichtspolitische Diskursblockade.

Kein Mut, das Asylrecht anzupassen

Das sind keine guten Voraussetzungen, um in einer fundamentalen Frage der deutschen Innen- und Außenpolitik einen dringend notwendigen Konsens zu erzielen. Die Frage, wie diese Diskursblockade in Sachen Flüchtlingspolitik überwunden werden kann, führt zu ihren geschichtlichen Hintergründen.

Die deutsche Asyl- und Zuwanderungspolitik ist hierzulande immer noch durch die deutsche Nazi-Vergangenheit bestimmt. Sie gibt in ihrer weltweit einmaligen Unbegrenztheit ein Versprechen, das nicht einlösbar ist.

Das ging so lange mehr oder weniger gut, wie die Asyl- und Zuwanderungsquoten sich in überschaubarem Umfang hielten.

Dem Realitätstest des aktuellen Flchtlingsandrangs hält dieses Versprechen aber keinesfalls mehr stand. Das weiß im Grunde jeder, aussprechen will das noch immer keine der im Bundestag vertretenen Parteien. Den Regierungsparteien fehlt der Mut, das deutsche Asylrecht endlich realistischen europäischen Standards anzugleichen.

Verdruckste Debatten über Obergrenzen

Die Opposition denkt erst recht nicht daran, weil sie aus taktischem Kalkül das ganze Flchtlingsprojekt für die Regierung so teuer wie möglich machen will. Manche Aktivisten mi-

brauchen Asylpolitik sogar als Werkzeug wirrer globaler Umverteilungskonzepte. Dabei ist der Widerspruch im Land mit Händen zu greifen. Eine gesinnungsethisch begründete Asylpolitik, so verständlich ihr geschichtspolitischer Hintergrund sein mag, taugt nicht zum Management einer Einwanderungsgesellschaft.

Die Erkenntnis aber wird konsequent beschwiegen. Die Folge sind verdruckte Debatten über Obergrenzen und Kontingente, die allesamt auf unrealistischen europapolitischen Voraussetzungen fußen und deshalb zu gar nichts führen können.

Bevor die Deutschen in ihrer Gesamtheit in der Lage sind, ein fruchtbares Integrationsgespräch mit den Neubürgern aufzunehmen, müssen sie unter sich selbst einen tragfähigen Konsens darüber herstellen. Ein solcher Konsens setzt voraus, das Tätertrauma aus der Nazi-Zeit, welches im Grundgesetz-Asyl-Artikel 16 Gestalt annahm, zu rationalisieren und endlich das uneinlösbare unbegrenzte Aufnahme-Versprechen zurückzunehmen.

Wachsende Politikverweigerung

So wie Schweden seine Asylpolitik derzeit einem Realitätscheck unterzieht und mit Begrenzung der Aufenthaltsgenehmigung und Einschränkung des Familiennachzugs die Nähe zu europäischen Standards sucht. Davon ist die deutsche Politik derzeit noch weit entfernt. Im Ergebnis bedeutet diese Entfernung: Merkels Flüchtlingspolitik überdehnt und zerreißt das Land.

Doch dabei handelt es sich um kein Einzelversagen: Die regierungstragenden Parteien, die ja "zur Willensbildung der Bevölkerung" betragen sollen, sind offenbar mit ihrer internen Willensbildung und taktischen Manövern derart ausgelastet, daß ihr Beitrag bislang schlicht ausbleibt.

In das Vakuum, das mangelnder Realitätssinn und vorenthaltene Informationen über die materiell unweigerlichen Konsequenzen der aktuellen Flüchtlingspolitik haben entstehen lassen, drängen radikale und populistische Akteure. Mindestens ebenso besorgniserregend ist die wachsende Politikverweigerung all jener, die weder in der großen Flüchtlingskoalition noch in den rechtspopulistischen Wutbürgern eine angemessene Option sehen.

Diese politische Heimatlosigkeit führt unmittelbar zu Politikverdrossenheit. Dabei gehört es zu den mitunter tragisch anmutenden deutschen Widersprüchen, daß unsere (einst als Wiedergutmachung an der gesamten Welt gemeinte) Asylgesetzgebung sich nun als global wirkender Flüchtlingsmagnetismus erweist – somit das Flüchtlingsproblem, das sie heilen soll, erst mit erschafft.

Überfüllte Turn- und Messehallen

Bei der geschichtspolitisch bedingten Blockade der öffentlichen Diskussion prallt diese Utopie nun auf die Wirklichkeit überfüllter Turn- und Messehallen.

Das sind keine guten Vorzeichen für die zur Bewältigung der Masseneinwanderung unweigerlich anstehenden Ressourcenumwidmungen. Wenn Ethik auf Wirklichkeit trifft, stellt sich schnell heraus, daß auch die nobelste Haltung keine Wohnungen baut und keine Arbeitsplätze schafft.

Eine Grenzöffnung mag per Order des Kanzleramts durchzusetzen sein. Für die Integration von Millionen Flüchtlingen ist die Befehlsform unangemessen und schlicht falsch. Dafür braucht es den breiten Konsens. Noch gibt es keinen Beweis, daß die derzeitige Zuwanderungspolitik zu schaffen ist.

Kann er aber nicht erbracht werden, hat das Folgen für das Vertrauen der Bürger in die gesamte staatliche Ordnung. Dann scheitert nicht nur die Kanzlerin, dann scheitert, was Deutschland ausmacht und zusammenhält.<<

30.12.2015

BRD: Die Tageszeitung "Berliner Morgenpost" berichtet am 30. Dezember 2015: >>1,1 Millionen Flüchtlinge kamen 2015 nach Deutschland

Trotz des Winters machen sich in der Türkei weiter Flüchtlinge auf den Weg in die EU. Im Jahr 2015 waren es etwa 1,1 Millionen.

München/Athen. In Deutschland sind in diesem Jahr nach Angaben der bayerischen Staatsregierung fast 1,1 Millionen Flüchtlinge angekommen. Der Großteil sei über Bayern eingereist, teilte Sozialministerin Emilia Müller (CSU) am Mittwoch in München unter Berufung auf das Erstaufnahme-System "Easy" ("Erstverteilung von Asylbegehrenden") mit.

Der Wille vieler Migranten, Europa zu erreichen, ist ungebrochen. Binnen einer Woche seien fast 30.000 weitere Menschen übers Mittelmeer in Griechenland oder Italien angekommen, so das UN-Flüchtlingshilfswerk UNHCR.

UN-Hilfswerk: 3.735 ertranken oder sind vermißt

Damit seien in diesem Jahr mehr als eine Million Menschen über die Mittelmeer-Route geflüchtet. 848.000 kamen in Griechenland an, 153.000 Flüchtlinge landeten in Italien. 3.735 Menschen seien bei der Überfahrt gestorben oder würden vermißt. Damit nahmen mehr als viermal so viele Menschen wie 2014 die Reise über das Mittelmeer auf sich. Fast die Hälfte der Menschen kam laut UN aus Syrien, jeder Fünfte stammte aus Afghanistan, acht Prozent flohen aus dem Irak.

Einen Monat nach dem Gipfeltreffen der EU mit der Türkei reißt der Flüchtlingszustrom über das Meer nach Griechenland nicht ab. Am Mittwoch kamen erneut rund 3.000 Flüchtlinge an Bord von zwei Fähren im Hafen von Piräus an. Sie hätten zuvor von der Türkei hauptsächlich auf die griechischen Inseln Lesbos, Chios und Samos übergesetzt, wie die Küstenwache mitteilte. Täglich kommen fast 3.000 neue Flüchtlinge und Migranten hinzu, wie griechische Medien berichteten.

Überfahrt aktuell besonders gefährlich

Es ist kalt geworden in der Türkei. Dick eingepackt macht sich eine afghanische Familie auf, um mit einem Boot überzusetzen. Es fahren weniger Boote, seit dem Flüchtlingsgipfel von EU und Türkei, abgerissen ist der Menschenstrom aber nicht.

Das Wetteramt warnte am Mittwoch, daß eine schlagartige Wetterverschlechterung mit starken Winden und eisigen Temperaturen in der Ägäis bevorstehe. Die Überfahrt werde dann äußerst gefährlich.

Die große Mehrheit der Migranten strebt von Griechenland aus über die Balkan-Route nach Deutschland. Rund 160.000 Flüchtlinge blieben nach Angaben aus München in Bayern, die anderen wurden nach dem bundesweiten Verteilungsschlüssel auf alle anderen Bundesländer verteilt. Müller bekräftigte: "Wir brauchen nun dringender denn je eine wirksame Begrenzung der Zuwanderung, denn Deutschland kann diese Zugänge nicht dauerhaft schultern."

Genaue Zahl ist unklar

Unter Fachleuten ist umstritten, wie genau das "Easy"-System die Zahl der Flüchtlinge in Deutschland widerspiegelt. Manche Experten gehen davon aus, daß die tatsächlichen Zahlen noch höher sind, da es wegen der Überlastung der Behörden inzwischen Wochen dauern kann, bis ein Flüchtling registriert wird. Andere glauben, daß die Zahlen niedriger sind, da Mehrfachregistrierungen ebenfalls vorkommen.

Bei dem Sondergipfel hatten die EU und die Türkei einen gemeinsamen Aktionsplan beschlossen, um den Zustrom von Flüchtlingen einzudämmen. Die Europäische Union hat Ankara dafür unter anderem Finanzhilfen in Höhe von drei Milliarden Euro, Visa-Erleichterungen und eine Wiederbelebung des EU-Beitrittsprozesses in Aussicht gestellt.<<

2016

Die schlimmste und gefährlichste Sklaverei ist diejenige, welche von den Menschen deswegen nicht mehr gefühlt wird, weil sie sich daran gewöhnt haben.

Franz von Holtzendorff (1829-1889, deutscher Rechtswissenschaftler und Hochschullehrer)

06.01.2016

BRD: Die "Süddeutsche Zeitung" berichtet am 6. Januar 2016: >>So viele Flüchtlinge kamen 2015 nach Deutschland

- Im vergangenen Jahr wurden so viele Asylanträge wie nie zuvor in Deutschland gestellt - insgesamt 476.649.

- Der mit 34 Prozent größte Anteil der Asylbewerber kommt aus Syrien.

- Die Zahl der tatsächlichen Einreisen von Schutzsuchenden liegt deutlich höher: Dem Innenministerium zufolge wurden fast 1,1 Millionen Personen registriert.

Im Jahr 2015 haben mehr als eine Million Flüchtlinge Deutschland erreicht. Bis zum 31. Dezember registrierten die Behörden genau 1.091.894 Schutzsuchende, wie das Bundesinnenministerium in Berlin mitteilte. Grundlage ist das Erfassungssystem der Länder zur Verteilung der Flüchtlinge (Easy), das jeden eingereisten Flüchtling zählen soll. Doppelerfassungen lassen sich aber nicht ausschließen, auch berücksichtigen die Easy-Zahlen nicht, daß etliche Menschen nach ihrer Registrierung in andere EU-Länder weiterreisen.

Der starke Zuzug habe das Land vor Herausforderungen gestellt, "wie es sie seit der unmittelbaren Nachkriegszeit nicht mehr gegeben hat", sagte Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU). Er dankte Haupt- und Ehrenamtlichen in Behörden, Kirchen und anderen Organisationen, "die teilweise bis zur Erschöpfung da waren, wenn ihre Hilfe gebraucht wurde". Auf allen Politikfeldern werde man jetzt darauf hinwirken, daß die Zahl der nach Deutschland kommenden Asylsuchenden "deutlich verringert wird", betonte der Minister.

Mehr als 476.000 Asylanträge gestellt

Auch die Zahl der Asylanträge in Deutschland ist im vergangenen Jahr stark angestiegen. Beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) wurden 476.649 formelle Asylanträge gestellt, davon etwa 442.000 als Erstanträge. Dies ist eine Steigerung im Vergleich zum Vorjahr um 135 Prozent. Die meisten Asylanträge wurden im Oktober gestellt.

Allein 162.510 Asylanträge wurden von Syrern gestellt, die mit 34 Prozent die größte Gruppe ausmachen. Unter den zehn Hauptherkunftsländern finden sich zudem vier aus der Balkanregion: Serbien, Kosovo, Mazedonien und Albanien. Zusammen mit den Asylbewerbern aus Bosnien-Herzegowina und Montenegro kamen im Jahresdurchschnitt etwa 30 Prozent aller Asylbewerber aus den sechs Staaten des Westbalkans. Allerdings verringerte sich deren Anteil in der zweiten Jahreshälfte nach Angaben des Ministeriums kontinuierlich und lag im Dezember nur noch bei acht Prozent. Zurückgegangen ist im Dezember auch die Gesamtzahl der Asylanträge und eingereisten Flüchtlinge.<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtet am 6. Januar 2016: >>Es muß ein Exempel statuiert werden

Dieter Stein

Köln ist eine Zäsur. Die massenhaften sexuellen Übergriffe, die Gewalt, die nordafrikanische und arabische Männer enthemmt in Gruppen in der Silvesternacht um den Hauptbahnhof der Domstadt an fast 100 Frauen verübten, schockieren Deutschland. Und das zu Recht.

Es sind alptraumhafte, das kollektive Unbewußte aktivierende Bilder, wenn wehrlose Frauen eingekesselt, mißbraucht, entehrt und beraubt werden und sie erleben, daß ihre Gemeinschaft sie nicht zu schützen in der Lage ist. Ivan Jurcevic, Türsteher eines Lokals am Kölner Hauptbahnhof, der Zeuge der Übergriffe wurde, schilderte das Auftreten des Migrantens-Mobs: "Sie kamen mir vor wie eine richtige Armee." Was ist das für eine Nation, was sind das für Män-

ner, die dies zulassen!

Die Auflösung der staatlichen Autorität, der Staatlichkeit Deutschlands insgesamt, die wir beschleunigt seit der Eskalation der Asylkrise Mitte vergangenen Jahres erleben müssen, bekommt durch Köln ein reales, brutales Bild. Das Staatsversagen, das die Merkel-Bundesregierung zu verantworten hat, bekommt durch Köln einen Namen.

Ein nationaler Skandal

Zum nationalen Skandal wird wiederholt das Verhalten öffentlich-rechtlicher Medien und zahlreicher etablierter Presseorgane, die mehrere Tage brauchen, um die Bürger über die Dimension der Kölner Übergriffe realistisch zu informieren. Insbesondere ARD und ZDF hätten aus Sorge darüber, daß Sachverhalte "politisch instrumentalisiert" werden könnten, die Herkunft der Täter lange unterschlagen und statt dessen "Mißtrauen gegenüber den eigenen Zuschauern" demonstriert, wie ein FAZ-Kommentar kritisiert: "Besorgte Journalisten" fühlten sich berufen, "zu verhindern, daß die Meinungsbildung beim Publikum unerwünschte Ergebnisse zeigt". Ebenso empörend sind die anfänglichen Versuche der Kölner Polizeiführung, die Vorfälle klein zu reden oder zu vertuschen.

Ein Schlag ins Gesicht der weiblichen Kölner Opfer ist als Konsequenz auf die Sexualübergriffe die Empfehlung der Oberbürgermeisterin Reker, Frauen sollten bei künftigen Großveranstaltungen wie dem kommenden Karneval ihr Verhalten ändern: Sie sollten Fremde "eine Armlänge" auf Abstand halten, um Angriffe zu verhindern. Besser kann die staatliche Handlungsunfähigkeit und das Versagen der Politik nicht bloßgestellt werden.

Erosion des Rechtsstaates

Es ist überfällig, seit Köln zwingend, daß unser Staat endlich demonstrativ Härte zeigt. Die Regierung muß Polizei und Justiz ermächtigen - notfalls durch Gesetzesänderungen im Eilverfahren, Recht und Ordnung im gesamten öffentlichen Raum mit eiserner Entschlossenheit durchzusetzen. Hierzu müssen die Samthandschuhe ausgezogen und die staatliche Autorität wiederhergestellt werden.

Schon viel zu lange erleben wir die Erosion des Rechtsstaates, der Autoritäten - ein Ergebnis der Achtundsechziger-Kulturrevolution, die dem allgemeinen Laissez-faire den Boden bereitet hat. Junge Männer, wie sie am Kölner Hauptbahnhof aufgetreten sind, müssen die Härte eines Staates spüren, der das Gewaltmonopol in diesem Land beansprucht.

Ein Satz von Ernst Jünger aus dem Jahr 1948 hat auf schockierende Weise angesichts der Auflösung staatlicher Grenzen und Autorität Aktualität gewonnen: "Wo der Liberalismus seine äußersten Grenzen erreicht, schließt er den Mördern die Tür auf. Das ist ein Gesetz."

Die Bundesregierung muß endlich die Grenzen schließen

Es müssen öffentlichkeitswirksame Exempel statuiert werden: Übergriffe dieser Art münden darin, daß Gesetzesbrecher ihr Aufenthaltsrecht in diesem Land augenblicklich verwirken. Wenn das Asylrecht dieser Möglichkeit entgegenstehen sollte (was Juristen bestreiten), straffällig gewordene Asylanten und Ausländer mit Duldungsstatus umgehend und zur Abschreckung innerhalb weniger Stunden oder Tage abzuschicken, dann muß es eben geändert werden. Hierzu fehlt allein der politische Wille.

Die meisten klassischen Einwandererstaaten handeln mit konsequenter, entschlossener Härte, wenn Ausländer auch nur die kleinste Straftat begehen: Wer nicht bereit ist, sich einzufügen, hat hier nichts verloren und keine Zukunft. Schon bei der ersten Gesetzesübertretung muß die Konsequenz heißen: Ausreise.

Wann endlich handelt diese Regierung?

Es ist nicht mehr zu fassen, weshalb öffentliche Plätze unter den Augen der Polizei zum Tummelplatz ausländischer Drogenhändler, Taschendiebe und Autoknacker werden wie der Kölner Hauptbahnhof oder beispielsweise der Görlitzer Park in Berlin. Wenn es nicht hilft, muß die Eingriffsschwelle für die Polizei so lange gesenkt werden, daß selbst bei kleinsten

Verhaltensauffälligkeiten ein Zugriff möglich ist, bis das Recht wiederhergestellt ist und das Auftreten der Ordnungsmacht respektiert wird. Anders wird auch langfristig jede notwendige Integration von Ausländern scheitern.

Doch wann endlich handelt diese Regierung? Die Operationspläne für die Bundespolizei für die Wiederherstellung der Rechtsordnung an unseren Außengrenzen liegen auf dem Tisch. Sie könnten innerhalb von 24 Stunden umgesetzt werden. Doch Merkel handelt nicht!

Die Bundespolizei kann Bahnhöfe und Bürger nicht schützen, weil seit Monaten ihre Kräfte gebunden sind mit der Begleitung eines irrwitzigen Asylantenstroms, der auf Weisung der Bundesregierung unter Bruch geltenden Rechts mit Hilfe staatlicher Organe über die Grenzen geschleust wird!

An der Schwelle zu einem Bürgerkrieg

Die Bundesregierung muß endlich die Grenzen schließen und damit die Handlungsfähigkeit nach außen und innen wiederherstellen. Zwischen der Kapitulation an der Grenze und dem Zusammenbruch der Ordnung am Kölner Hauptbahnhof besteht ein direkter Zusammenhang.

Wir stehen an der Schwelle zu einem Bürgerkrieg, wenn die staatlichen Organe die eigenen Bürger nicht mehr schützen können, schützen wollen oder schützen dürfen. Wo sich der Staat zurückzieht, übernehmen Clans und Mafia das Kommando, dann regiert das Faustrecht. Die Schwachen - siehe Köln - geraten als erstes unter die Räder.<<

04.02.2016

Israel: Die Wochenzeitung "DIE ZEIT" Nr. 6 berichtet am 4. Februar 2016: >>Flüchtlinge in Israel: Knast oder Ausreise

Israels Umgang mit afrikanischen Zuwanderern zeigt, wohin eine Flüchtlingspolitik führt, die auf Abschottung setzt.

Mit gerade mal 21 Jahren ist Brahane Tesfay bereits aus zwei verschiedenen Ländern geflohen. Seit einigen Monaten lebt er in einem kleinen Dorf in Norddeutschland und wartet darauf, daß die Behörden über seinen Asylantrag entscheiden. Erstmals seit sechs Jahren fühle er sich wieder sicher, erzählt er. In seiner Heimat Eritrea sei das nicht so gewesen. Und auch nicht in dem Land, in das er zunächst geflohen war: Israel.

"Ich bin wütend. Fünfeinhalb Jahre habe ich in Israel gelebt, bin dort zur Schule gegangen, habe Hebräisch gelernt, aber das half nichts. Sie wollten, daß ich gehe, nannten mich einen Eindringling", sagt Tesfay. Viele Flüchtlinge, die in Israel waren, berichten Ähnliches. In den vergangenen Jahren haben um die 10.000 nach Israel geflohene Menschen das Land wieder verlassen. Die meisten stammen wie Tesfay aus Eritrea oder aus dem Sudan. Sie fürchten, andernfalls in einem der zwei Spezialgefängnisse zu landen, die der israelische Staat eigens für Zuwanderer betreibt. Die Geschichte von Tesfay sagt viel aus über den Umgang Israels mit seinen Zuwanderern. Sie erzählt von einer harten politischen Linie, von Zäunen, Gefängnissen und einem Streit um rechtsstaatliche Grundsätze.

Schätzungsweise 45.000 afrikanische Flüchtlinge halten sich derzeit in Israel auf, einem Staat mit gerade einmal acht Millionen Einwohnern. Die meisten Schutzsuchenden leben in den Stadtvierteln Neve Scha'an an und Ha'tikva im Süden von Tel Aviv, andere in den Städten Arad, Aschkelon und Eilat. Regelmäßig kommt es dort zu Auseinandersetzungen mit der einheimischen Bevölkerung. Viele verachten die Afrikaner, halten die oft jungen Männer für kriminell und gewalttätig. Ins Land gekommen sind die Flüchtlinge vor allem zwischen 2010 und 2012, illegal über die Grenze zu Ägypten, bis weit über tausend jeden Monat. Dann errichtete Israel einen Zaun. Im Jahr 2014 kamen nur noch 44 neue Flüchtlinge über Ägypten nach Israel. 2015 waren es 168. Der Zaun zeigt also Wirkung. Aber das ändert nichts daran, daß bereits Zehntausende im Land sind.

Kümmern sich die Behörden um sie? "Was ist das für eine Frage?", entgegnet Tesfay. "Als Eritreer bekommt man in Israel bestenfalls eine Busfahrkarte nach Tel Aviv. Anfangs habe ich

dort auf der Straße geschlafen, später in einem Park. Manche finden schnell eine Wohnung oder einen Job, andere nicht." In Kfar-Saba, einer nördlich von Tel Aviv gelegenen Kleinstadt, bekam er schließlich Arbeit. Wie viele Eritreer oder Sudanesen verdiente auch Tesfay sein Geld in der Küche eines Restaurants. Doch solange ihm kein Asyl bewilligt worden war, mußte er alle zwei Monate zur Behörde, um seine vorläufige Aufenthaltsberechtigung zu erneuern.

Als es wieder einmal so weit war, habe ihm die Behörde mitgeteilt, daß er nach Holot gebracht werden solle. So erzählt es Tesfay heute. Holot ist ein Gefängnis für Asylsuchende. Grundlage für dessen Errichtung war das "Gesetz zur Verhinderung des Eindringens". Offizielle Stellen in Israel bezeichnen Immigranten aus Afrika als "Eindringlinge". Das entsprechende hebräische Wort *mistanenim* wurde schon in den fünfziger Jahren verwendet. Damals in Bezug auf Palästinenser, die nach dem Unabhängigkeitskrieg versuchten, nach Israel zu gelangen.

Die Behörden hätten ihn vor die Wahl gestellt, berichtet Tesfay: mindestens ein Jahr Haft in Holot oder 3.500 Dollar und die freiwillige Ausreise nach Uganda oder Ruanda. Er nahm das Geld und flog im Januar 2015 nach Ruanda. In der Hauptstadt Kigali habe man ihm dann seinen Paß abgenommen, sagt er. Polizisten hätten gedroht, ihn zurück nach Eritrea zu schicken. Weil ihn die eritreische Armee aber als Deserteur betrachte, wäre er dort im Gefängnis gelandet. Für 1.000 Dollar Schmiergeld habe man ihn in den Sudan weiterreisen lassen. Und von dort schlug er sich über Libyen, das Mittelmeer und Italien bis nach Deutschland durch. Im April beantragte Tesfay hier Asyl.

Knast oder Ausreise nach Uganda oder Ruanda – das scheinen die Standardalternativen für viele Flüchtlinge zu sein. Allein im vergangenen Jahr seien 2.900 Sudanesen und Eritreer in eines der beiden Länder ausgewandert, berichtet das israelische Innenministerium. Sabine Hadad von der israelischen Einwanderungsbehörde betont, daß all diese Menschen freiwillig gegangen seien. Jeder habe ein Flugticket und 3.500 Dollar bekommen – genau so wie im Fall von Tesfay. "Eindringlinge aus dem Sudan und Eritrea werden von Israel nicht mit Zwang abgeschoben, obwohl das immer wieder behauptet wird, um die Öffentlichkeit in die Irre zu führen", sagt die Behördensprecherin. Das Verfahren sei nach internationalem Recht völlig in Ordnung.

"Panische Angst, Nichtjuden ins Land zu lassen"

"Aber welches Schicksal erwartet diese Menschen?", fragt Sigal Rozen von der israelischen Nichtregierungsorganisation "Hotline for Refugees and Migrants". Wie Tesfay bleiben die meisten nicht in Uganda oder Ruanda, sondern brechen erneut auf – und wählen einen noch gefährlicheren Fluchtweg. Einige fielen in Libyen Terroristen zum Opfer. Andere starben beim Versuch, über das Mittelmeer nach Europa zu gelangen. Die Menschenrechtlerin Rozen macht ihrem Heimatland schwere Vorwürfe: "Israel hat panische Angst davor, Nichtjuden ins Land zu lassen. Dem werden selbst jüdische humanistische Werte untergeordnet, etwa der Schutz von Leben und Hilfe für Bedürftige. Dabei wurde Israel einst selbst von Flüchtlingen errichtet", sagt sie, "und heute kehren wir Flüchtlingen den Rücken zu?"

Asylanträge von Sudanesen wurden bislang ausnahmslos abgelehnt. Von den 5.573 Eritreern, die in Israel seit 2007 um Asyl bitten, waren nur vier erfolgreich. Das geht aus offiziellen Zahlen hervor, die ein Jahr alt sind. Zum Vergleich: In Europa liegt die Erfolgsquote für Eritreer zwischen 70 und 80 Prozent.

Israels Umgang mit Flüchtlingen ist das Ergebnis einer langen und heftigen Auseinandersetzung zwischen der Knesset und dem Obersten Gericht. Als die ersten Afrikaner ins Land kamen, war das israelische Rechtssystem darauf kaum vorbereitet. Nachdem sie bis zu 14 Tagen festgehalten worden waren, schickte man die meisten nach Tel Aviv – ohne zu wissen, ob sie dort jemals legal arbeiten könnten. Im Jahr 2007 entschied der Gerichtshof, 500 Flüchtlingen

aus dem sudanesischen Darfur einen besonderen Status zu gewähren. Das war zwar kein Asyl, zwang aber die Politik, sich mit dem Thema zu beschäftigen. Das tat sie auch. Und es folgte ein spektakulärer Schlagabtausch zwischen Legislative und Judikative. Dessen Ergebnis waren die sogenannten freiwilligen Abschiebungen nach Ruanda und Uganda.

Als die Zahl der Zuwanderer ein Jahr nach der ersten Gerichtsentscheidung langsam stieg, begann das Parlament über mögliche Gegenmaßnahmen zu debattieren. Doch Israel hatte 1951 die Genfer Flüchtlingskonvention unterschrieben. Diese und andere internationale Vorschriften verboten es, Flüchtlinge aus Eritrea und dem Sudan in ihre Heimat abzuschicken. Also beschloß man, sie gar nicht erst ins Land gelangen zu lassen – und baute den Zaun an der Grenze zu Ägypten.

Außerdem richtete man das erste Spezialgefängnis in Saharonim ein, falls es doch jemand schaffen sollte. Die Regierung bezeichnete es als "offene Anstalt", weil die Insassen nur die Nächte dort verbringen mußten. Das allerdings wurde von der Justizverwaltung streng kontrolliert. Und da das Gefängnis weit entfernt von der nächsten Stadt liegt, bestand die Freiheit für die bis zu 1.800 Insassen nur auf dem Papier. Für eine Dauer von maximal drei Jahren durften illegal Eingereiste dort festgehalten werden. Im Herbst 2013 entschied der Oberste Gerichtshof jedoch, diese Praxis sei unverhältnismäßig.

Als Reaktion auf das Urteil ließ Israel zunächst einige Gefangene frei, schaffte dann aber eine neue Rechtsgrundlage und errichtete 2013 in Holot ein zweites Spezialgefängnis. Wie das in Saharonim galt auch dieses offiziell als "offene Anstalt", lag aber abgelegen in der Wüste Negev. Eine zeitliche Obergrenze für die Unterbringung von Flüchtlingen gab es nun aber nicht mehr. Und wer sich nicht an die Regeln in Holot hielt, der mußte mit einem Jahr regulärer Gefängnisstrafe ohne Freigang rechnen – und ohne Gerichtsverfahren. Kritiker betrachten das als klaren Bruch rechtsstaatlicher Prinzipien.

Der frühere Innenminister Gideon Sa'ar, der damals die Errichtung von Holot politisch vorantrieb, lehnte eine Bitte um ein Interview ab. Sabine Hadad von der Einwanderungsbehörde erläuterte jedoch, daß Holot aus zwei Gründen gebaut worden sei: einerseits um Eindringlinge mit dem Nötigsten versorgen zu können, andererseits um sie davon abzuhalten, sich irgendwo im Land anzusiedeln und eine Arbeit aufzunehmen. "Diese Maßnahmen sollen die finanziellen Anreize minimieren, nach Israel zu kommen", sagt sie. Wer die Konsequenzen kenne, werde sich das gut überlegen. Schließlich werde er die hohen Ausgaben für seine Reise nach Israel hier nie wieder erwirtschaften können.

Ende 2013 wurden auch die ersten jener Afrikaner nach Holot geschickt, die bereits lange im Land lebten, mittlerweile Hebräisch sprachen, Wohnung und Arbeit gefunden hatten. Menschenrechtler wandten sich erneut an das Oberste Gericht, Afrikaner demonstrierten vor der Knesset, und das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen kritisierte Israel. Im September 2014 entschied das Gericht, daß Holot widerrechtlich sei und binnen 90 Tagen geschlossen werden müsse, Haftstrafen ohne Prozeß erklärte es für nichtig.

Wieder blieb die Knesset bei ihrer harten Linie. Ende 2014 verabschiedete das Parlament ein neues Gesetz. Asylsuchende sollten nach ihrer Ankunft drei Monate in Saharonim und anschließend 20 Monate in Holot festgehalten werden. Arbeiten dürften sie nicht.

Im August vergangenen Jahres ließ das Oberste Gericht das Gesetz zwar im Wesentlichen passieren, reduzierte die maximale Haftdauer jedoch auf ein Jahr. Holot und Saharonim blieben in Betrieb, doch Gerichtspräsidentin Miryam Naor kritisierte die Regierung scharf. Die Gesetzesänderung betreffe Menschen, "deren einziges Vergehen es war, illegal über die Grenze gekommen zu sein", schrieb sie in einer Stellungnahme. "Als eine Bürgerin Israels wünsche ich mir persönlich mehr Mitgefühl mit diesen Menschen, selbst wenn man sie als Eindringlinge betrachtet."

Das letzte Wort zum Umgang mit Flüchtlingen aus Afrika war aber auch das nicht. Vor weni-

gen Wochen trat eine weitere Fassung des Gesetzes in Kraft. Asylsuchende dürfen nun offiziell bis zu ein Jahr lang festgesetzt werden, ohne weitere Verlängerung. Neuankömmlinge werden für drei Monate in Saharonim eingesperrt und für die restliche Zeit in Holot. Danach gilt für sie, was für die meisten Schutzsuchenden bisher auch galt: In der Regel dürfen sie nach all der Abschreckung in Israel bleiben, selbst wenn ihr Asylbegehren abgelehnt wird.<<

19.02.2016

BRD: Der deutsche Unternehmer und Verleger Bernd Förtsch berichtet am 19. Februar 2016 im Börsenmagazin "DER AKTIONÄR": >>Merkels (Null-)Planwirtschaft

Wer erfolgreich sein will, muß Opfer bringen. Keiner weiß das besser als Kanzlerin Angela Merkel. Wer sich von einer schüchternen Uckermark-Perle zur mächtigsten Frau Europas entwickelt, hat sicher viele Opfer gebracht. Leider wird immer deutlicher, daß sie für ihre Karriere etwas opfert, was mir sehr am Herzen liegt: Deutschland.

Symptomatisch dafür ist die Situation der Versorger, allen voran bei RWE. Die nach Fukushima eingeleitete Energiewende war und ist nichts anderes als Improvisationspolitik aus wahltaktischen Gründen. Das Opfer bringen deutsche Unternehmen und Verbraucher, die im internationalen Vergleich mit die höchsten Energiekosten verkraften müssen. Ein Standortnachteil, der Deutschland Investitionen und am Ende viele Arbeitsplätze kostet.

Denn bei RWE – und im Umkehrschluß dann auch bei E.ON – stehen nicht etwa die Dividenden für die Aktionäre und für Ruhrpott-Kommunen im Feuer. Das ist zu verkraften. Am politisch verursachten Niedergang von RWE und E.ON hängen 120.000 Arbeitsplätze, welche die Kanzlerin potentiell auf dem Gewissen hat. Angesichts des Teufelskreises, in dem sich die Versorger befinden, würde es mich nicht wundern, wenn eines Tages die Verstaatlichung des Energiesektors als "alternativlos" diskutiert wird.

Daß der planwirtschaftliche Irrsinn hierzulande nicht längst zum großen Knall geführt hat, ist der Tatsache geschuldet, daß für Exportweltmeister Deutschland mit Nullzinsen und dem schwachen Euro die denkbar besten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen vorherrschen. Nur deshalb und dank des damit verbundenen größten Steueraufkommens aller Zeiten kann sich Merkels Finanzchef Wolfgang Schäuble für seine schwarze Null auf die Schultern klopfen. Daß es bei diesen Rekorden nicht möglich ist, Schulden zu reduzieren, ist ebenso ein Armutszeugnis wie Schäubles Tragfähigkeitsbericht: Deutschlands Staatsfinanzen sind alles andere als zukunftsfest.

Beunruhigend ist in diesem Zusammenhang die konzertierte Attacke auf das Bargeld. Doch dafür gibt es eine einfache Erklärung: Es müssen künftig eben noch mehr Opfer gebracht werden. In einem rein digitalen Finanzsystem können die Opferlämmer – die Steuerzahler – schneller zur Schlachtbank geführt werden.

Was uns Merkel als soziale Marktwirtschaft verkaufen will, ist in Wirklichkeit nichts anderes als die Wiederauferstehung einer gescheiterten DDR-Planwirtschaft, die vor 26 Jahren begraben wurde. Ein Rückfall in Merkels sozialistische Jugendzeit entspricht nicht meiner Vorstellung von Deutschlands Zukunft.<<

März 2016

BRD: Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtet im März 2016 im COMPACT-Spezial Nr. 9 (x341/8-10): >>Feindbild Mutter

_ von Tino Perlick

Mit ihrem Engagement für die traditionelle Familie verstieß Eva Herman gegen die Genderpolitik. Die Feminismus-Lobby erklärte ihr den Krieg. Um die beliebte "Tagesschau-Sprecherin" zu einer Aussätzigen zu machen, plakatierte sie die Journaille als Nazibraut. Das Berufsverbot bei den GEZ-Medien war die Folge.

Am 9. Oktober 2007 erreichte eine unvergleichliche Hetzjagd in einem Schauprozeß im ZDF ihren medialen Höhepunkt. Nach 50 Minuten öffentlicher Inquisition sprach der gleichnamige

Moderator der Sendung Johannes B. Kerner das Urteil: "Es sind ja doch die besonders spannenden Momente", begann Kerner, "wo man sich selbst so ein bißchen Gedanken macht, wie man weitermacht. Und die hab ich mir jetzt gemacht. Und habe mich entschieden, daß ich mit meinen drei Gästen weiterrede und Dich, Eva, jetzt verabschiede."

Zum ersten und bislang einzigen Mal in der Geschichte des Deutschen Fernsehens mußte ein Talkshowgast vorzeitig gehen, weil er nicht öffentlich Abbitte leisten wollte. Die Ausgestoßene: Eva Herman, 57 Jahre alt, laut TNS Emnid einst beliebteste Fernsehmoderatorin Deutschlands.

Noch wenige Monate zuvor schien Herman im inneren Kreis der deutschen Medienlandschaft fest verankert. Seit 1989 war sie als Nachrichtensprecherin das Gesicht der ARD-Tagesschau gewesen. Darüber hinaus servierte sie ab 1999 den deutschen Zuschauern vor allem leichte Kost wie die NDR-Talkshow Herman und Tietjen.

Als sie im selben Jahr, mit Ende 30, einen Sohn auf die Welt brachte, änderte sich für die Powerfrau alles. Herman befaßte sich ausgiebig mit frühkindlicher Bindungsforschung. Ihr Fazit: Nur ein intensiver Mutter-Kind-Kontakt schützt das Kind in seiner Entwicklung dauerhaft. Fremdbetreuung lehnt sie entschieden ab. In einer Gesellschaft, die die Vereinbarkeit von Beruf und Familie über diverse "Kita-Offensiven" quasi erzwingen will, war sie mit dieser Haltung schon eine Außenseiterin.

Angriff der Feministinnen

Die öffentliche Hetzjagd beginnt im Mai 2006: In einem Cicero-Artikel warnt die in vierter Ehe verheiratete Herman junge Frauen aus leidvoller eigener Erfahrung, sich lieber nicht der Doppelbelastung von Familie und Karriere auszusetzen. Die Moderatorin, eine gläubige Christin, verweist auf den "Schöpfungsauftrag" der Frauen. Den 1968 entfesselten Feminismus macht sie unter anderem für die niedrige Geburtenrate verantwortlich, die einmal zum Aussterben der Deutschen führen werde.

Konservativen Frauen wird meist der Mief der 1950er Jahre unterstellt. Herman jedoch wird sofort mit der Nazi-Keule angegangen: Sie bewege sich "zwischen Mutterkreuz und Steinzeitkeule", schimpft Alice Schwarzer im Spiegel. "Wir müssen doch im Jahr 2006 dem Führer kein Kind mehr schenken." Die Emma-Herausgeberin fordert ihre Leser auf, sich bei der Tagesschau zu beschweren. Dort sieht man die Neutralität der Nachrichtensprecherin in Gefahr und trennt sich erst einmal für die Dauer von zwei Jahren - angeblich einvernehmlich.

Herman nutzt die Zeit, um ihr Buch *Das Eva-Prinzip* zu bewerben. Vor dem Hintergrund der Erkenntnisse aus der Mutter-Kind-Forschung macht sie sich darin erneut für eine traditionelle Rollenverteilung zwischen Mann und Frau stark. Die erste Auflage ist sofort vergriffen, das Publikum ist begeistert. Die Medien hingegen suggerieren, es gebe eine flächendeckende Verachtung für die Thesen der "ostfriesischen Blondine". Mehrmals stören Feministinnen ihre Lesungen.

Mit dem Taz-Artikel *Das Eva-Braun-Prinzip* schlägt die Schriftstellerin Thea Dorn schließlich erneut und besonders hart mit der braunen Keule zu. Aus Hermans Egoismuskritik konstruiert Dorn eine gedankliche Nähe zur Nazi-Ideologie von der Selbstaufgabe für Volk und Führer. Daß sie die Familienpolitik im Dritten Reich in ihrem Buch auf das Schärfste kritisiert, läßt Dorn unerwähnt.

Die Mär von der Nazibraut

Hermans darauffolgendes Buch *Das Prinzip Arche Noah - Warum wir die Familie retten müssen* kritisiert unter anderem die damals noch völlig unbekannte Gender-Mainstream-Forschung. Bei der Buchvorstellung am 5. September 2007 in Berlin distanziert sich die im Netzwerk Laut gegen Nazis aktive Herman gleich zu Beginn von sämtlichen Vorwürfen, rechts zu sein. Nützen wird es ihr nichts.

"Wir müssen vor allem das Bild der Mutter in Deutschland auch wieder wertschätzen, das

leider ja mit dem Nationalsozialismus und der darauf folgenden Achtundsechziger-Bewegung abgeschafft wurde", fordert Herman vor 30 Pressevertretern. "Mit den Achtundsechzigern wurde damals praktisch alles das - alles was wir an Werten hatten - es war eine grausame Zeit, das war ein völlig durchgeknallter hochgefährlicher Politiker, der das deutsche Volk ins Verderben geführt hat, das wissen wir alle - aber es ist eben auch das, was gut war - das sind die Werte, das sind Kinder, das sind Mütter, das sind Familien, das ist Zusammenhalt - das wurde abgeschafft."

Diesen verschlungenen Satz, der in den folgenden Jahren Sprachwissenschaftler und Richter beschäftigen wird, verkürzt Springers Hamburger Abendblatt noch am selben Tag zu folgender Botschaft: "Da sei vieles sehr schlecht gewesen, zum Beispiel Adolf Hitler, aber einiges eben auch sehr gut. Zum Beispiel die Wertschätzung der Mutter."

Tausende Gebührenzahler, die sich beim NDR beschwerten, werden als rechtsextreme Anhängerschaft dargestellt.

Revolverblätter und vermeintliche Qualitätsmedien spitzen weiter zu. "Eva Herman lobt Hitlers Familienpolitik", verkündet die Bild am Sonntag. "Eva Herman und die Mütter unter Hitler", titelt Spiegel Online. Zwei Tage nach der Pressekonferenz kündigt der NDR Hermans Entlassung an. Besonders dreist: Tausende Gebührenzahler, die sich beim Sender darüber beschwerten, werden im ZAPP-Medienmagazin als rechtsextreme Anhängerschaft dargestellt. "Die Frauen zurück an den Herd, die Männer hinaus ins feindliche Leben, dieser Tenor schließt nahtlos an die Nazizeit an", äußert sich Familienministerin Renate Schmidt (SPD), die vielleicht größte Nutznießerin der Situation: Die schärfste Kritikerin ihres wirtschaftskonformen Plans, 750.000 Krippenplätze zu schaffen, ist endlich so gut wie mundtot.

"Ich muß einfach lernen, daß man über den Verlauf unserer Geschichte nicht sprechen kann."
Eva Herman

Es beginnt die gesellschaftliche Ausgrenzung. Kollegen distanzieren sich öffentlich von der, laut Neuer Zürcher Zeitung, "meistgehaßten Frau Deutschlands". Termine, für die Herman gebucht worden ist, werden abgesagt. Die Geschäfte beauftragt eine Sprachanalyse ihrer Aussage und wehrt sich mit rechtlichen Klagen unter anderem gegen den NDR und den Axel-Springer-Verlag. Herman sagt später, sie wolle "Licht ins Dunkel bringen und solange kämpfen, bis die Wahrheit auch in der Öffentlichkeit bekannt ist".

Der Hexenprozeß

Als einen Monat nach der Pressekonferenz die Redaktion von Johannes B. Kerner Herman einlädt, bietet sich ihr dazu die Chance - scheinbar. Thema der Sendung: "Der Fall Eva Herman." Die Besetzung der Runde spricht von Anfang an gegen einen fairen Prozeß: Mit Senta Berger lädt man eine der 28 Frauen ins Studio, die 1971 an der Alice-Schwarzer-Aktion "*Wir haben abgetrieben*" teilgenommen haben. Mit Margarethe Schreinemakers und Mario Barth wird die Geschworenenbank im Weiteren mit desinformierten Laien besetzt. Unerhört ist die Auswahl des Gutachters: Im Zuschauerrang lauert der Historiker Wolfgang Wippermann von der Freien Universität Berlin - ein hartlinker Professor, der auch die Antifa-Szene mit Geschichtsdeutung versorgt.

Der TV-Prozeß verläuft kafkaesk. Daß Hermans Worte schlicht falsch interpretiert worden sein könnten, steht außerhalb jeder Diskussion. Der Antifa-Professor verkauft die Desinformation der Lügenmedien als Tatsachendarstellung: "Das ist in allen Zeitungen. Jetzt sagen Sie, das hat es nicht gegeben. So kann man da nicht mit umgehen als Historiker. Das ist doch sozusagen da." Hermans faktengestützter Hinweis, daß der Privatsender RTL die einzigen Aufnahmen der Pressekonferenz unter Verschuß hält, diagnostiziert er als "Verschwörungsideologie".

Als er Herman belehrt, mit "Gleichschaltung" einen angeblichen Nazi-Begriff verwendet zu haben, erwidert sie schlagfertig: "Es sind auch Autobahnen damals gebaut worden, und wir

fahren heute drauf." Das Trio Berger-Schreinemakers-Wippermann reagiert entsetzt, das Publikum gespalten.

Applaus und Empörung halten sich in etwa die Waage. "Autobahn geht nicht", verwarnt Kerner die Angeklagte. "Das! Geht! Nicht! ... Ich krieg erhöhten Puls", wettert Schreinemakers los. War der Rausschmiß schon im Voraus beschlossen worden? Ein Versprecher Senta Bergrers weist darauf hin. Als die Diskussion zunächst weitergeht, appelliert sie entnervt an Kerner: "Da muß ich mich vorbereiten, muß ihre Bücher kennen - oder aber wir machen, was wir eigentlich auch mal vorgesehen hatten." Der Moderator handelt und wirft Herman aus dem Studio. Als sie geht, applaudiert das Publikum.

"Ich muß einfach lernen, daß man über den Verlauf unserer Geschichte nicht sprechen kann, ohne in Gefahr zu geraten", gibt Herman danach zu Protokoll. Noch vor der Ausstrahlung gibt Deutschlands größte Presseagentur dpa Hermans Haltung falsch wieder: "Wenn man nicht über Familienwerte der Nazis reden dürfe, könne man auch nicht über die Autobahnen sprechen, die damals gebaut wurden." Fast sämtliche Zeitungen übernehmen diese verzerrte Darstellung ungeprüft. Herman wird endgültig zur Unperson.

2009 gibt ihr das Oberlandesgericht Köln Recht: Sie habe den Nationalsozialismus nicht gelobt. Im selben Jahr aber weist das Hamburger Landesarbeitsgericht Hermans Klage gegen die Auflösung ihres Arbeitsvertrages in zweiter Instanz zurück. Damit ist ihr Berufsverbot bei ARD und ZDF zementiert. 2011 entscheidet der Bundesgerichtshof, das Hamburger Abendblatt habe Hermans Aussagen als Lob für die Wertschätzung der Mutter in der NS-Zeit interpretieren dürfen.<<

27.04.2016

BRD: Die "Neue Rheinische Zeitung"-ONLINE veröffentlicht am 27. April 2016 ein Interview mit dem deutschen Dramatiker Rolf Hochhuth: >>Krieg und Frieden

Zum Erscheinen des Buches "Ausstieg aus der NATO – oder Finis Germaniae"

"Wir Deutschen, willenlose Satelliten des Pentagons"

Am 31. März 2016 ist ein ungewöhnliches Buch erschienen. Autor ist Rolf Hochhuth. Es trägt den Titel: "Ausstieg aus der NATO – oder Finis Germaniae". Anlässlich dieses Ereignisses hat Armin Siegert für die russische Nachrichtenagentur Sputnik mit Rolf Hochhuth gesprochen. Sputnik leitet das Interview wie folgt ein: "Rolf Hochhuth, der wohl bekannteste Dramatiker Deutschlands, der vor kurzem seinen 85. Geburtstag feierte, ist bis heute angriffslustig und streitbar. Sein neuestes Buch nennt sich 'Ausstieg aus der Nato oder Finis Germaniae', also das Ende Deutschlands. Sputnik hat den Autor gefragt, was er damit meint."

"Wir sind keine souveräne Macht" - "Wir sind Entmündigte"

Herr Hochhuth, Sie nennen Ihr Buch "Ausstieg aus der Nato oder Finis Germaniae". Was meinen Sie damit?

Ich meine damit, daß die Amerikaner sehr bald ihren geplanten Krieg gegen Rußland anfangen und wir Deutschen dann vernichtet werden - als stärkstes europäisches Kontingent der Nato, als willensloser Satellit des Pentagons. Ich habe ein ganzes Buch geschrieben, um das zu belegen.

Daß ich nicht in Panik rede, sondern aufgrund von Fakten panisch bin, möchte ich an folgenden Beispielen zeigen. Warum führt die Nato einhundert Meter, nicht Kilometer, vor der russischen Grenze, in Narwa, Estland eine Militärparade durch? Frau Merkel hat immerhin noch eine Teilnahme Deutschlands daran verboten. Dies ist ihr aber schon nicht mehr geglückt bei einem Flottenmanöver der Nato vor der Krim. Warum machen die ihre Manöver nicht zum Beispiel in Gibraltar?

Mein Hauptzeuge ist Altbundeskanzler Helmut Schmidt, der vierzehn Tage vor seinem Tode mit höchster Beunruhigung gesagt hat, hört endlich mit dem Unfug der Sanktionen auf. Auch Frau Merkel will das natürlich nicht. Aber wir sind Entmündigte. Das Kabinett hat einen ehr-

lichen Menschen, den Minister Schäuble, der fatalistisch gesagt hat: "Wir müssen uns eben daran gewöhnen, wir sind keine souveräne Macht."

"Die USA werden regiert von der Rüstungsindustrie"

Die amerikanischen Alliierten haben am Ende des Zweiten Weltkrieges Ihre Heimatstadt befreit, sie haben die Genesung der BRD durch den Marshallplan erlebt. Woher kommt Ihr Sinneswandel, sich jetzt gegen den alten Freund, die USA, auszusprechen?

Sie waren eine unglaublich große Nation. Sie haben den Westen Europas befreit, was die Engländer allein nicht hingekriegt hätten. Aber ein Land verändert sich in 75 Jahren. Der Einzelne bleibt ja auch nicht immer gleich. Es sind jetzt andere Leute in Amerika an der Macht, die das vollkommen Wahnsinnige tun, obwohl kein Gegner in Sicht ist. Sie müssen sich immer erst einen suchen jenseits der Weltmeere, im Bewußtsein dessen, daß bei ihnen seit 150 Jahren keine Fensterscheibe kaputt gegangen ist durch Kriege. Und trotzdem geben sie 51 Prozent ihres Gesamtbudgets ins Militär! Zum Vergleich, Bismarck hat während seiner drei Kriege niemals mehr als 25 Prozent des Etats ins Militär gesteckt. Wozu also dieser ungeheure militärische Aufbau? Antwort: Sie werden regiert von der Rüstungsindustrie, die sonst mit einer Steigerung der Arbeitslosenzahl droht.

"Wir sind verrückt geworden"

Es ist im Moment nicht gerade populär, Verständnis für Rußland zu zeigen. Warum haben Sie Verständnis?

Uns steht Zurückhaltung gegenüber Rußland besser an, als jedem anderen. Und es ist meine Befürchtung, daß wir nichts als die nützlichen Idioten, das Kanonenfutter für die amerikanische Rüstungsindustrie, die den Krieg braucht, sein werden.

Putin wird ja auch dauernd betrogen. So schrieb Theo Sommer in der ZEIT, Rußland gesteht dem Baltikum zu, sich der EU anzuschließen, und das Baltikum geht in die Nato! Warum tut es das? Wir sind verrückt geworden.

Sie hatten bereits vergangenes Jahr einen offenen Brief an Frau Merkel und Herrn Gauck geschrieben zum Thema Nato. Haben Sie je eine Antwort bekommen?

Von Gauck habe ich eine sehr ausweichende Antwort bekommen. Frau Merkel hat selbstverständlich nicht geantwortet.

"In Deutschland herrscht das Gesetz der Einheitspresse"

Beim Thema Rußland gibt es auch diese merkwürdige Diskrepanz zwischen dem, was Politik und Medien kolportieren, und dem, was das Volk denkt sozusagen. Ist Ihnen das auch aufgefallen?

In Deutschland herrscht das Gesetz der Einheitspresse. Wir haben die verächtlichste Medienlandschaft Europas.

Und in der Politik lehnt der Bundestag die Volksabstimmung ab, die die freie Schweiz seit 170 Jahren hat. Wir sind die geborenen Untertanen und Mitläufer, wie sie Heinrich Mann und nicht nur er gezeichnet haben.

Herr Lammert, der Vorsitzende des Bundestages, hat mir dazu in einem Briefwechsel geschrieben, das Volk kann komplizierte Fragen ja gar nicht beurteilen. Woher weiß er das? Hat er noch nie von Wilhelm Busch gehört, von seiner Maxime: Wer zusieht, sieht mehr, als wer mitspielt?

Wir sind politisch sehr unintelligent. Wir hatten einige große Männer wie Bismarck, dessen oberstes Gesetz zu allen Zeiten die Pflege guter Beziehungen zu Rußland war. Vier Zaren waren mit deutschen Fürstinnen verheiratet. Bismarck wußte, warum. So schrieb Bismarck auch an König Wilhelm, nie einen Krieg mit Rußland anzufangen, weil das Reich selbst im unwahrscheinlichen Falle eines kurzzeitigen Gelingens, einen Krieg mit Rußland niemals hinter sich, sondern immer nur vor sich haben könnte.

So auch bei Hitler, der nach dem größten Siegeszug der Weltgeschichte, die sechs Wochen, in

denen er Frankreich überrannt hat, was die Welt schockierte, ich hab das ja selbst erlebt, ich war damals 12 Jahre alt, völlig den Verstand verlor, als er über seinen getreuen Rohstofflieferanten Stalin hergefallen ist.

Und jetzt sind wir wieder soweit. Zwar nicht, um über sie herzufallen und uns sicher auch nicht so ohne weiteres von den Amerikanern vorschicken zu lassen, aber sie machen uns zum potentiellen Kriegsschauplatz.

"Das ist eine verabredete Stillschweigerbande"

Herr Hochhuth, es wurde noch nie so viel geschrieben wie heute. Wie schwierig ist es heute, gehört zu werden?

Was ich Ihnen gerade gesagt habe, würde selbstverständlich keine deutsche Zeitung drucken. Das ist eine verabredete Stillschweigerbande. Das verachte ich.

Die BRD ist ein ekelhaftes Staatsgebilde. Ihre wahre Übersetzung heißt "Banker- und Bananensenrepublik Deutschland", mit einer durchaus unfreien Presse, denn unsere Journalisten zensurieren sich selbst.<<

20.05.2016

BRD: Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtet am 20. Mai 2016: >>Das große Finale steht noch bevor

Die Tatsache, daß sich derzeit nun auch in Deutschland wahrnehmbarer Protest gegen die Masseneinwanderung und die damit einhergehende Beschädigung von Rechtsstaat und Demokratie bildet, sollte nicht darüber hinwegtäuschen, daß es auch Befürworter der angestrebten "Vielfalt"-Gesellschaft gibt. Angela Merkel könnte niemals einsame Entscheidungen im Elfenbeinturm treffen. Wie stets ist sich die Taktikerin einer breiten Unterstützung in Medien, Kirchen, Politikerkaste, Gewerkschaften, Sozialverbänden und auch großen Teilen der Bevölkerung sicher. Auch mit ihrem Abgang hätte sich das Problem also nicht aufgelöst.

Die Ursachen für die Unterstützung der Einwanderungspolitik sind unterschiedlich. So hoffen radikale Linke auf eine Destabilisierung des verhaßten Staates und Wirtschaftssystems, auf neuen Klassenkampf und eine große Umverteilung zugunsten der Armen der Welt. Andere kochen ihre islamischen Strategie-Süppchen. Pragmatiker der Betreuungsindustrie und des Hotelgewerbes sehen Jobs und Einnahmemöglichkeiten für sich selbst. Ähnlich profitorientiert dürften einige Wirtschaftskapitäne ticken. Gewinne werden privatisiert, Verluste sozialisiert.

Ausleben altruistischer Emotionen

Bei vielen Bürgern, vor allem kirchlich engagierten, dürfte hingegen das Ausleben altruistischer Emotionen eine große Rolle spielen. Zwischen Konsum und Tagesfreizeit gähnt in der liberalen Gesellschaft das große Loch der Sinnleere. Der Wunsch, die eigene Existenz mit Sinn zu füllen, wird durch diverse Hobbys gefüllt. Auch "Mitmenschlichkeit" hat das Ding zum Hobby-Motor für allerlei Freizeitaktivitäten. Man kann Einwanderer mit Spielzeug versorgen, in Suppenküchen den Kochlöffel schwingen, Altkleider sammeln, Deutschkurse geben, Musizieren, Ausflüge gestalten.

Das Feld der selbstgestellten Aufgaben ist riesig, gerade für ältere alleinstehende Frauen oder gut situierte Rentner der 68er Generation, die soziales Engagement zeigen, aber nicht vor dem Fernseher oder auf Karibik-Kreuzfahrten verdämmern wollen. Die christliche Wurzel dieses Altruismus ist nicht zu übersehen. So forderte jüngst der Philosophie-Professor Stephan Gosepath von der Freien Universität Berlin, daß die Deutschen die Pflicht hätten, ihr persönliches Lebensglück im Zweifelsfall für Flüchtlinge zu opfern. Wie bei den Bettelmönchen des Mittelalters dient so die Entsagung der Reinwaschung der Seele von materiellen Verlockungen.

Das Gedankengebäude dieser Leute ist tendenziell dualistisch. Der "Flüchtling" wird zum verhätschelten und entmündigten Ersatz-"Baby", das mit großen Kulleraugen die liebe weiße

Mami anschaut und für deren Einsatz in Zukunft nur Dankbarkeit zeigen wird. Böses kann allenfalls vom "rassistischen" Deutschen ausgehen, nicht aber vom freudig empfangenen "Refugee" ("Flüchtlinge"). Um so heftiger bricht in dieses Weltbild bisweilen die Wirklichkeit ein, sofern man nicht Strategien zur Verdrängung entwickelt hat.

"Besonderes deutsches Schuldgefühl"

So berichtete der "Kaarster Stadtspiegel" von den Reaktionen junger Frauen, nachdem ihre Freundin von einem Schwarzafrikaner vergewaltigt worden war: "Die Herkunft der Männer mag ich gar nicht aussprechen, da ich die letzten Monate sehr reflektiert versucht habe, mein Denken und meine Grundeinstellung nicht durch die aktuellen Vorkommnisse verbiegen zu lassen. Jetzt fällt mir einfach nichts mehr ein und ich weiß überhaupt nicht, wie ich damit umgehen soll", sagt die durchaus linksorientierte Freundin, die auch nach den Silvester-Übergriffen in Köln und Düsseldorf noch eine Pauschalverurteilung der Nordafrikaner ablehnt hatte und auch schon mal das Wort 'Nazi' in den Mund nahm.

Als Punkerin, Hippie und Musik-Aktivistin hat sie immer 'gegen Rechts' gekämpft. Jetzt sei ihr Weltbild zerstört.

Es gibt aber noch eine weitere, nicht unbedeutende tiefenpsychologische Ebene. Auch hier zeigt sich ein säkularisiertes und verbogenes Abfallprodukt des Christentums: Der aus einer masochistischen Lust gespeiste Schuldskult. Durch harte Selbstkasteiung versucht man sich die eigene Verderbtheit auszutreiben. Ein Beispiel dokumentierte nun die dänische Schriftstellerin Janne Teller in einem Gastbeitrag für die "Frankfurter Allgemeine".

Teller behauptete, daß die deutsche Antwort auf die Flüchtlingskrise "weitaus humaner ist als im restlichen Europa". Dieses deutsche Denken habe sich aus der Verarbeitung der NS-Zeit entwickelt, dem "tiefen Verständnis für die Lasten, die inhumanes Handeln eines Landes zukünftigen Generationen aufbürdet". Das moderne Deutschland sei tief durch "dieses besondere deutsche Schuldgefühl samt dem zugehörigen Bedürfnis nach Sühne" geprägt: "Überall Gedenkveranstaltungen, Gedenkausstellungen und Mahnmale".

Wunsch nach Wiedergutmachung

Kaum eine politische Entscheidung würde in Deutschland getroffen, ohne daß eine Verbindung zur besonderen Verantwortung des Landes hergestellt werde. Zwar hätten ehemalige Kolonialmächte wie Belgien, Frankreich und England auch "für einiges an grauenhafter Geschichte zu sühnen", indes spüre man davon aber real in diesen Ländern nichts. Nach 70 Jahren stelle sich nun die Frage, "wozu denn all diese fortgesetzte Schuld, Sühne und Rechenschaft gut sei. Die Antwort hat uns die Flüchtlingskrise gegeben". So sei bemerkenswert, daß sich die deutsche Regierung ständig "bemüht, die Bevölkerung von aufhetzender Rhetorik fernzuhalten" und "ihren Worten auch Taten folgen zu lassen". Dies seien die humanen Lehren aus Holocaust und Weltkrieg.

Schon seit den achtziger Jahren dient in deutschen linken Kreisen der "Ausländer" oder "Türke" als Projektionsfläche eines "neuen Juden", den man nun endlich gegen Übergriffe des ewig "rassistischen" Deutschen zu schützen in der Lage sei. Die Einwanderungskrise ermöglicht es, die lange gesäte und gepflegte Frucht dieser Vergangenheitsbewältigung zu ernten. Der Gedenkstättenbau und die dazugehörige Erziehung sind abgeschlossen. Nun steht der letzte Akt, das große Finale, bevor.<<

10.06.2016

BRD: Die "Süddeutsche Zeitung" berichtet am 10. Juni 2016: >>**Willy Brandt und die geheimen Zahlungen der USA**

... Die US-Besatzungsmacht soll in den 50er Jahren den späteren SPD-Kanzler unterstützt haben - mit 200.000 Mark. Damit förderten sie die Westorientierung, berichtet der "Spiegel". Die USA sollen Willy Brandt in den Fünfzigerjahren mit geheimen Zahlungen unterstützt haben. Der spätere Kanzler und SPD-Vorsitzende wurde damit im innerparteilichen Macht-

kampf für die Westintegration unterstützt, berichtet das Nachrichtenmagazin Der "Spiegel". So sollen die Amerikaner Brandt, der damals Westberliner Bundestagsabgeordneter war, 200.000 Mark zukommen haben lassen. Damals eine sehr hohe Summe, sie entsprach etwa einem Drittel der jährlichen SPD-Mitgliedsbeiträge in Berlin.

Später sei noch mehr Geld geflossen, schreibt der "Spiegel". Schon in den 70er Jahren kursierten Gerüchte um geheime Zahlungen der USA an Brandt - er wies dies als "lügenhafte Kampagne" zurück. Nun sei laut dem Magazin belegt, daß tatsächlich Geld floß. Das gehe aus Archivunterlagen hervor.

Die US-Besatzungsmacht förderte Brandt finanziell, weil er in der SPD die Westintegration und damit die Orientierung der jungen Bundesrepublik hin zur USA befürwortete. Er gehörte damit einer Gruppe Berliner Sozialdemokraten um den Bürgermeister Ernst Reuter an. Die Westintegration, also die politische und militärische Eingliederung Deutschlands in die Allianz westeuropäischer Staaten mit den USA, wurde damals von CDU-Bundeskanzler Konrad Adenauer forciert.

Brandt erachtete diesen Kurs ebenfalls als notwendig, um dem Land weitere Isolierung zu ersparen. Damit positionierte er sich gegen die allgemeine Parteilinie, die eine Westintegration sehr kritisch sah. Die SPD-Parteispitze sah dadurch eine Wiedervereinigung erschwert.<<

20.06.2016

BRD: "SPIEGEL ONLINE" berichtet am 20. Juni 2016: >>Martin Hohmann: "Eine Volksgemeinschaft muß wissen, wer dazu gehört"

Vor zwölf Jahren mußte Martin Hohmann nach einer Rede mit antisemitischen Tönen die CDU verlassen. Jetzt will er mit der AfD zurück in die Politik.

Ein politischer Diskussionsabend in Fulda. Eindringlich warnt der Mann am Rednerpult vor den Folgen der Einwanderungspolitik der Regierung: "Wenn wir ihnen das durchgehen lassen, wäre das praktisch jetzt die letzte freie Wahl gewesen in dem Sinne, daß der Souverän deutsches Volk entschieden hat."

Es ist das Jahr 1999, Thema ist die doppelte Staatsbürgerschaft, der Redner heißt Martin Hohmann, CDU. Hohmanns Botschaft: Das deutsche Volk wäre nicht mehr dasselbe, wenn ein Großteil seiner Mitglieder mehrere Pässe hätte. Die Deutschen würden dann als Wähler verdrängt von Leuten, die nur im juristischen Sinne dazugehörten.

17 Jahre später, eine andere Partei, derselbe Mann, dieselbe Warnung: "Ich sehe in Angela Merkels Flüchtlingspolitik die reelle Gefahr, daß unser Volk schleichend ausgetauscht wird", sagt er, dieses Mal nicht vor Publikum, sondern beim Tee nahe dem Fuldaer Dom. "Eine Volksgemeinschaft muß wissen, wer dazugehört und wer nicht, wie viele Fremde man aufnehmen kann, ehe die Gemeinschaft ins Chaos fällt."

Ultrakonservative finden keinen Platz mehr in Merkels CDU

Hohmann, 2004 aus der CDU ausgeschlossen, ist nun AfD-Mitglied. In seiner neuen Partei könne er "nahtlos die Positionen vertreten, die ich schon vor 25 Jahren in der CDU vertreten habe". Aber in der AfD kann er noch mehr, auch wenn er das nicht sagt: Er kann Rache nehmen.

Nächstes Jahr will der 68-Jährige wieder für den Bundestag kandidieren: "Wenn meine Partei mich auffordert, werde ich wohl nicht Nein sagen können." Würde er gewählt, wäre es ein Triumph. Hohmann will der CDU und vor allem Angela Merkel zeigen, daß es ein Fehler war, ihn wegen einer Rede mit antisemitischen Untertönen aus der Partei zu werfen.

Es geht um Vergeltung und um die neue Ordnung im deutschen Parteienspektrum. Der Fall Hohmann zeigt: Ultrakonservative finden keinen Platz mehr in Merkels CDU. Sie streben in die AfD - und stärken deren rechtskonservativen Flügel.

Hohmann und die CDU, das war mal eine Einheit. 24 Jahre war der Jurist, Reserveoffizier und Vater dreier Kinder Mitglied der Christdemokraten. Sieben Jahre saß er im Bundestag, als

Nachfolger des legendären Parteirechten Alfred Dregger. Der erzkonservative Bischof Johannes Dyba war ihm ein "väterlicher Freund".

Männer wie Hohmann muß man heute in der CDU mit der Lupe suchen. Männer, die eine "Willkommenskultur für Ungeborene" fordern anstatt für Flüchtlinge; die fragen, wieso schwule Männer partout die von Kirche und Grundgesetz geschützte Ehe eingehen wollen, und fragen: reicht es nicht, daß sie unbehelligt zusammenleben dürfen?

Anleihen aus der Nazipropaganda

In seiner neuen politischen Heimat darf Hohmann sagen, was er denkt. Im März wählten die Bürger Fuldas ihn in den Kreistag, von Platz eins der AfD-Liste, sein Ergebnis lag über dem Landesschnitt. Die guten Umfragewerte der AfD seien ihm "ein wenig Genugtuung", gesteht Hohmann.

Denn er erinnert sich genau, wie "diese alte Sache" damals gelaufen war. Wer zu ihm hielt, wer umkippte, wer es noch wagte, ihn im Fraktionssaal zu umarmen.

Hohmanns Ende in der CDU war besiegelt, als eine Rede vor seinem Ortsverband Neuhoof bekannt wurde. Darin klagte er, die Deutschen würden wegen der Verbrechen im Dritten Reich als "Tätervolk" abgestempelt. Aber es werde kaum thematisiert, wie viele Juden sich "dem Bolschewismus und der Revolution verschrieben" und politische Morde begangen hätten. "Daher sind weder 'die Deutschen' noch 'die Juden' ein Tätervolk", resümierte Hohmann. Böse sei vielmehr, wer gottlos sei.

Eine verharmlosende, antisemitische Rede mit Anleihen aus der Nazipropaganda sei das, rügten hinterher Historiker, Parteifreunde, Kirchenleute. Andere entschuldigten, Hohmann habe sich lediglich gegen die Kollektivschuldthese gewandt.

Die Affäre war eine Zäsur in Merkels Ära als Parteichefin. Sie zog eine rote Linie, was man in der CDU sagen durfte - und was nicht. Manchem, der heute AfD wählt, erschien die Linie zu streng. In einer Infratest-dimap-Umfrage votierten seinerzeit 45 Prozent der CDU-Anhänger für Hohmanns Rauswurf, 48 Prozent dagegen. Die Basis war gespalten.

Merkel sei damals nicht unter den "Bluthunden" gewesen, die ihn gehetzt hätten, sagt Hohmann. Er habe ihr verziehen, wie es der Apostel Paulus predigte. Beiläufig weist er aber darauf hin, daß Merkel ja in der DDR aufgewachsen sei, Politik also in einer Diktatur kennengelernt habe. Nur so als Hinweis. Vergebung klingt anders.

Volksverhetzungsparagraph schränke Meinungsfreiheit ein

Wie es der Zufall will, hat derzeit auch die AfD einen Antisemitismus-Skandal. Wolfgang Gedeon, AfD-Abgeordneter in Baden-Württemberg, schrieb 2012 ein Buch mit antisemitischen Passagen. Verurteilte Neonazis und Holocaustleugner nannte er "Dissidenten" und den "Judaismus in seiner säkular-zionistischen Form" einen "Machtfaktor westlicher Politik".

Frage an Hohmann: Wie sollte die AfD Gedeon behandeln? Ihn rauswerfen, wie es der Bundesvorstand vorschlägt?

Hohmann windet sich. "Es kommt auf die Faktizität, den Kontext an. Einzelne Zitate können keinesfalls zu einer abschließenden Bewertung eines Buches oder einer Person führen." Er sehe die Meinungsfreiheit eingeschränkt durch den Volksverhetzungsparagraphen, dieses "volkspädagogische Instrument": "Wir müssen wieder zu einem Zustand der Normalität kommen, weg vom Gouvernantendiskurs."

Antisemitische Sprüche als Normalität? Keine Distanzierung von Gedeon, keine Kritik. Auch die Aufregung um Alexander Gaulands Kritik an Fußballspielern mit ausländischen Wurzeln versteht Hohmann nicht: "Als Empfinden einer Mehrheit der 'Bio-Deutschen' dürfte das zutreffen."

Persönlich habe er aber wirklich nichts gegen Ausländer. "In meiner engeren Verwandtschaft sind Afroamerikaner und Südamerikaner." <<

01.07.2016

BRD: Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 1. Juli 2016 (x887/...): >>Horror für Brüssel

"Gebt uns ein Referendum" wird zum Kampftruf in vielen EU-Mitgliedstaaten

Die Briten kehren der EU - nicht Europa - den Rücken und stürzen die Eurokratie in ihre tiefste Krise. Das Europa jenseits der Gemeinschaft erhält Zuwachs, Selbsterkenntnis in der EU wächst indes nur spärlich.

Der Brexit ist beschlossen und die Nachricht rollte einem Tsunami gleich über Brüssel und Berlin. Angesichts der politischen und medialen Flankierung für einen Verbleib ist die Volksabstimmung überraschend eindeutig ausgefallen. Entsprechend groß fielen Entsetzen und Hysterie auf dem Festland aus. Doch die Börsen- und Währungskurse gerieten nur kurzzeitig ins Wanken, die Welt geht nicht unter.

Untergangsstimmung ergreift jetzt aber Politiker, die am Volk vorbeiregieren. EU-Parlamentspräsident Martin Schulz (SPD) sieht den "ganzen Kontinent in Geiselhaft". Der britische Premier David Cameron erklärte seinen Rücktritt. Er ist die erste Geisel, allerdings eigener Verfehlungen, ist ohne Handlungsspielraum und tritt somit notwendigerweise ab. Die britische Politik hat insgesamt wenig für den Fall des Austritts vorbereitet. Das bedeutet nicht, daß es keine gedeihliche Entwicklung jenseits der EU gäbe. Auf der Insel wird das Votum geachtet. Mit Sportsgeist widersteht das Königreich dem Druck der Restgemeinschaft jenseits des Kanals, das Ergebnis nun bitte so hinzubiegen, daß alles beim Alten bleibe.

Die Befürworter des Verbleibs, nun beleidigte Befürworter eines möglichst schnellen Abgangs der Briten, geben in Deutschland den Ton an. Die Abstimmung dokumentiert somit nicht nur einen Graben zwischen Alten (vermeintliche Anti-Europäer) und Jungen ("fortschrittlich") auf der Insel oder zwischen Schotten und Nordiren für Europa sowie Engländern und Walisern dagegen, sie zeigt vielmehr: Wer eine Wahl hat, kann tatsächlich gehen.

Das Signal untergräbt das Selbstverständnis der EU-Kaste. Sie möchte lieber mit ihren alten Demokratiedefiziten auf dem Scheiterhaufen der Abstimmung brennen, als Einsicht und Selbstkritik zuzulassen. Das "alte" räumt mit dem "neuen Europa" (EU) auf - ein Horror für Brüssel. Daß rund drei Millionen Menschen im Inselreich inzwischen den Rücktritt vom Brexit fordern, ein neues Referendum oder andere die erneute Klärung der jüngst abgeschmetterten schottischen Unabhängigkeit wollen, ist Brüssels einziger Trost.

Die EU fürchtet einen Flächenbrand. Ungarn, die Niederlande, Polen, Tschechien, ja sogar Frankreich drohen abzufallen, auch Dänen und Österreicher. "Gebt uns ein Referendum" wird zum Kampftruf. Dabei böte ein Austritt auch Chancen - was binnen zwei Jahren mit den Briten zur Vorbereitung des Austritts ausgehandelt werden muß und beiderseits für vernünftig befunden wird, muß nicht auf das Verhältnis der EU zu den Briten beschränkt bleiben. Derzeit sieht es jedoch nicht nach internen EU-Reformen aus. Die Union sät somit im Moment der Niederlage neue Austrittswünsche.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 1. Juli 2016 (x887/...): >>Merkel war's

Die Folgen der von der Kanzlerin ausgelösten "Flüchtlingslawine" hatten maßgeblichen Einfluß auf das Ergebnis des Brexit-Votums

Der Hauptgrund für das britische Votum für den Austritt aus der EU, darin sind sich viele Analysten einig, war die "Flüchtlingslawine" der letzten Zeit, vielleicht in Verbindung mit dem Terror in den Straßen von Paris und Brüssel. Das hat die Briten an die in vielen britischen Städten seit Jahrzehnten existierenden Probleme mit nicht zu integrierenden Zuwanderern, fast allesamt Moslems und viele davon Salafisten, erinnert.

Was die Massenvergewaltigungen an Silvester in Köln für Deutschland waren, das waren die Vergewaltigungsorgien meist pakistanischer Zuwanderer an britischen Kindern vor einigen

Jahren in Rotherham für England. Trotz zahlloser Hinweise hatten die britischen Behörden und die Polizei jahrelang weggesehen, sich weggeduckt. Der Grund hierfür war die erbärmliche "politische Korrektheit" der linken "Gutmenschen" in der Labour-geführten Stadt. Die meisten Briten glaubten nach der Aufdeckung des Skandals, daß Rotherham kein Einzelfall war.

Vielleicht hat gerade die erstmalige Wahl eines muslimischen Labour-Bürgermeisters in London, wenige Wochen vor dem Brexit-Votum, diese Ängste neu geschürt. Kaum im Amt, ließ Sadiq Khan trotz religiöser Neutralitätsverpflichtung Werbung auf Londoner Bussen mit der "Barmherzigkeit Allahs" machen. Andererseits verstand er es, sich zu einem entschiedenen EU-Befürworter aufzuschwingen.

Bezeichnend für den Ausgang des Brexit-Votums ist das Abstimmungsergebnis in der Küstenstadt Dover, welche nicht erst seit dem Bau des Eurokanaltunnels das Tor Großbritanniens zur EU und Kontinental-Europa ist. Gerade dieses Tor wird seit vielen Jahren von Zuwanderern aus aller Welt auf der französischen Seite des Kanaltunnels regelrecht militärisch belagert. Britische Fernsehzuschauer mußten wenige Tage vor dem Brexit-Votum bereits zum x-ten Mal mit ansehen, wie ein Räumungsversuch des Lagers durch französische Sicherheitskräfte zum wiederholten Male kläglich scheiterte.

Treffendere Beweise für den Bankrott europäischer "Flüchtlingspolitik" und das Weggucken der Sicherheitsbehörden konnte es vor der Haustür Englands nicht geben. So ist es nicht erstaunlich, daß in der Hafenstadt Dover im Südosten Englands, die seit Jahrzehnten am meisten von Europa profitiert hatte, zum Erstaunen der Analysten die EU-Ablehnung mit 60 Prozent sehr hoch war.

Daß Bundeskanzlerin Angela Merkel mit ihren nicht mit der EU abgesprochenen Willkommensrufen für die auf dem Balkan gestrandeten abertausenden Zuwanderern in gewaltigem Ausmaß die "Flüchtlingslawine" verstärkt hat, war für die Briten eine feststehende Tatsache. Daß die Kanzlerin ganz Europa dazu verpflichten wollte, gemeinsam die Folgen ihres kurz-sichtigen Alleingangs auszubaden, könnte die eine Million Stimmen gekostet haben, die am Ende für einen Verbleib Großbritanniens in der EU gefehlt haben.

Das Land hat seine Grenzen für die Millionen osteuropäischer Neu-EU-Mitglieder viel früher geöffnet als alle anderen Länder Westeuropas, mehr als eine Million Polen haben nicht in Deutschland Aufnahme und Arbeit gefunden, sondern in Großbritannien. Damit hat das Land einen erstaunlichen Beweis seiner Offenheit und Europafreundlichkeit geliefert.

Aber die Zumutung Merkels, die eigenen Fehler auf Kosten der EU-Partner auszugleichen, war einer Mehrheit von Briten zu viel. Das verstanden sie als Angriff auf ihre Souveränität, und das von einem EU-Land wie Deutschland, das seine eigene "Flüchtlingspolitik" nicht mehr im Griff hat. Die britischen Wähler wollten mit dem Brexit wieder die Handlungshoheit über die Einwanderung erlangen, denn die EU hat hier kläglich versagt.<<

05.07.2016

BRD: Die schweizerische Online-Zeitung "Zeit-Fragen" Nr. 15 berichtet am 5. Juli 2016: >>Grundlegendes zur EU

Zum Referendum über die EU-Mitgliedschaft Großbritanniens von Professor Dr. Richard A. Werner

Am 20. Juni 2016, 3 Tage vor der Abstimmung der Briten über einen Austritt aus der Europäischen Union, veröffentlichte Professor Richard A. Werner den folgenden Text. ...

Die britische Bevölkerung sollte sich im klaren sein, worüber genau sie diesen Donnerstag beim EU-Referendum abstimmen wird. Was bedeutet es wirklich, in der EU zu bleiben? Was bedeutet es, sie zu verlassen?

Was die zweite Frage anbelangt, so war das vorherrschende Thema der Debatte die Frage, ob ein Verlassen der EU eine signifikante negative wirtschaftliche Auswirkung auf das Vereinig-

te Königreich haben würde. Premierminister David Cameron hat im Verbund mit den Führern des IWF, der OECD und verschiedenen EU-Institutionen düstere Warnungen darüber abgegeben, daß das Wirtschaftswachstum einbrechen, die Finanzlage sich verschlechtern, die Währung schwächer und die Exporte Großbritanniens markant zurückgehen werden. Finanzminister George Osborne hat gedroht, die Renten der Rentner zu kürzen, sollten sie es wagen, für den Austritt zu stimmen. Aber was sind die Fakten?

Ich erhielt meine Ausbildung in internationaler Wirtschaft und Geldwirtschaft an der London School of Economics und habe an der Universität Oxford in Wirtschaftswissenschaften promoviert. Ich habe solche Fragen seit einigen Jahrzehnten studiert. Vor kurzem habe ich auch unter Verwendung hochentwickelter quantitativer Techniken die Frage getestet, wie groß die Auswirkungen auf das Bruttoinlandprodukt BIP eines Beitritts zu oder eines Austritts aus der EU oder der Euro-Zone wären.

Das Ergebnis war, daß es auf das Wirtschaftswachstum keinen Einfluß hat, und jedermann, der das Gegenteil behauptet, orientiert sich nicht an Fakten. Der Grund liegt darin, daß Wirtschaftswachstum und Nationaleinkommen fast gänzlich von einem Faktor bestimmt werden, der im Inland entschieden wird, und zwar vom Umfang der Bankkredite, die für produktive Zwecke geschaffen werden.

Betrüblicherweise war der in den letzten Jahrzehnten in Großbritannien sehr gering, weshalb viel größeres Wirtschaftswachstum möglich ist, sobald Schritte unternommen werden, um Bankkredite für Produktionszwecke anzukurbeln - unabhängig davon, ob Großbritannien in der EU bleibt oder nicht (obwohl ein Brexit es wesentlich erleichtern würde, politische Schritte in diese Richtung zu unternehmen).

Wir sollten uns auch daran erinnern, daß es einer viel kleineren Volkswirtschaft wie Norwegen - das man für viel abhängiger vom internationalen Handel hielt - extrem gut ergangen ist, nachdem seine Bevölkerung die EU-Mitgliedschaft in einer Volksabstimmung im Jahre 1995 ablehnte (was gegen die düsteren Warnungen und Drohungen der parteiübergreifenden Elite, der meisten Medien und dem vereinten Chor der Führer der internationalen Organisationen geschah).

Nebenbei brauchten Japan, Korea, Taiwan und China nie eine EU-Mitgliedschaft, um sich innerhalb etwa eines halben Jahrhunderts vom Status einer sich entwickelnden Wirtschaft zu top industrialisierten Nationen zu bewegen. Das Argument düsterer wirtschaftlicher Folgen eines Brexit ist ein Scheinargument.

Der Bericht der "Fünf Präsidenten"

Hinsichtlich der ersten Frage, nämlich was es bedeutet, in der EU zu verbleiben, sollten wir die EU selbst konsultieren. Glücklicherweise hat die EU im Oktober 2015 einen größeren offiziellen Bericht über ihre grundlegenden Strategien und darüber, was sie in näherer Zukunft zu erreichen beabsichtigt, herausgegeben. Der Bericht wurde unter dem Namen der "Fünf Präsidenten" der EU herausgegeben.

Falls Sie sich nicht bewußt waren, daß es überhaupt einen einzigen Präsidenten, geschweige denn fünf Präsidenten der EU gibt, so sind dies: der nicht gewählte Präsident der Europäischen Zentralbank, Goldman Sachs' Zögling Mario Draghi; der nicht gewählte Präsident der Europäischen Kommission Jean-Claude Juncker; der nicht gewählte Brüsseler Kommissar und "Präsident der Euro-Gruppe" Jeroen Dijsselbloem; der "Präsident des Euro Gipfels" Donald Tusk und der Präsident des Europäischen Parlamentes Martin Schulz.

Was ist die Botschaft dieser nicht unerheblichen Zahl von EU-Präsidenten bezüglich der Frage, wohin die EU sich bewegt? Der Titel ihres gemeinsamen Berichtes ist eine Gratiszugabe: "Der Bericht der fünf Präsidenten (sic!): Die Wirtschafts- und Währungsunion Europas vollenden". ...

Der Bericht beginnt mit dem offenen Eingeständnis, daß in der EU "angesichts von

18 Millionen Arbeitslosen viel größere Anstrengungen für eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik unternommen werden müssen". Gut gesagt. Aber was genau muß getan werden?

"Europas Wirtschafts- und Währungsunion bietet momentan das Bild eines Hauses, an dem jahrzehntelang gebaut wurde, das aber nur teilweise fertiggestellt ist. Mitten im Sturm mußten Mauern und Dach rasch befestigt werden. Jetzt ist es höchste Zeit, die Fundamente zu verstärken und die WWU zu dem zu machen, was sie eigentlich sein sollte"

"Wenn wir dieses Ziel erreichen wollen, müssen wir weitere Schritte ergreifen, um die WWU zu vollenden."

Die Planer der Zentrale in Brüssel und bei der EZB in Frankfurt sind sich durchaus bewußt, daß unter ihrem Kommando in den letzten zehn Jahren eine historisch noch nie dagewesene ökonomische Verwerfung in der EU stattgefunden hat, mit massiven Vermögens- und Eigentumsblasen, Banken Krisen und einer großräumigen Arbeitslosigkeit in allen EU-Peripheriestaaten - mit mehr als 50 Prozent Jugendarbeitslosigkeit in Griechenland, Spanien und Portugal und dem Fehlen jeder seriösen Kontrolle der EU-Außengrenzen, um einen Zustrom einer beispiellosen Zahl illegaler Immigranten und wirtschaftlicher Migranten zu verhindern.

Weitere Machtkonzentration in der EU

Allerdings verschließen die Planer der EU-Zentrale noch immer die Augen vor der Tatsache, daß diese Probleme voll und ganz durch ihre verfehlte und verheerende Politik verursacht worden sind. Deshalb argumentieren sie, daß die Lösung solcher Probleme nur durch weitere Machtkonzentration in ihren Händen erreicht werden könne: "Wir brauchen mehr Europa", wie Frau Merkel sagt. ... Es ist das, was sie vorschlagen, in den kommenden Jahren umzusetzen, indem sie alle EU-Mitglieder in ein einziges Land umwandeln.

Damit macht der Bericht der fünf Präsidenten klar, daß die EU nicht einfach eine Freihandelszone ist. Dieses Projekt hatte man schon mit dem Maastricht-Vertrag von 1992 hinter sich gelassen, und ein völlig anderes Europa ist dann mit der Europäischen Verfassung von 2007 verankert worden - "Lissabon Vertrag" genannt, da die Völker Europas sie in verschiedenen Referenden ablehnten. ...

Vielmehr ist die EU das Projekt, um jegliche nationale Souveränität und alle Grenzen innerhalb abzuschaffen und alle europäischen Länder, die es nicht schaffen, rechtzeitig auszusteigen, zu einem einzigen, fusionierten, gemeinsamen neuen Land zu verschmelzen, mit einer zentralen europäischen Regierung, zentralisierter europäischer Geld- und Währungspolitik, zentralisierter Steuerpolitik, zentralisierter europäischer Außenpolitik und zentralisierter europäischer Regulierung, einschließlich der Finanzmärkte und des Bankenwesens.

Diese Vereinigten Staaten von Europa, ein undemokratischer Leviathan, den die europäischen Völker nie wollten, ist der krönende Abschluß des vielfach wiederholten Mantras der "immer engeren Union".

"Kontinuierlich und heimlich über mehrere Jahrzehnte umgesetzt"

Dieses Projekt ist kontinuierlich und heimlich über mehrere Jahrzehnte umgesetzt worden, trotz bedeutender und gleichbleibender grober Fehler und Skandale der Politik, in die auch die zentralen Planer verwickelt waren (1999 zum Beispiel trat die gesamte Europäische Kommission - die nicht gewählte Regierung und das Kabinett des europäischen Superstaates - mit Schimpf und Schande zurück, nachdem man entdeckt hatte, daß sie Bestechungsgelder angenommen hatte und an Betrug beteiligt war, während der EU-eigene Rechnungshof sich wiederholt weigerte, die offiziellen (Rechnungs-Bücher der EU zu genehmigen).

Aus wirtschaftlicher Sicht ist klar: Man muß nicht EU-Mitglied sein, um wirtschaftlich zu gedeihen, und ein Austritt muß das Wirtschaftswachstum Großbritanniens überhaupt nicht beeinflussen. Es kann in der Europäischen Wirtschaftszone bleiben, wie Norwegen es getan hat, oder einfach ein Handelsabkommen vereinbaren, wie die Schweiz es tat, und in den Ge-

nuß des Freihandels kommen - die hauptsächliche Zielsetzung der europäischen Abkommen in den Augen der Öffentlichkeit.

Die Politik ist ebenso klar: Der europäische Superstaat, der bereits gebildet worden ist, ist nicht demokratisch. Das sogenannte "europäische Parlament", einmalig unter Parlamenten, kann überhaupt keine Gesetzgebung vorschlagen - Gesetze werden von der nicht gewählten europäischen Kommission formuliert und vorgeschlagen. Wie ein russischer Beobachter kommentierte, ist das europäische Parlament eine Abnick-Farce, genau wie das Sowjetparlament zu Zeiten der Sowjetunion, während die nicht gewählte Regierung die Europäische Kommission bildet - das mit Kommissaren vollgestopfte Politbüro.

Finanzelite im Hintergrund

Big Business und die Großbanken sowie die Zentralbanker und der IWF stellen die Finanzelite dar, die hinter dieser beabsichtigten Konzentration der Macht steht - mit der immer mehr Macht in die Hände von immer weniger Leuten gegeben wird. Die undemokratische Natur der EU-Institutionen hat ein derartiges Ausmaß erreicht, daß ich ein vor kurzem zurückgetretenes Mitglied des EZB-Rates im privaten Rahmen gestehen hörte, daß seine größte Sorge die undemokratische Natur und das Ausmaß der EZB-Befugnisse ist, die zunehmend für politische Zwecke mißbraucht worden sind. Diese Tatsachen sind durch den stetigen Tropf der Propaganda übertönt worden, welche von den mächtigen Eliten hinter der Schaffung der Vereinigten Staaten von Europa ausgeht.

"Starke Unterstützung der USA für all das"

Während dieser Jahre und Jahrzehnte ständigen Transfers von Befugnissen und Souveränität von den Nationalstaaten und ihren demokratisch gewählten Versammlungen an die nicht gewählte Brüsseler Bürokratie habe ich mich immer über die offensichtlich starke Unterstützung der USA für all das gewundert.

Jedes Mal, wenn der "Prozeß" der "immer engeren Union" auf ein Hindernis zu treffen schien, intervenierte ein US-Präsident - unabhängig vom Namen des Posten-Inhabers oder seiner Parteizugehörigkeit -, um den störenden Europäern unmißverständlich zu sagen, daß sie sich am Riemen reißen und die Vereinigung Europas in einen einzigen Staat beschleunigen sollten. In der Ahnungslosigkeit meiner Jugend war mir das überraschend erschienen. Genauso wurde der britischen Öffentlichkeit von Präsident Obama gesagt, daß ein Aussteigen aus der EU keine gute Idee sei und sie besser für einen Verbleib stimmen sollte.

Es überrascht nicht, daß die globale Elite, die vom Trend zur Machtkonzentration profitiert hat, zunehmend hysterisch wird in ihren Versuchen, die britische Öffentlichkeit dazu zu überreden, für einen Verbleib in der EU zu stimmen; weniger klar ist dabei, warum der US-Präsident und seine Regierung so erpicht auf das EU-Projekt sein sollen. Von den europäischen Medien ist in der Vergangenheit gesagt worden, daß die Konzentration ökonomischer und politischer Entscheidungen in Europa arrangiert worden sei, um ein Gegengewicht gegen die US-Dominanz zu schaffen. Dies schien einige Pro-EU-Stimmen zu motivieren. Der US-Präsident wird doch sicher davon gehört haben?

Es gibt noch ein weiteres Rätsel. Erst gestern wurde ein eindrucksvoll aussehendes Flugblatt in den Briefkasten meines Hauses in Winchester gesteckt, das den Titel trägt: "Grundlegendes zur EU - Ihr Leitfaden zum Referendum". Herausgegeben hat es eine Organisation mit dem Namen "Europäische Bewegung". Die 16seitige, farbige Hochglanzbroschüre spricht sich für einen Verbleib der Briten in der EU aus. Wer ist diese "Europäische Bewegung" und wer finanziert sie? Diese wenig bekannte Organisation scheint finanzkräftig genug zu sein, um ein hochwertig gedrucktes Büchlein in jeden Haushalt des gesamten Vereinigten Königreiches schicken zu können.

Verdeckte US-Operationen seit 1945

Die Freigabe ehemals geheimer Akten hat beide Rätsel gelöst. Denn wie sich herausstellt,

hängen sie miteinander zusammen. In den Worten des Wissenschaftlers der Nottingham University Richard Aldrich:

"Der Einsatz verdeckter Operationen für die konkrete Förderung der europäischen Einheit hat wenig akademische Aufmerksamkeit erfahren und wird immer noch mangelhaft verstanden. ... Die diskrete Injektion von über drei Millionen Dollar zwischen 1949 und 1960, hauptsächlich aus US-Regierungsquellen, war zentral für die Anstrengungen, um genügend Unterstützung der Massen für den Schumann-Plan zusammenzubekommen, für die Europäische Verteidigungsgemeinschaft und eine europäische Vereinigung souveräner Mächte. Dieser verdeckte Beitrag hat nie weniger als die Hälfte des Budgets der Europäischen Bewegung ausgemacht, und nach 1952 wahrscheinlich zwei Drittel davon.

Gleichzeitig suchten sie den entschiedenen Widerstand der britischen Labour-Regierung gegen föderalistische Ideen zu untergraben ... Besonders überraschend ist auch, daß der gleiche kleine Trupp leitender Beamter, viele von ihnen aus westlichen (Anmerkung: das bedeutet US-)Geheimdienstkreisen, eine zentrale Rolle spielte bei der Unterstützung der drei wichtigsten transnationalen Elitegruppen, die in den 1950er Jahren entstanden: die Europäische Bewegung, die Bilderberg-Gruppe und Jean Monnets 'Aktionskomitee für die Vereinigten Staaten von Europa' (ACUE).

Es entbehrt nicht einer gewissen Ironie, daß zu einer Zeit, in der gewisse britische Antiföderalisten eine 'besondere Beziehung' zu den Vereinigten Staaten als Alternative zu (vielleicht sogar als Zuflucht vor) europäischem Föderalismus betrachteten, gewisse europäische föderalistische Initiativen mit amerikanischer Unterstützung aufrechterhalten worden sein sollen." ...

Wichtige Ergebnisse der wissenschaftlichen Forschung

Der britische Journalist und ehemalige Brüsseler Korrespondent Ambrose Evans-Pritchard war der einzige Journalist, der in zwei Artikeln in den Jahren 2000 und 2007 über solche akademischen Forschungsbefunde berichtete:

"Deklassifizierte amerikanische Regierungsdokumente zeigen, daß die US-Geheimdienste in den fünfziger und sechziger Jahren eine Kampagne führten, um ein vereinigtes Europa in Fahrt zu bringen. ... US-Geheimdienste finanzierten insgeheim die Europäische Bewegung und zahlten mehr als die Hälfte ihres Budgets. Einige der EU-Gründerväter standen auf der Gehaltsliste der USA ...

Die Dokumente bestätigen Vermutungen, die damals geäußert wurden, daß Amerika hinter den Kulissen aggressiv daran arbeite, Großbritannien in einen europäischen Staat zu drängen. Damit wir nie vergessen: Die Franzosen mußten anfangs der fünfziger Jahre unter größtem Protest an den föderalistischen Unterschriftentisch geschleift werden. Eisenhower drohte, die Marshall-Plan-Hilfe zu unterbrechen, sollte Paris nicht zum Kuß bereit sein und sich mit Berlin versöhnen. Frankreichs Jean Monnet, der führende Kopf der EU, wurde als amerikanischer Agent angesehen - was er tatsächlich war. Monnet diente während des Krieges als Roosevelts Mittelsmann in Europa und orchestrierte den mißlungenen Versuch, de Gaulle von der Machtübernahme abzuhalten.

Ein Memorandum, das vom 26. Juli 1950 datiert, gibt Instruktionen für eine Kampagne, um ein voll ausgebildetes europäisches Parlament voranzutreiben. Unterschrieben ist es von General William J. Donovan, dem Leiter des Office of Strategic Services, das während des Krieges gebildet wurde und der Vorläufer der CIA ist. ...

Washingtons wichtigstes Werkzeug bei der Gestaltung der europäischen Agenda war das American Committee for a United Europe, das 1948 geschaffen wurde. Vorsitzender war Donovan, inzwischen angeblich ein privater Anwalt. Der Vize-Vorsitzende war Allen Dulles, der CIA-Direktor in den fünfziger Jahren. Zum Vorstand gehörten auch Walter Bedell Smith, der erste Direktor der CIA, und eine Liste von Ex-OSS-Leuten und Beamten, die bei der CIA ein- und ausgingen.

Die Dokumente zeigen, daß das ACUE (Monnets Aktionskomitee) die Europäische Bewegung finanzierte, die wichtigste föderalistische Organisation in den Nachkriegsjahren. 1958 zum Beispiel lieferte es 53,5 Prozent der Gelder der Bewegung. Die Europäische Jugendkampagne, ein Zweig der Europäischen Bewegung, wurde vollständig von Washington finanziert und kontrolliert.

"Gedungene Arbeitskräfte der USA"

Die Führer der Europäischen Bewegung - Retinger, der visionäre Robert Schumann und der ehemalige belgische Premierminister Paul-Henri Spaak - wurden von ihren amerikanischen Sponsoren alle als gedungene Arbeitskräfte behandelt. Die Rolle der USA wurde als verdeckte Operation gehandhabt. Die Gelder des ACUE kamen von den Ford- und Rockefeller-Stiftungen sowie Unternehmensgruppen mit engen Verbindungen zur US-Regierung.

Der Chef der Ford Foundation, Ex-OSS-Offizier Paul Hoffmann, diente in den späten fünfziger Jahren auch als Chef des ACUE. Das Außenministerium spielte ebenfalls eine Rolle. Ein Memo der europäischen Abteilung, das vom 11. Juni 1965 datiert, rät dem Vizepräsidenten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, Robert Marjolin, die Währungsunion heimlich zu verfolgen.

Es empfiehlt, eine Debatte solange zu unterdrücken, bis der Punkt erreicht ist, an dem 'eine Annahme derartiger Vorschläge praktisch unausweichlich werden würde'.

Fünfzig Jahre nach dem Vertrag von Rom wären die Architekten der US-Nachkriegs-Politik, denke ich, ganz zufrieden, wenn sie heute noch lebten. ..." (Auszüge aus Ambrose Evans-Pritchard: "Euro-federalists financed by US spy chiefs", "The Daily Telegraph" vom 19. September 2000; und Ambrose Evans-Pritchard: "The scare of a superstate has passed, but do we want to lose the EU altogether?", "The Daily Telegraph" vom 7. April 2007).

Kein Wunder, hat Herr Evans-Pritchard nun den Schluß gezogen, daß er für einen Brexit stimmen wird ...

EU - das Resultat einer bedeutenden US-Geheimdienstoperation

Die Enthüllung, daß die EU das Resultat einer bedeutenden US-Geheimdienstoperation ist - faktisch bloß eine weitere geheime Kreatur der Täuschung, die von der CIA lanciert wurde (und die einen Ehrenplatz in der Galerie der Niedertracht einnimmt, in der auch Operationen unter falscher Flagge, Invasionen, Staatsstriche und die Schaffung von Organisationen wie al-Kaida und IS zu finden sind) - löst das dritte Geheimnis, nämlich, wie um alles in der Welt die angeblich demokratischen europäischen Nationen eine derart undemokratische, faktisch diktatorische Struktur, konstruieren konnten.

Mit der EU/den Vereinigten Staaten von Europa erreichten die USA nicht nur ihre geostrategischen Ziele in Europa, sondern hatten auch die Rolle der lästigen nationalen Parlamente eliminiert, die der Außenpolitik der USA oder der CIA ab und zu in die Quere kommen können. Und ein weiteres Rätsel ist gelöst, und zwar, warum die EU vor ein paar Jahren der Anfrage der USA, daß US-Spionageagenturen Zugang zu allen europäischen E-Mails und Telefonanrufen erhalten sollten, so bereitwillig zustimmte ...

Abschaffung der Souveränität und Unterordnung unter US-Interessen

Ein Votum für den Verbleib in der EU ist daher ein Votum dafür, das Vereinigte Königreich als souveränen Staat abzuschaffen und es in die undemokratischen Vereinigten Staaten von Europa aufgehen zu lassen, welche die europäischen Eliten unter US-Vormundschaft errichteten.

Daß die europäische Öffentlichkeit - und es scheint, sogar europäische Politiker - wenig oder keinen Einfluß auf wesentliche europäische Entscheidungen haben, kann man an der zunehmend aggressiven Haltung der Nato gegenüber Rußland ersehen (die in Brüssel basierte Nato ist der militärische Arm der EU und steht offen unter direkter US-Kontrolle) und an den einseitigen Sanktionen gegen Rußland, deren Einführung die USA den Europäern einfach befehl-

len konnten (und die zu bedeutenden Verlusten an Einkommen und Arbeitsplätzen in Europa führten, während sie amerikanischen Geschäftsinteressen Auftrieb geben).

Die Einwanderungspolitik ist ein weiteres Paradebeispiel. Wenn die USA in der Vergangenheit die weitgehend homogenen europäischen Bevölkerungen als Quelle potentiellen europäischen Widerstandes gegen ihre Pläne für Europa betrachteten, dann macht die Politik zu deren Ersetzung mit balkanisierten gescheiterten "Schmelztiegeln" ebenfalls Sinn.

Norwegen stimmte 1995 über eine EU-Mitgliedschaft ab. Die führenden Parteien waren alle dafür. Die großen Konzerne und die Zentralbanken, die großen Pressekanäle und die Fernsehsprecher setzten verzweifelt Druck auf und drängten die norwegische Öffentlichkeit, für ein "Hinein" zu stimmen. Die Bevölkerung blieb standhaft und stimmte "draußenbleiben". Norwegen entwickelte sich prächtig. Und um so mehr wird dies Großbritannien.

In Zusammenhang mit der EU hat der Begriff "föderalistisch" eine besondere Bedeutung und meint in erster Linie die zunehmende Abgabe nationalstaatlicher Hoheitsrechte an die Zentrale in Brüssel.

Richard A. Werner ist deutscher Wirtschaftswissenschaftler und Professor für Internationales Bankwesen. 1989 Hochschulabschluß der London School of Economics mit First Class Honours; Doktorat in Volkswirtschaftslehre (zu Wirtschaft und Bankwesen in Japan) an der Oxford University ... 2004 folgte Werner einem Ruf an die Universität Southampton, England. Dort ist er derzeit Professor für Internationales Bankwesen und Direktor der Abteilung für Internationale Entwicklung sowie (Gründungs-)Direktor des Centre for Banking, Finance and Sustainable Development; Vorstandsmitglied und Beirat der Southampton Management School. ...<<

13.07.2016

BRD: Die Tageszeitung "Hamburger Abendblatt" berichtet am 13. Juli 2016: >>... **Immer mehr Rentner müssen arbeiten**

Rentner haben grundsätzlich niemals Zeit: In der Hansestadt gehen sogar immer mehr Senioren einer regulären Arbeit nach. Lag die Quote der Erwerbstätigkeit der 65- bis 70-Jährigen im Jahr 2000 bei zehn Prozent, so sind es jetzt 19. Damit rangiert die Hansestadt bei einem bundesweiten Ranking auf Platz zwei – nach Baden-Württemberg. Der Bundesdurchschnitt liegt derzeit bei 16,6 Prozent. Schlußlicht ist Sachsen-Anhalt. Dort haben die wenigsten Rentner noch einen Job (11,7 Prozent).

Das geht aus einer Auswertung der Initiative der Versicherungswirtschaft "Sieben Jahre länger" auf der Basis von Daten der Bundesagentur für Arbeit hervor. Im Blick auf die Bundesländer liegt Bremen auf Platz vier und Niedersachsen auf Rang 7. Im Jahr 2015 hatten in ganz Deutschland etwa 665.000 von rund vier Millionen Rentnern in der Altersgruppe der 65- bis 70-Jährigen einen Job. Das sind 300.000 mehr als im Vorjahr.

Die Experten der Versicherungswirtschaft sehen unterschiedliche Gründe für den Boom. Der Zuwachs liege nur zum geringen Teil an der schrittweisen Anhebung des Renteneintrittsalters. Für die meisten Rentner sei Geld weniger wichtig, sie hätten einfach Spaß an der Arbeit und den Kontakten zu anderen Menschen, hieß es.

Die Armutsquote bei Rentnern ist auf 13,3 Prozent gestiegen

Allerdings haben den Angaben der Initiative zufolge gerade die Senioren in den Boomregionen wie Hamburg wegen der höheren Lebenshaltungskosten ein größeres Interesse an weiterer Arbeit. Sie wollen damit womöglich drohender Armut im Alter entkommen. Der Armutsbericht des Paritätischen Wohlfahrtsverbands hatte unlängst auf eine dramatische Entwicklung in der Hansestadt hingewiesen. Danach ist die Armutsquote bei den Rentnern auf 13,3 Prozent gestiegen. Seit 2006 hat sich die Zahl damit mehr als verdoppelt. "Das Alter wird in Hamburg immer stärker zum Armutsrisiko", hatte Joachim Speicher, Geschäftsführer des Paritätischen Hamburg, bei der Vorstellung des Armutsberichts gesagt. "Die Zahl der Betroffenen steigt

jedes Jahr, unabhängig von der allgemeinen Armutsentwicklung."

Die Initiative "7 Jahre länger" ist ein Projekt der Versicherer. Sie wollen das Bewußtsein dafür schärfen, daß Menschen in Deutschland immer älter werden. Das Forsa-Institut hatte entdeckt, daß Männer durchschnittlich sieben Jahre länger leben, als sie denken. Der männliche Deutsche rechnet damit, daß er im Schnitt mit 77,4 Jahren das Zeitliche segnet. Tatsächlich aber beträgt seine statistische Lebenserwartung 84,7 Jahre. Auch Frauen unterliegen einer Fehleinschätzung: Sie erwarten, so die Forsa-Umfrage, ein Alter von 80,8 Jahren, werden aber fast acht Jahre älter.<<

16.07.2016

BRD: Die Tageszeitung "Die Welt" berichtet am 16. Juli 2016: >>Maos Schwimmstunde kostete 100 Millionen Opfer

Um seine physische Kraft zu beweisen, schwamm Mao Tse-tung im Juli 1966 durch den Jangtse. Sein gestärktes Charisma kostete Millionen Chinesen das Leben. Westliche Bewunderer übersahen das gern.

Von Alan Posener

Jeder erfolgreiche Revolutionär steht irgendwann vor dem Problem, daß der Erfolg die Revolution zu fressen droht. George Orwell hat das in "Farm der Tiere" beschrieben, wo die Tiere den Bauern verjagen und am Ende unter die noch schlimmere Herrschaft der Schweine geraten. "Die Tiere blickten von Schwein zu Mensch und von Mensch zu Schwein, und dann wieder von Schwein zu Mensch; doch es war bereits unmöglich zu sagen, wer was war." Was tun? Josef Stalin erfand das Mittel des wahllosen Terrors, um die Verfestigung einer neuen Klasse zu verhindern. Adolf Hitler den totalen Krieg. Mao Tse-tung die Kulturrevolution.

In den zehn Jahren der Revolution zwischen 1966 und dem Tod Maos 1976 wurden zwischen 1,5 und 1,8 Millionen Menschen getötet; ebenso viele trugen dauerhafte körperliche Schäden davon. 22 bis 30 Millionen wurden politisch verfolgt - entlassen, zur "Umerziehung" aufs Land geschickt, ins Gefängnis gesteckt; und da in Maos China die Sippenhaft galt, dürften über 100 Millionen Menschen unter der Kulturrevolution gelitten haben, wie der Freiburger Sinologe Daniel Leese in seinem neuen Buch "Die chinesische Kulturrevolution" vorrechnet. Dennoch wurde die Kulturrevolution im Westen begeistert rezipiert.

Aufmüßige Schüler identifizierten sich mit Maos "Roten Garden"; Künstler wie Andy Warhol und Gerhard Richter schufen Mao-Porträts; Pariser Modeschöpfer und britische Popgrößen trugen "Mao-Jacken"; rechte und linke Philosophen schwärmten vom "neuen Menschen", der in China entsteht; K-Gruppen studierten die "Mao Tse-tung-Ideen" und kopierten die Organisationsprinzipien der KP Chinas, und die Mitglieder der Terrorgruppe RAF, die vielleicht am besten verstanden hatte, worum es wirklich ging, ließen sich in Palästinenserlagern zu Mördern ausbilden.

Wie kam es zur Kulturrevolution? Im "Großen Sprung nach vorne" zwischen 1958 und 1961 hatte Mao in einem voluntaristischen Akt versucht, China aus einer halbfeudalen in eine kommunistische Gesellschaft zu verwandeln. Die Landwirtschaft wurde kollektiviert, die alte Dorf- und Familienstruktur zerschlagen, die Industrialisierung des Landes forciert.

Das Ergebnis war, wie Leese schreibt, "die größte Hungersnot der Geschichte" mit 30 bis 40 Millionen Toten. Mao mußte zurückstecken. Reformer gewannen in der KP Chinas Einfluß. Sie blickten nach Moskau, wo Nikita Chruschtschow versuchte, den Stalinismus zu überwinden.

Privat genauso brutal wie als Politiker

... Mao schien politisch erledigt, obwohl er noch Parteichef war. Doch er wartete nur ab. Am 10. November 1965 erschien in der Shanghaier Parteizeitung eine Kritik von Maos Getreuem Yao Wenyuan im Theaterstück "Hai Rui wird aus dem Amt entlassen." In den folgenden Wochen lancierten Maos Verbündete überall Angriffe gegen "Machthaber, die den kapitalisti-

schen Weg gehen" und forderten die "Massen" auf, "Ochsengeister und Schlangengötter" hinwegzufegen.

Es war ein einmaliger Vorgang: der Parteichef ruft das Volk auf, die Partei zu kritisieren. Überall bildeten sich an Schulen und Universitäten "Rote Garden", die Professoren kritisierten, demütigten, verprügelten und in einigen Fällen töteten. Am 13. Juni 1966 wurde der Schul- und Universitätsbetrieb in ganz China eingestellt. Die Schüler und Studenten hätten, so Mao, keine andere Verpflichtung mehr, als am "Klassenkampf" teilzunehmen.

Mao jubelte. Es herrsche "großes Chaos unter dem Himmel", schrieb er in einem Gedicht; dies sei gut für die Revolution. Jedoch war der Parteichef schon 72 Jahre alt; eignete er sich als Führer einer revolutionären Jugendbewegung? Am 16. Juli 1966 nahm er an einem Schwimmwettbewerb zur Überquerung des Jangtse-Flusses teil und demonstrierte seine physische Kraft. Die Bilder gingen um die Welt. Die "Große Proletarische Kulturrevolution" nahm ihren Lauf.

Die Polizei bekam Anweisungen, dem Terror der Roten Garden nicht im Wege zu stehen. Am 5. August 1966 ermordeten Schülerinnen der Pädagogischen Hochschule Peking ihre Schulleiterin; in den folgenden Wochen wurden allein in der Hauptstadt 1772 "Klassenfeinde" von Jugendlichen ermordet und 77.000 Menschen mit "schlechtem Klassenhintergrund" vertrieben.

Dazu meinte der Minister für Öffentliche Sicherheit: "Letztlich sind schlechte Personen schlecht, daher ist kein großes Aufheben darum zu machen, wenn sie zu Tode geprügelt werden." (Oder um Berliner Anarchisten des Jahres 2016 zu zitieren, nachdem 123 Polizisten bei Krawallen verletzt wurden: "Es soll angeblich 123 verletzte Schweine geben. Wir hoffen das stimmt, wenn wir das auch stark bezweifeln. Mögen es beim nächsten Mal 234 verletzte Schweine sein! Wir werden weiterhin aktiv sein, um Berlin ins Chaos zu stürzen. Schweine sind Schweine!")

Berlin befürchtet weitere Krawallnächte

In Berlin kämpft die linksautonome Szene gegen die Gentrifizierung. 123 Polizisten wurden in der Krawallnacht verletzt. Die Politik ist ratlos, wie weitere Ausschreitungen verhindert werden können.

Die Bilder randalierender Schüler, die ihre Lehrer einschüchtern, begeisterten viele Gymnasiasten in der westlichen Welt, die gegen autoritäre Lehrer und Eltern aufstanden und ihr Recht auf Lebensfreude einforderten. Sie verwechselten ihre eigene Kulturrevolution - als Mao im Jangtse schwamm, arbeiten die Beatles an ihrem Album "Revolver", schufen Hippies in San Francisco die erste Hochburg einer "Counterculture" - mit Maos Revolution von oben: man trug lange Haare und Mao-Buttons, randalierte bei einem Rolling-Stones-Konzert in der Berliner Waldbühne, machte erste Erfahrungen mit Haschisch und zitierte aus der roten "Mao-Bibel" Sprüche wie "Rebellion ist gerechtfertigt": man inszenierte, um es kurz zu machen, eine sich anbahnende Tragödie als Farce.

Die westliche Lehrergeneration war hilflos. Auch deshalb, weil einige ihrer geistigen Autoritäten Mao bewunderten. Der in Nachkriegsdeutschland immer noch bewunderte Ideologe des Faschismus Carl Schmitt etwa lobte in seiner "Theorie des Partisanen" 1963 Maos Schriften über den Guerillakrieg: Der Partisan, so Schmitt, sei das letzte "tellurische", also erdverbundene, Individuum im Kampf gegen eine bürokratisch-technische Welt. Schmitts Adept Hans-Jürgen Krahl, früher Mitglied einer rechtsextremen Gruppe, trug diese Gedanken später in den linksradikalen "Sozialistischen Deutschen Studentenbund" (SDS), wo sie von Rudi Dutschke popularisiert wurden.

Der große Vorsitzende als Dichter

Chinas Staats- und Parteichef Mao Tse-tung (1893-1976) schrieb nicht nur politische Traktate, sondern auch Gedichte, die sich an klassischen Vorbildern zu orientieren vorgaben.

1965 dichtete Mao ein "Gespräch zweier Vögel". Es war als Angriff gegen den "Gulaschkommunismus" der Sowjetunion unter Chruschtschow gedacht und verwies auf die kommende Kulturrevolution. ...

Als das Gedicht zur Jahreswende 1975/76 erschien, mußten es Millionen Chinesen auswendig lernen und vortragen. ...

Aber auch ein linksliberaler Intellektueller wie Sebastian Haffner schwärmte 1966, man spüre bei der Lektüre von Maos Schriften eine "eigentümlich elektrische Wirkung", hier handele es sich um "das Werk eines außerordentlichen Geistes". 1965 hatte der politisierende Dichter Hans Magnus Enzensberger das "Kursbuch" gegründet, das zum ideologischen Leitmedium des linksliberalen Bürgertums avancierte, und in dem der Schriftsteller Peter Schneider etwa im Schmitt'schen Sinne eine "Kulturrevolution gegen die Kulturindustrie" forderte.

Im "Kursbuch" erschienen auch Kapitel aus dem ungeheuer einflußreichen "Bericht aus einem chinesischen Dorf", in dem Jan Myrdal, Sohn des schwedischen Friedensforschers Gunnar Myrdal, die Kulturrevolution als Befreiung der Bauern von Liu Ling schilderte. "Wer den Bericht von Jan Myrdal gelesen hat, wird nicht dem Irrtum verfallen können, die Kommunisten in China regierten gegen das Volk", hieß es in einer Besprechung der "Zeit" vom Januar 1967. Der Schreiber dieser Zeilen erinnert sich an seinen Geschichtslehrer, der von Hitler, Stalin und Mao als Politiker schwärmte, denen die entscheidende Bedeutung großer Räume klar gewesen wäre.

Schon 1957 hatte die Zürcher "Tat" angesichts einer Reise Maos nach Moskau und Warschau prophezeit "China wird eine geistige und politische Macht in Europa. Gewiß: Es handelt sich dabei 'bloß' um Osteuropa. Aber es ist ein entscheidender Vorgang und wird eine historische Entwicklung besiegeln, die für China und Europa gleich schicksalhaft ist, weil sie etwas vollkommen Neues darstellt: den Eintritt Chinas in die europäische Politik." Zehn Jahre später - vor "68" wohlgemerkt, und lange vor Gründung der K-Gruppen Anfang der 1970er-Jahre - war Mao dank der Kulturrevolution auch in Westeuropa eine "geistige Macht".

Dabei hatte sie in China bereits ihren Zenit überschritten. Als sich im November 1966 Arbeiter den randalierenden Studenten anschlossen, höhere Löhne und niedrigere Normen forderten, war der Bestand des Staates gefährdet. Während in West-Berlin die antiautoritäre "Kommune I" vor Mao-Postern freien Sex praktizierte, kritisierte Mao am 12. Januar 1967 in der "Zentralen Gruppe Kulturrevolution" die Gründung der "Shanghaier Kommune" durch revolutionäre Arbeiter und Studenten. "Man braucht einen Kern, ganz gleich, wie der sich nennt, ob nun Kommunistische Partei oder Sozialdemokratische Partei. Auf jeden Fall ist eine Partei vonnöten."

Mao hatte ja auch innerhalb der Partei seine Ziele erreicht. Die Reformer Liu Shaoqi und Deng Xiaoping hatten Selbstkritik geübt und waren kaltgestellt, ihre Anhänger im ganzen Land waren durch Leute ersetzt worden, die der Leitlinie von Maos designiertem Nachfolger Lin Biao folgten: "Jeder Satz Mao Tse-tungs ist die Wahrheit. Ein Satz von ihm übertrifft zehntausend Sätze von uns."

Nun wandte sich auf Befehl Maos die Rote Armee gegen die Rotgardisten. Vor Aufnahme des Schulbetriebs im Oktober 1967 - hierzulande lauschte man "Sergeant Pepper" und den Reden des Propheten Rudi Dutschke, die sich, so ein "Zeit-Journalist" damals, "großartig, ja furchterregend" anhörten - wurden allein in der Provinz Szetschuan 100.000 Rebellen als "Konterrevolutionäre" verhaftet.

An die 17 Millionen Rotgardisten wurden zur "Umerziehung" aufs Land geschickt oder in Fabriken gesteckt, meist in abgelegenen Regionen wie der Inneren Mongolei oder der Mandschurei, viele gefoltert und hingerichtet. 75 Prozent der Todesopfer stammen aus dieser Phase, da aus der Kulturrevolution eine Konterrevolution wurde. Der Studentenfürer Yu Luo wurde 1970 auf Befehl des Militärs vor rund 100.000 Zuschauern in Peking hingerichtet.

Dennoch wollte man im Westen nicht vom Mao-Kult lassen. "Als die bürgerliche Presse über Massenmorde in China berichtete, haben wir das einfach nicht geglaubt", schrieb Dutschkes Frau Gretchen in ihren Memoiren. Lügenpresse halt. Die Repressionen gegen die Rote Garde deutete man als Ausweitung der Revolution aufs ganze Land; in Westdeutschland zogen sich nicht zuletzt darum viele Studenten einen Blaumann über und begannen mit der "revolutionären" Betriebsarbeit.

In ihren Micky-Maus-Übersetzungen spielte Erika Fuchs mit maoistischem Vokabular, während sich der Fußballer Paul Breitner in der Wohnung, die er mit Uli Hoeneß teilte, vor einem Mao-Foto abbilden ließ. 1972 schrieb die revolutionäre Band "Ton, Steine, Scherben" zwar auf ein Albumcover: "Mao, Mao, warum hast du uns verlassen?" Jedoch meinten die Musiker um Rio Reiser nicht die Millionen Toten, die Maos Revolutionen kosteten. Sie meinten die Tatsache, daß sich der bewunderte Revolutionsführer mit der Verkörperung des Bösen getroffen hatte, dem US-Präsidenten Richard Nixon. ...<<

24.07.2016

BRD: Die Bürgerbewegung PAX EUROPA e.V. berichtet am 24. Juli 2016 über die Opfer des Heiligen Krieges (Dschihad) des Islam (x931/...): >>Der Islam: 548 Schlachten - 278

Millionen Tote

Frage: Wenn es beim Islam wirklich um die Weltherrschaft geht, warum ist es dann so, daß wir immer viel mehr von ihnen getötet haben als sie von uns?

Antwort: Bis jetzt haben muslimische Krieger etwa 270 Millionen Menschen getötet. Das ist mehr als jeder Einzelne, jedes Land, jede Gruppe oder jedes Weltreich jemals in der Geschichte getötet hat. Bei weitem. An zweiter Stelle steht das kommunistische China, das 77 Millionen Menschen getötet hat.

Original: Tears of Jihad by Dr. Bill Warner Übersetzung von Europe News / 29 April 2011.

Diese Zahlen sind nur eine grobe Schätzung der toten Nicht-Muslime durch den politischen Akt des Dschihads.

Afrika

Thomas Sowell (Thomas Sowell, "Race and Culture, Basic Books", 1994, S. 188) schätzt, daß 11 Millionen Sklaven über den Atlantik verschifft wurden und 14 Millionen wurden zu den islamischen Staaten Nordafrikas und des Mittleren Osten geschickt. Für jeden gefangenen Sklaven mußten viel andere sterben. Schätzungen dieses Kollateralschadens schwanken.

Der namhafte Missionar David Livingstone schätzte, daß für jeden Sklaven, der eine Plantage erreichte fünf andere in einem vorausgegangenen Kampf getötet wurden, oder durch Krankheiten starben, oder durch Mangel im Verlauf der Zwangsdeportation (Missionsgremium presbyterianischer Frauen, David Livingstone, S. 62, 1888). Diejenigen, die zurückgelassen wurden waren sehr jung, schwach, krank und die Alten.

Sie starben bald, weil ihre Hauptversorger getötet oder versklavt wurden. Also, für 25 Millionen Sklaven, die auf dem Markt angeboten wurden haben wir eine geschätzte Todesrate von ungefähr 120 Millionen Menschen. Der Islam hatte das Monopol für Sklavenhandel in Afrika inne. **120 Millionen Afrikaner**

Christen

Die Anzahl der christlichen Märtyrer des Islams liegt bei 9 Millionen (David B. Barrett, Todd M. Johnson, "World Christian Trends AD 30-AD 2200", William Carey Library, 2001, S. 230, Tabelle 4-10). Eine grobe Schätzung von Raphael Moore in "Die Geschichte Kleinasien" liegt bei 50 Millionen Toten in Kriegen durch den Dschihad. Wenn man also die afrikanischen Christen mitzählt, die im 20. Jahrhundert getötet wurden, dann haben wir: **60 Millionen Christen**

Hindus

Koenard Elst schätzt in seinem Buch "Negationismus in Indien", daß 80 Millionen Hindus in

dem totalen Dschihad gegen Indien getötet wurden. (Koenard Elst, "Negationismus in Indien, Voice of India", New Delhi, 2002, Seite 34.) Das Land Indien ist heute halb so groß wie das historische Indien, durch den Dschihad. Die hohen Bergketten Indiens werden Hindukusch genannt, das bedeutet der "Scheiterhaufen der Hindus". **80 Millionen Hindus**

Buddhisten

Die Buddhisten haben die Geschichte des Krieges nirgendwo aufgezeichnet und nachgehalten. Vergessen Sie nicht, daß es im Dschihad nur Christen und Juden gestattet war als Dhimmis (Sklaven des Islams) zu überleben; jeder andere mußte konvertieren oder sterben. Der Dschihad tötete die Buddhisten in der Türkei, in Afghanistan, entlang der Seidenstraße und in Indien. Die Gesamtzahl beträgt grob geschätzt 10 Millionen (David B. Barrett, Todd M. Johnson, "World Christian Trends AD 30-AD 2200", William Carey Library, 2001, S. 230, Tabelle 4-1). **10 Millionen Buddhisten**

Juden

Merkwürdigerweise gab es nicht genug getötete Juden im Dschihad um die Gesamtzahl der Großvernichtung signifikant zu steigern. Der Dschihad in Arabien war zu 100% effektiv, aber die Zahlen lagen in den Tausenden nicht Millionen.

Danach unterwarfen sich die Juden und wurden zu Dhimmis (Diener oder Bürger zweiter Klasse) des Islams und hatten keine geographische Macht mehr.

Dies ergibt nach grober Schätzung **etwa 270 Millionen Menschen**, die durch den Dschihad getötet wurden.<<

29.08.2016

BRD: Herbert Ludwig berichtet am 29. August 2016 in seinem Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" über die geheimen anglo-amerikanischen Eliten (x944/...): >>>Die geheime Macht-Elite hinter dem anglo-amerikanischen Imperialismus

Für wachsame Zeitbeobachter ist es kein Geheimnis, daß hinter der anglo-amerikanischen Politik seit langem mächtige finanzstarke Kreise stehen, von denen die Regierungen gestellt oder aus dem Hintergrund dirigiert werden. Der zweimalige britische Premierminister Benjamin Disraeli (1804-1881), eng mit diesen Kreisen verbunden, äußerte sich so bereits vor Beginn seiner politischen Karriere in einem seiner Romane: "*Die Welt wird von anderen Leuten regiert, als es das Volk zu wissen glaubt.*"

Auch amerikanische Präsidenten kamen für ihr Land zu dieser Erkenntnis, so Theodore Roosevelt, Präsident von 1901-1909, der 1912 schrieb: "*Hinter der sichtbaren Regierung sitzt auf dem Thron eine unsichtbare Regierung, die dem Volk keine Treue schuldet und keine Verantwortung anerkennt. Diese unsichtbare Regierung zu vernichten, diese unheilige Allianz zwischen korruptem Business und korrupten Politikern aufzulösen, ist die erste Aufgabe des Staatsmannes.*"

Aber das letzte ist natürlich eine hohle Phrase zur Beruhigung des Volkes. Auch Franklin D. Roosevelt, Präsident von 1933-1945, wußte, daß ihm der Handlungsrahmen gesteckt war: "*Die tatsächliche Wahrheit ist, daß seit den Tagen von Andrew Jackson (1829-1837) gewisse Teile der großen Finanzzentren die Regierung beherrschen.*"

Geheimgesellschaften

Doch viele wußten und wissen, daß hinter diesen Hintergrundkreisen noch mächtigere Kreise stehen, von denen sie wiederum gelenkt werden oder mit denen sie eng verflochten sind: Geheimgesellschaften. Auf sie deutete Woodrow Wilson hin, Präsident von 1913 bis 1921, als er schrieb: "*Seit ich in die Politik getreten bin, sind mir die Ansichten von Männern vor allem privat anvertraut worden. Einige der größten Männer in den Vereinigten Staaten auf dem Gebiet des Handels und der Industrie haben Angst vor etwas. Sie wissen, daß es eine Macht irgendwo so organisiert, so subtil, so wachsam, so verriegelt, so vollständig, so durchdringend gibt, daß sie lieber nur flüstern sollen, wenn sie sie verurteilen.*"

Der Hinweis auf okkulte Logen, die im Hintergrund der westlichen Politik wirksam sind, wird heute als "Verschwörungstheorie" abgetan, also als Spinnerei diskreditiert. Natürlich gibt es auch Spinner. Aber zu tun, als ob es keine Verschwörungen gebe, offenbart solche Reaktionen gerade als Schutz- und Abwehrmechanismen.

Denn Verschwörungen durchziehen die ganze Geschichte der Menschheit. Rudolf Steiner machte 1917 darauf aufmerksam, daß noch bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts philosophische Historiker *"auf den Zusammenhang der Französischen Revolution und aller folgenden Entwicklung mit den Logen hinweisen. In den Zeiten, die als vorbereitend für die Gegenwart in Betracht kommen, hat sich die westliche geschichtliche Entwicklung, die westliche Welt niemals von den Logen emanzipiert. Immer war der Einfluß der Logen stark wirksam, das Logentum wußte die Kanäle zu finden, um den Gedanken der Menschen gewisse Richtungen einzuprägen. ...*

Sie werden leicht überall Wege finden können, durch die innerhalb der westlichen Kultur der letzten Jahrhunderte, die der Gegenwart vorangegangen sind, die Prägung der Gedanken in der exoterischen Welt durch die Esoterik der Logen nachgewiesen werden kann. Selbstverständlich gilt dies nicht von der Zeit vor Elisabeth, vor Shakespeare; aber von dem, was später kommt, gilt es."

Rudolf Steiner unterscheidet verschiedene Gruppen von verschwörerischen Geheimgesellschaften:

1. solche, die lokale politisch-verschwörerische Ziele haben wie die Jakobiner in Frankreich oder die Carbonari in Italien.
2. Dahinter Gruppierungen mit dem Anstrich einer esoterischen Geheimgesellschaft wie die Illuminaten oder die Omladina in Südosteuropa.
3. Diese werden ihrerseits von verschiedenen (nicht allen) politisch orientierten und auf esoterisch-okkulten Grundlagen beruhenden Freimaurerlogen, wie sie von England aus in ganz Europa gegründet wurden, beeinflußt und instrumentalisiert.
4. Erst hinter diesen stehen lenkend - vielfach durch Unterwanderung - diejenigen, welche R. Steiner die "westlichen okkulten Bruderschaften" nennt, die nicht positive gesamtgesellschaftliche, sondern gruppenegoistische Ziele verfolgen und von ihm daher auch "linke" oder "grau-bis schwarzmagisch" arbeitende Zirkel genannt werden.

Ziele

Für Rudolf Steiner kristallisierten sich in seinen Forschungen bereits Anfang des 20. Jahrhunderts u.a. folgende langfristigen Ziele dieser okkulten Bruderschaften heraus:

"Um was es sich handelt, ist doch, daß in den ihr Wissen geheim haltenden Zirkeln des Westens sehr darauf gesehen wird, daß gewisse Dinge sich so herausbilden, daß dieser Westen unter allen Umständen über den Osten die Herrschaft erwirbt. Mögen die Leute heute in ihrem Bewußtsein sagen, was sie wollen, dasjenige, was angestrebt wird, ist, eine Herrenkaste des Westens zu begründen und eine wirtschaftliche Sklavenkaste des Ostens, die beim Rhein beginnt und weiter nach Osten bis nach Asien hinein geht. ... Darum handelt es sich, die englisch sprechende Bevölkerung zu einer Herrenbevölkerung der Erde zu machen."

"Bei gewissen Hintermännern ... der angelsächsischen Politik besteht eine politische Anschauung, die ich in zwei Hauptsätzen zusammenfassen möchte: Erstens besteht die Ansicht - und es ist eine größere Anzahl von Persönlichkeiten, welche hinter den eigentlichen äußeren Politikern, die zuweilen Strohmänner sind, stehen, durchdrungen von dieser Ansicht - daß der angelsächsischen Rasse durch gewisse Weltentwicklungskräfte die Mission zufallen müsse, für die Gegenwart und Zukunft vieler Jahrhunderte eine Weltherrschaft, eine wirkliche Weltherrschaft auszuüben.

Es ist dieses festgewurzelt in diesen Persönlichkeiten ..., daß man es vergleichen kann mit den inneren Impulsen, welche einstmal das altjüdische Volk von seiner Weltmission hatte. ... Es

herrscht die Ansicht, daß dann, wenn so etwas vorliege, alles getan werden müsse, ... daß man vor nichts zurückschrecken dürfe, was im Sinne eines solchen Weltimpulses liegt. Dieser Impuls wird in einer, man muß schon sagen, intellektualistisch außerordentlich großartigen Weise hineingetragen in die Gemüter derer, die dann in den mehr unteren Stellungen - wozu aber immer noch diejenigen der Staatssekretäre gehören - das politische Leben führen.

Ich glaube, wer die eben angeführte Tatsache nicht kennt, der kann unmöglich den Gang der Weltentwicklung in der neueren Zeit verstehen. ...

Das zweite ist dies: Man weiß, daß die soziale Frage ein weltgeschichtlicher Impuls ist, der unbedingt sich ausleben muß. Es gibt keinen der Führenden unter den angelsächsischen Persönlichkeiten, die in Betracht kommen, der nicht mit einem ... außerordentlich kalten, nüchternen Blick sich sagte: Die soziale Frage muß sich ausleben. - Aber er sagt sich dazu: Sie darf sich nicht so ausleben, daß die westliche, die angelsächsische Mission dadurch Schaden erleiden könnte.

Er sagt da fast wörtlich, und diese Worte sind oft gesprochen worden: Die westliche Welt ist nicht dazu angetan, daß man sie ruinieren lasse durch sozialistische Experimente. Dazu ist die östliche Welt angetan. - Und er ist dann von der Absicht beseelt, diese östliche, namentlich die russische Welt, zum Felde sozialistischer Experimente zu machen. ...

Dasjenige, was ich Ihnen jetzt sage, ist eine Anschauung, die ich konstatieren konnte - vielleicht geht sie noch weiter zurück, das weiß ich vorderhand nicht - bis in die achtziger Jahre des 19. Jahrhunderts zurück.

... und man hoffte, daß die sozialistischen Experimente, dadurch, daß sie sich so abspielen müssen, wenn die in die Irre gehende Proletarierwelt sich nach marxistischen oder ähnlichen Prinzipien richtet, daß dann diese sozialistischen Experimente auch für die Welt der Arbeiter eine deutliche Lehre sein werden in ihrem Ausgehen, in der Nichtigkeit, in der Zerstörung eine deutliche Lehre sein werden, daß man es auch so nicht machen könne. ... Alles dasjenige, was getan worden ist bis zum Jahre 1914 auf dem Gebiete der Weltpolitik, steht unter dem Einfluß dieser Welttendenz."

Wenn Rudolf Steiner meist von Zielen angelsächsischer Zirkel spricht, sind die amerikanischen immer mitgemeint, da die okkulten Bruderschaften beider Länder intensiv zusammenarbeiten. Bis zum Ersten Weltkrieg war der britische Imperialismus noch der vorherrschende und wurde danach vom amerikanischen abgelöst.

Selbstverständlich sind die okkulten Bruderschaften durch ihre Mitglieder und Beeinfluften in allen Bereichen der Gesellschaft unsichtbar verankert, die sie sozusagen personell an den entscheidenden Stellen durchsetzen, insbesondere in der Wirtschaft und dem von ihr abhängigen staatlichen Leben.

Macht und Herrschaft werden heute vornehmlich *mit den Mitteln der beweglichen kapitalistischen Wirtschaftsimpulse* ausgeübt, wie Rudolf Steiner in einer Tagebuchnotiz bemerkte, in der er die anglo-amerikanischen okkulten Zirkel auch als "Pluto-Autokraten" bezeichnete, um damit ihren Zusammenhang mit den Superreichen anzudeuten.

Das gezeichnete sozialistische Experiment, mit dessen Errichtung notwendig die Ausschaltung Mitteleuropas als eigenständige Kraft verbunden war, haben wir in Gestalt der Sowjetunion und seiner Satellitenstaaten erlebt. Als ihr Zusammenbruch 1989 herbeigeführt wurde, veröffentlichte der amerikanische Präsidentenberater Zbigniew Brzezinski, ein einflußreicher Fädenzieher der westlichen Politik, eine Schrift mit dem bezeichnenden Titel "Das gescheiterte Experiment: Vom Untergang des kommunistischen Systems". Mit dem verzerrten "Sozialismus" ist auch der wahre Sozialismus gründlich diskreditiert und der westliche Kapitalismus als einzige Alternative fest etabliert worden.

In China läuft das Experiment noch weiter, befindet sich aber offenbar in einem gewissen Übergangsstadium. Kapitalismus und "Sozialismus" stammen beide aus der derselben westli-

chen Quelle, und ihre Unterschiede sind vielfach nur äußerlich. Symptomatisch hierfür sind die Worte, die Christine Lagarde, die heutige Chefin des berühmt-berüchtigten IWF und damalige Finanzministerin von Frankreich, am Anfang der Finanzkrise in einer internationalen Konferenz ihrem deutschen Kollegen Peer Steinbrück auf einem Zettel zuschob:

"Der Unterschied zwischen Kapitalismus und Kommunismus: Im Kommunismus werden die Banken erst verstaatlicht, und dann gehen sie bankrott. Im Kapitalismus gehen die Banken bankrott, und dann werden sie verstaatlicht. Treffen Sie Ihre Wahl." Die Banken und Staaten lenkenden Kreise sind eben jeweils dieselben.

Strategische Mittel

Okkulte Gesellschaften arbeiten vielfach mit einem aus der Vergangenheit tradierten spirituellen Wissen. Sie gehen davon aus, daß der Weltentwicklung übersinnliche, geistige Impulse zugrunde liegen, die in Gedanken erfaßt werden können. So wies Rudolf Steiner darauf hin, daß bei den westlichen Geheimgesellschaften *"in einer gewissen Beziehung es als eine Lehre der tiefsten Esoterik angesehen wird, daß die Welt eigentlich aus Gedanken gebildet wird."*

Dies fanden sie bei dem deutschen Philosophen G. W. F. Hegel in dessen "Wissenschaft der Logik" exoterisch in aller Breite logisch so entwickelt, daß die Begriffe und Ideen in einer zwingend notwendigen Reihenfolge auseinander hervorgehen.

"Bei Hegel sehen wir, wie alles, was in Entwicklung ist, vom Gedanken durchpulst ist, wie der Gedanke In seinen besonderen Konfigurationen, in seinen konkreten Ausgestaltungen eigentlich das sich Entwickelnde ist. ... Hegel redet in seiner Philosophie vom Gedanken und meint eigentlich den kosmischen Gedanken. Hegel sagt: Wenn wir irgendwo sehen in der äußeren Welt, sei es, daß wir einen Stern in seiner Bahn, ein Tier, eine Pflanze, ein Mineral betrachten, sehen wir eigentlich überall Gedanken, nur daß diese Art Gedanken in der äußeren Welt eben in einer anderen Form als in der Gedankenform vorhanden sind."

Die westlichen Geheimgesellschaften erkannten die ungeheuer praktische Bedeutung, die dieser Lehre Hegels innewohnt. Sie sagten sich: Wer das Wesen dieser Gedankenformen und ihre typische Reihenfolge begriffen hat, kann Ereignisse und Entwicklungen in weltpolitischen Dimensionen gezielt in seinem Sinne in Gang setzen. Daher tun sie alles, um Hegels Lehre, die ja sowieso nur von wenigen gelesen und verstanden wird, geheim zu halten. Sie ist Inhalt ihrer Geheimlehre. Denn geheimes Wissen bedeutet Macht.

"Sie können wirklich, wenn Sie bekannt werden mit den alleresoterischsten Lehren der Geheimgesellschaften der anglo-amerikanischen Bevölkerung, inhaltlich kaum etwas anderes finden als Hegelsche Ohilosophie."

Hegel begreift alles Sein der Welt als Entwicklungsprozeß, als ein ständiges Werden und Vergehen, das sich in Gedankenbewegungen vollzieht und erfaßbar wird. Es verläuft ständig in Gegensätzen, die auseinander hervorgehen, wechselseitig umschlagen, und ineinander wieder übergehen. Dies wird häufig als Dialektik von These, Antithese und Synthese bezeichnet, was aber in dieser Abstraktheit die innere Dynamik nur unvollkommen und leicht mißverständlich beschreibt. Die westlichen okkulten Zirkel machen sich diese Hegelsche Lehre mißbräuchlich zunutze, indem sie selbst willkürlich Gegensätze für eine gewünschte Entwicklung in Gang setzen, um sich dann zu Herren über das Ergebnis zu machen.

Methodische Zwischenbemerkung

Es könnte die berechnete Frage entstehen, woher Rudolf Steiner diese Interna der westlichen Geheimgesellschaften wußte, sogar wörtlich zitierte, da er ihnen doch nicht angehört hat. Damit werden Fragen der anthroposophischen Erkenntnismethode berührt, die hier nicht mit der notwendigen Fundierung behandelt werden können; es muß dazu auf die erkenntnistheoretischen und methodischen Schriften Rudolf Steiners verwiesen werden.

Aber man ist darauf auch nicht unbedingt angewiesen, um Rudolf Steiner ernst zu nehmen. Wenn seine Hinweise in der Wirklichkeit begründet sind, dann müssen sie auch in den zeitge-

schichtlichen Ereignissen ihre Bestätigung finden. Dies ist oben bereits an der identischen Wortwahl vom "Experiment" in Rußland durch Brzezinski deutlich geworden.

Der Historiker Markus Osterrieder ist in seinem Opus "Welt im Umbruch" (2014) vielen Hinweisen Rudolf Steiners über die britischen Geheimgesellschaften forschend nachgegangen, die dieser speziell zu den Hintergründen des Ersten Weltkrieges gemacht hat. Einige Artikel dieses Blogs haben sich damit bereits näher befaßt. Osterrieder hat noch genauere und tiefergehende Bestätigungen gefunden, als sie schon aus dem 1981 erschienen Enthüllungsbuch des amerikanischen Insiders und renommierten Historikers Carroll Quigley "Das anglo-amerikanische Establishment" hervorgehen, das sich entgegen des Titels im wesentlichen nur auf das britische Establishment bezieht.

Der Orden "Skull & Bones"

Zu Amerikas geheimem Establishment veröffentlichte Anfang der 1980-Jahre der britisch-amerikanische Historiker Anthony Sutton eine Serie von mehreren kürzeren Büchern über einen geheimen Orden "Skull & Bones" (Schädel und Knochen), die dann in einen Band zusammengefaßt wurden: "America's Secret Establishment. An Introduction to the Order of Skull & Bones". Wie das Buch von Quigley auch, wurde es trotz oder gerade wegen seines sensationellen Inhaltes von keinem großen Verlag übernommen und auch in den Medien nicht rezensiert. Nur Quigleys Buch gibt es inzwischen auf Deutsch.

Sutton war ein anonymes Paket mit einem viele Zentimeter dicken Stapel Mitgliederlisten und Dokumenten des Ordens zugespielt worden. Niemand war besser vorbereitet, sie tiefgründig auswerten zu können als Anthony Sutton.

In der Einleitung zum 1. Band der Serie schrieb er:

"Nach 16 Büchern und 25 Jahren in der Forschung dachte ich, ich hätte schon alles gehört ... die Welt war ein verwirrendes Durcheinander, wohl jenseits einer Möglichkeit zum Verstehen, geschweige denn zur Erlösung - und es gab wenig, das ich dabei hätte tun können. 1968 wurde mein 'Western Technology and Soviet Economic Development' von der Hoover Institution an der Stanford University verlegt.

In drei starken Bänden zeigte ich detailliert auf, wie der Westen die Sowjetunion aufgebaut hatte. Aber das Werk hinterließ ein scheinbar unlösbares Rätsel. - Warum haben wir das gemacht? Warum haben wir die Sowjetunion aufgebaut, während wir gleichzeitig Technologietransfer nach Hitlers Deutschland betrieben? ... Warum haben wir die militärische Macht der Sowjetunion gestärkt? Und gleichzeitig auch unsere eigene? In nachfolgenden Büchern, der Wall Street-Serie, habe ich neue Fragen hinzugefügt - aber keine Antworten."

Dann erhielt er die Dokumente und Mitgliederlisten des Geheimordens. Bei Sichtung der Bögen erkannte er sofort, daß das keine gewöhnliche Gruppe war. *"Diese Namen bedeuteten Macht, sehr viel Macht."* Und als er den einzelnen Personen in ihren gesellschaftlichen Stellungen nachforschte, ergab sich ihm ein ganz bestimmtes Muster, *"und eine vorher verworrene Welt wurde kristallklar."*

Der Orden wurde 1832 auf dem Gelände der Yale-Universität in New Haven (Connecticut) gegründet, die er praktisch beherrscht und aus deren Studentenschaft er jährlich 15 neue Mitglieder rekrutiert. Yale, neben Harvard eine der renommiertesten Universitäten der USA, entstand 1701, um Führungspersonen für das Land auszubilden (Wikipedia). Die Creme der Ostküstenoberschicht schickt hierher ihre Söhne und Töchter zur Vorbereitung. Und in einem noch viel tieferen Sinn geht es dem Geheimorden um die Führung der USA.

In 180 Jahren bildeten sich 20 bis 30 Familien heraus, die es verstanden, ihre Söhne (seit 1991 auch Töchter) und Verwandten in den Orden hineinzubringen und sich auch untereinander zu verheiraten. Sie bilden den harten Kern des Ordens. Zwei Gruppen kann man nach Sutton unterscheiden: einmal alte amerikanische Familien wie Whitney, Lord, Phelps, Wadsworth, Allen, Bundy, Adams usw. und zweitens Familien, die in den letzten hundert Jahren zu Reich-

tum und Einfluß gekommen sind wie Harriman, Rockefeller, Payne, Davison, Bush usw. Für Sutton kristallisierte sich heraus, daß es in den Vereinigten Staaten keine wichtige Organisation im Bereich der Forschung, der Politik oder der Meinungsbildung, auch der Kirchen, der Wirtschaft und des Rechtswesens gibt, die der Orden nicht entweder selbst gegründet oder durchdrungen hätte, um die Richtung der amerikanischen Gesellschaft zu bestimmen.

*"The Evolution of American society is not, and has not been for a century, a voluntary development reflecting individual opinion, ideas and decisions at the grass roots. On the contrary, the broad direction has been **created artificially** and stimulated by The Order."*

*("Die Entwicklung der amerikanischen Gesellschaft ist keine - und war auch ein ganzes Jahrhundert lang keine - von unten gewachsene, freie Entwicklung, die individuelle Meinungen, Ideen und Entscheidungen berücksichtigte. Im Gegenteil: Die grobe Richtung wurde vom Orden **künstlich geschaffen** und stimuliert.")*

Durch Erforschung und Zusammenführung der Taten der verschiedenen Ordensmitglieder über die letzten hundert Jahre erschloß sich Sutton eine Aufeinanderfolge von Handlungen, die nach einem bestimmten Muster abliefen: Sie seien alle darauf ausgerichtet, die amerikanische Gesellschaft und darüber die Welt in Richtung einer "Neuen Weltordnung" zu verändern, in der sich unter Führung des amerikanischen Establishments die durchgeplante Ordnung einer Weltregierung herausbildet, in der nationale Bindungen oder kulturelle Unterschiede aufgelöst und die individuellen Freiheiten stark eingeschränkt und ohne verfassungsrechtlichen Schutz sein sollen.

Die "Neue Weltordnung" wurde ja auch von Präsident George H. W. Bush (Ordensmitglied seit 1948) am 11.9.1990 vor beiden Kammern des Kongresses offiziell zum Leitbegriff der internationalen Politik erkoren (Wikipedia).

Sutton fand, daß die zentrale strategische Lehre des Ordens, um sukzessive seine Ziele zu erreichen, in der Anwendung der Hegelschen Dialektik bestehe. Diese habe er in die praktische Politik übertragen: man konstruiere künstlich polare Strömungen, um sich dann selbst zum Herren über das Ergebnis zu machen. *"Die operative Geschichte des Ordens kann nur verstanden werden im Rahmen der Hegelianischen Dialektik. Das ist ganz einfach die Vorstellung, daß Geschichte durch Konflikte entsteht. Aus diesem Axiom folgt, daß ein künstlich kontrollierter Konflikt eine vorherbestimmte Geschichte erzeugen kann."*

Allerdings versimplifiziert und verzerrt Sutton hier Hegels Philosophie. Der Orden wendet nicht Hegels Logik an, die sich streng in auseinander hervorgehenden polaren Begriffen bewegt, sondern mißbraucht Hegels Erkenntnisse, um ganz oberflächlich gewünschte - und oft gar nicht polare - Gegensätze hervorzurufen, um sie zu geplanten Entwicklungen gegeneinander zu führen.

Doch erklärten sich daraus für Sutton die gleichzeitige amerikanische finanzielle und materielle Unterstützung der Sowjetunion und des deutschen Nationalsozialismus, der geschaffene Gegensatz Kapitalismus - Kommunismus und viel weitere Konfliktinszenierungen bis zur Gegenwart. Das ist das Muster, das Sutton die *vorher verworrene Welt kristallklar* werden ließ.

Das Wirken von Geheimgesellschaften wird nach wie vor (gehorsam?) von der herrschenden Geschichtswissenschaft ignoriert. Anthony Sutton konstatierte in einem Interview: *"Wenn wir feststellen, daß Geheimgesellschaften wirklich eine Bedeutung haben, dann wird die gesamte Geschichte der letzten zwei Jahrhunderte neu geschrieben werden müssen."* ... <<

12.09.2016

BRD: Herbert Ludwig berichtet am 12. September 2016 in seinem Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" über die Geheimgesellschaft "Skull & Bones" (x945/...): >>Wie die Geheimgesellschaft "Skull & Bones" die Schaltstellen der USA besetzt

"In den Zeiten, die als vorbereitend für die Gegenwart in Betracht kommen, hat sich die west-

liche geschichtliche Entwicklung niemals von den Logen emanzipiert. Immer war der Einfluß der Logen stark wirksam."

Rudolf Steiner

Daß in der anglo-amerikanischen Welt geheime Zirkel aus dem Verborgenen heraus die Politik bestimmen, hat schon viele Menschen beschäftigt. Aber man kommt schwer an konkrete Beweise und schwimmt weitgehend im Ungewissen. Denn es liegt in der Natur von geheimen Orden, daß ihr Wirken eben streng geheim gehalten wird.

Doch seit dem britisch-amerikanischen Historiker Anthony Sutton Mitgliederlisten und Dokumente des geheimen Ordens Skull & Bones "von einem Mitglied der 'Familie', das von ihren Aktivitäten angewidert war", zugespielt wurden, kann man den ungeheuren Einfluß zumindest dieser einen Geheimgesellschaft auf Politik und Gesellschaft der USA konkret verfolgen, wie ihn Sutton in einem Buch beschrieben hat, das er das wichtigste aller seiner Bücher nannte.

Es ist bezeichnend, daß die Veröffentlichung nur in einem kleinen Verlag erscheinen konnte und von den Historikern, der Politik und den Medien ignoriert wurde. Auch ist es bis heute noch nicht auf Deutsch erschienen.

Ziele und Strategien

Der Orden hat nach Suttons Erkenntnissen das Ziel, die amerikanische Gesellschaft und darüber hinaus die ganze Welt in Richtung einer "Neuen Weltordnung" zu verändern, in der sich unter Führung des amerikanischen Establishments die durchgeplante Ordnung einer Weltregierung herausbildet, in der die Hindernisse nationaler Bindungen oder kultureller Unterschiede aufgelöst und die individuellen Freiheiten eingeschränkt und ohne verfassungsrechtlichen Schutz sein sollen.

Versetzen wir uns in das Denken dieser Leute: Um diese gewaltigen, irrsinnigen Ziele zu erreichen, muß im Inneren des Ordens ein ungeheurer, über Generationen gehender Wille entwickelt werden, in den jedes Mitglied bedingungslos eingespannt ist. Dann muß die amerikanische Gesellschaft in allen wichtigen Schaltstellen von Ordensmitgliedern oder von ihnen Abhängigen durchsetzt werden, um ihre politische, kulturelle und wirtschaftliche Entwicklung entsprechend zu beeinflussen und zu bestimmen. Und nach außen ist schließlich die amerikanische Wirtschafts- und Militärmacht mit ihrem Geheimdienstapparat gezielt und rücksichtslos einzusetzen, um eine weltbeherrschende Stellung der USA in wirtschaftlicher, politischer und kultureller Hinsicht zu erreichen.

Rekrutierung und Inneres des Ordens

Jährlich werden 15 neue Mitglieder aus dem vorletzten Studenten-Jahrgang der Yale-Universität in New Haven (nordöstlich von New York-City) ausgewählt, auf dessen Gelände der Orden 1832 gegründet wurde. Das bedeutet, daß der Orden stets ca. 700-800 Mitglieder hat, von denen nach Sutton etwa ein Viertel eine aktive Rolle spielt, die anderen entweder ihr Interesse verlieren oder ihren Sinn ändern und innerlich aussteigen.

"Bei der Auswahl legt man Wert auf sportliche Fähigkeiten - die Fähigkeit, im Team zu spielen. Am wenigsten erwünscht als Ordensmitglieder sind Einzelgänger, Bilderstürmer und Individualisten, die ihren eigenen Weg gehen. - Am ehesten wird man Mitglied, wenn man aus einer Bonesfamilie kommt und aktiv, einfallsreich und womöglich ein unmoralischer Teamplayer ist.

Ein Mann, der versteht, daß er, um etwas zu werden, jemandem folgen muß. Ein Mann, der sich selbst für das Team opfert. Eine kurze Überlegung zeigt, warum das so ist. Im wahren Leben ist der Kern des Ordens, seine Ziele voranzubringen. Amt und Würden sowie Aussicht auf finanziellen Erfolg sind durch die Macht des Ordens garantiert. Aber der Preis für diese Würden und Erfolge ist das Selbstopfer für das gemeinsame Ziel, das Ziel des Ordens."

Die neuen Mitglieder werden durch ein Initiations-Ritual aufgenommen, über das nur

Bruchstücke bekannt sind, so z.B., daß der Kandidat nackt in einem Sarg liegen muß. Er muß also symbolisch den Tod durchmachen. Er stirbt in gewisser Weise für sein bisheriges Leben und wird in den Orden neu geboren, auf den fortan sein Leben ganz bezogen ist.

Der Orden ist eine Welt für sich, er repräsentiert eine dem irdischen Leben übergeordnete, diese bestimmende Welt, zu deren Ritter er geschlagen wird. Am Ende erhält er eine in schwarzes Leder gebundene Abschrift der Mitgliederliste des Ordens, die außen und innen mit sonderbaren bedeutungsvollen Symbolen versehen ist. Dies muß alles eine seelisch tief konditionierende Wirkung haben.

Offensichtlich werden die Mitglieder in eine Hierarchie eingegliedert, in der die Eingeweihten an der Spitze wohl nur wenigen bekannt sind, von denen letztlich alle Direktiven und Impulse ausgehen, die lehrend, durch Zeichen, Symbole und die Magie des Rituals suggestiv die Gefühle, Gedanken und Willens-Intentionen lenkend, weitergegeben werden.

Um den Orden herum besteht ein äußerer Kreis von Personen in den verschiedensten Institutionen der Gesellschaft, die von den Initiierten des Ordens *"durch persönliche Überredung, finanzielle Förderung und sozialen Druck gelenkt werden. Wahrscheinlich sind sich die meisten Mitglieder des äußeren Kreises gar nicht bewußt, daß sie von einer Geheimgesellschaft benutzt werden."*

Sutton sieht hier Ähnlichkeiten mit der von Cecil Rhodes Ende des 19. Jahrhunderts in England gegründeten und von Alfred Milner weitergeführten Geheimgesellschaft, die Carroll Quigley in "Das Anglo-Amerikanische Establishment" beschrieben und "The Group" genannt hat.

Verflechtungen

Den Kern des Ordens bilden nur 20-30 Familien der Ostküste, die aus einer Gruppe angelsächsischer puritanischer Einwandererfamilien und einer Gruppe Familien bestehen, welche in den letzten 100 Jahren zu großem Reichtum gekommen sind. Sie sind überdies durch Heiraten stark miteinander verflochten. Die Fähigkeit, seine Mitglieder in die zentralen Schaltstellen der Gesellschaft zu bringen, beruht vor allem auf einem der wichtigsten Prinzipien des Ordens: daß ein Bonesman für jeden beliebigen Posten von vorneherein als der Beste gelten, also den absoluten Vorrang erhalten muß. Dafür seinen Einfluß und seine Kräfte einzusetzen, ist die absolute Verpflichtung jedes Mitgliedes.

Eine Vorstellung von den Verflechtungen vermittelt Sutton am Beispiel der Familien Whitney und Harriman. Acht Whitneys wurden Mitglieder des Ordens. Drei von ihnen, William Collins Whitney, initiiert 1863, und seine beiden Söhne Payne und Harry Payne *"sind der Kern des Whitney-Einflusses im Orden."*

William Collins Whitney (1841-1904) wurde 1872 Schulinspektor von New York, erwarb in den folgenden Jahrzehnten auf geheimnisvolle Weise ein beträchtliches Vermögen und wurde eine Macht im Hintergrund für die Regierung von Cleveland. Er heiratete Flora Payne, die Tochter des Standard-Oil-Schatzmeisters Oliver Payne, der zwar nicht im Orden war, dessen Standard-Oil-Anteil aber Whitneys Vermögen vergrößerte. Die von John Rockefeller gegründete Standard-Oil-Company war bis zu ihrer gerichtlichen Entflechtung 1911 das größte Erdölraffinerie-Unternehmen der Welt. Aus der Rockefeller Familie wurde Johns Neffe Percy Rockefeller 1900 Ordensmitglied.

Die beiden Söhne Harry Payne und Payne Whitney studierten in Yale und wurden 1894 bzw. 1898 Ordensmitglieder. Harry Payne heiratete 1896 Gertrude Vanderbilt und verschmolz das Whitney-Payne-Vermögen noch mit einem Teil des Vanderbilt-Geldes. Das Vanderbilt-Unternehmen besaß die wichtigsten Eisenbahnlinsen der USA.

"Diese geballte Finanzkraft floß in den Guaranty-Trust, in das Bankhaus J. P. Morgan und in die Guggenheim-Stiftung. Und es wird noch komplizierter. Der Sohn von Harry Payne Whitney, Cornelius Vanderbilt Whitney, heiratete Marie Norton. Nach ihrer Scheidung heiratete

Marie Norton Whitney W. Averell Harriman (sie war seine erste Frau), der heute (1983) mit 91 eine Schlüsselfigur des Ordens ist. Diese eng miteinander verwobene Familie, die an Finanzmächte angekoppelt ist, macht den Kern des Ordens aus."

Averell Harriman studierte wie sein jüngerer Bruder E. Roland Harriman in Yale, wo sie 1913 bzw. 1917 in den Orden aufgenommen wurden. Das Vermögen des Vaters, eines reich gewordenen Eisenbahnunternehmers, half Averell dabei, 1922 die Investmentbank *W. A. Harriman & Co* zu gründen, der sein Bruder E. Roland 1927 beitrug, so daß sie den Namen *Harriman Brothers & Company* erhielt. 1931 fusionierten sie mit dem schon 1800 gegründeten Bankhaus *Brown Bros. & Co.*, deren Partner ebenfalls Ordensmitglieder waren, zu *Brown Brothers Harriman & Co.* (Vgl. Wikipedia)

"In den 70ern des 20. Jahrhunderts hatte das relativ unbekannte, private internationale Bankhaus Brown Brothers Harriman mit einem Vermögenswert von einer halben Milliarde Dollar mindestens 9 von insgesamt 26 Partnern, die der geheimen Bruderschaft angehörten. Von keiner anderen Firma ist eine höhere Konzentration von Ordensmitgliedern bekannt. Was die Sache noch interessanter macht: Prescott Bush (Senator von Connecticut), der Vater von Präsident George H. W. Bush (beide Ordensmitglieder) war über 40 Jahre lang Partner bei Brown Brothers Harriman."

Durchdringung des Bildungswesens

Wer die Zukunft einer Gesellschaft bestimmen will, muß vor allen Dingen das Bildungswesen kontrollieren. Der Orden setzt wichtige neue Organisationen selbst in Gang, stellt den ersten Präsidenten oder Vorsitzenden, gibt gleichzeitig die inhaltliche Richtung vor und zieht sich dann, wenn die Dinge laufen, oft zurück, so besonders auch im Hochschulsektor.

Yale, neben Harvard die bedeutendste Elite-Universität der USA, ist ja schon lange in seiner Hand. Die ebenfalls bedeutende Cornell Universität in New York wurde 1865 von Andrew Dickinson White (im Orden seit 1853) mitgegründet und als erstem Präsidenten in die gewünschte inhaltliche Richtung gebracht. Die 1876 in Baltimore gegründete Johns Hopkins-Universität, die im Hochschulranking heute ebenfalls unter den 20 besten Universitäten der Welt geführt wird, hatte als ihren ersten Präsidenten (von 1875-1901) Daniel Coit Gilman (im Orden seit 1852).

Im Bereich wissenschaftlicher Forschungsgesellschaften wurden die "American Historical Association", die "American Economic Association", die "American Chemical Society" und die "American Psychological Association" zu Beginn alle von Mitgliedern des Ordens oder ihm nahestehenden Personen gestartet. Das sind die wichtigsten Verbände zur Konditionierung einer Gesellschaft."

Die "American Historical Association" z.B. wacht darüber, daß sich die Geschichtsschreibung in der gewünschten Richtung bewegt, in der die wahren Ursachen, insbesondere die vom Orden gelegten, verborgen bleiben. *"Wehe dem Buch oder Autor, der sich außerhalb der offiziellen Richtlinien bewegt. Keine Fördergelder. Verlage bekommen kalte Füße. Der Vertrieb ist nachlässig oder nicht existent. - 1946 teilte die Rockefeller Stiftung einer offiziellen Geschichtsschreibung über den Zweiten Weltkrieg 139.000 Dollar zu, nur um sicher zu gehen, daß die offizielle Linie dominierte."*

Auch bei wichtigen Stiftungen ist der Orden präsent. So wurde der erste Präsident der 1902 gegründeten, ungeheuer reichen Carnegie Institution zur Unterstützung wissenschaftlicher Forschung das Ordensmitglied Daniel Coit Gilman, und andere Ordensmitglieder saßen seit der Jahrhundertwende im Aufsichtsrat. *"Gilman war auch bei der Gründung der Peabody, Slater und Russel-Sage Stiftungen dabei. McGeorge Bundy (Ordensmitglied seit 1940) war Präsident der Ford-Stiftung von 1966-1979."*

Ordensmitglied William Howard Taft war der erste Vorsitzende der 1910 gegründeten "Amerikanischen Gesellschaft zur Beilegung internationaler Streitigkeiten", Vorläufer des "Bundes

für den Frieden", aus dem sich das Konzept des Völkerbundes entwickelte.

Durchdringung von Kirchen und Medien

Anthony Sutton konstatiert und belegt, daß es in den USA keine wichtige Organisation im Bereich der Bildung, Forschung, Kirche, Meinungsbildung, Wirtschaft, des Rechtswesens und der Politik gibt, die der Orden *Skull & Bones* nicht entweder selbst gegründet, durchdrungen oder beeinflußt hätte. *"Nicht alles zur selben Zeit, aber beharrlich und hartnäckig genug, um die Richtung der amerikanischen Gesellschaft zu bestimmen."*

Zum Bereich von Bildung und Forschung ist vorstehend einiges dargestellt worden, wobei ein Eingehen auf den Einfluß im Schulsystem hier zu weit führen würde. Das nach Sutton bedeutendste Beispiel dafür, wie der Orden in die Theologie der protestantischen **Kirchen** eingedrungen ist, ist das *Union Theological Seminary* an der Columbia Universität in New York, bei dem einst wegen des Verdachts auf kommunistische Infiltration ermittelt wurde und das daher auch unter dem Namen "Rotes Seminar" bekannt war.

Professor für praktische Theologie war dort von 1904 bis 1926 und dessen Präsident von 1926 bis 1945 *Henry Sloane Coffin*, im Orden seit 1897. *"Das Seminar hatte eine so breit angelegte Interpretation von Religion, daß es sogar einen atheistischen Club für seine Studenten hat oder zumindest hatte. - Henry Sloane Jr. (im Orden seit 1948) war einer der 'Boston Five', die der Verschwörung gegen die Vereinigten Staaten angeklagt waren. - Und das ist nur ein Teil des Eindringens des Ordens in die Kirche."*

Einen bedeutenden Einfluß übte der Orden auch auf das **Kommunikationswesen** der USA aus. Bedeutende Gestalten waren der in China als Sohn eines presbyterianischen Missionars geborene *Henry Robinson Luce* und sein Freund *Briton Hadden*, beide Ordensmitglied seit 1920, die 1923 das Nachrichtenmagazin *TIME* gründeten.

"Luce war dabei der Business Manager und Hadden Chefredakteur. Nach Haddens Tod 1929 nahm Luce Haddens Stelle ein. Luce übernahm 1930 das Wirtschaftsmagazin "Fortune" und 1936 das bildhafte "Life Magazine".

1952 gab er "House & Home" und 1954 "Sports Illustrated" heraus. Auch produzierte er die Dokumentarserie "The March of Time" für Radio und Kino. Luce, der bis 1964 Chefredakteur all seiner Zeitschriften blieb, war ein einflußreiches Mitglied der Republikaner.

Mit seiner anti-kommunistischen Einstellung und seinem Interesse für sein Geburtsland war er eine wichtige Persönlichkeit in der sogenannten "China Lobby" und spielte eine große Rolle dabei, Amerikas Außenpolitik zu Gunsten des nationalistischen Führers Chiang Kai-shek und seiner Frau Soong May-ling zu lenken. Er war in den 1920er- und 1930er-Jahren ein begeisterter Förderer des Faschismus. Das Time Magazine veröffentlichte fünf Titelgeschichten über Benito Mussolini." (Wikipedia)

William Buckley (im Orden seit 1950) gründete 1955 die einflußreiche politische Zeitschrift National Review. "Seine öffentliche Präsenz wurde verstärkt durch seine preisgekrönte Fernsehtalkshow Firing Line, die von 1966 bis 1999 lief und die am längsten laufende Talkshow im amerikanischen Fernsehen war" (Wikipedia).

Alfred Cowles (im Orden seit 1913) war Präsident der Cowles Communications und besaß Des Moines Register sowie den Minneapolis Star. Russel Davenport (im Orden seit 1923) trat 1930 in die Redaktion von "Fortune" und war 1937 bis 1940 Chefredakteur. Von 1945 bis 1952 arbeitete er in den Redaktionen von "Life" und "Time" mit.

John Chipman Farrar (im Orden seit 1918) gründete 1929 einen der erfolgreichsten Verlage: "Farrar & Rinehart" war nach dem Zweiten Weltkrieg einer der Mitgründer des Verlages "Farrar, Straus and Giroux".

Archibald McLeish (im Orden seit 1915) war der erste Geschäftsführer des "Nieman Fund" der Harvard Universität, von dem seit 1939 jährlich der prestigeträchtigste Preis im Journalismus der USA, der "Nieman Fellowship" verliehen wird. Im Krieg betätigte er sich in der

Kriegspropaganda des Verteidigungsministeriums.

In Wirtschaft und Rechtswesen

Die Verbindung mit den großen Eisenbahn-Magnaten und Rockefellers Standard-Oil wurde schon erwähnt. Doch auch über die Familien der Paynes und Pratts entstanden Verbindungen zu Shell, Creole Petroleum und Socony Vacuum (später Mobil Oil).

"Viele Fertigungsunternehmen haben Mitglieder im Orden, von den Donnelleys in Chicago (Drucker des offiziellen Airline-Führers und anderen Referenzen); Konzerne der Holzindustrie wie Weyerhaeuser, der auch Mitglied der Trilateralen Commission ist; Dresser-Industries und so weiter."

"Ein Dutzend Mitglieder können mit der Federal Reserve (der privaten US-Zentralbank) in Verbindung gebracht werden, aber vor allem eine Ernennung ist bemerkenswert. Pierre Jay (im Orden seit 1892), der 1913 nur für eine einzige Sache bekannt war, nämlich eine Privatschule zu leiten und ein obskurer Vize-Präsident der Manhattan Bank gewesen zu sein, wurde der ERSTE Präsident der Federal Reserve Bank von New York, der wichtigsten Bank des US-Zentralbankensystems."

Die großen Rechtsanwalts-Kanzleien des Establishments in New York sind voller Ordensmitglieder. Einen großen Anteil stellt die Lord-Familie, von der allein sechs in den Orden aufgenommen wurden.

George DeForest Lord (im Orden seit 1854) gründete die New Yorker Kanzlei *Lord, Day & Lord*, zu deren Klienten die "New York Times" und die "Rubin-Stiftung" gehörten. Letztere finanziert die große Denkfabrik "Institut für Politische Studien" in Washington, D.C.

Die Kanzlei *Simpson, Thacher & Bartlett* wird vor allem durch die Thacher-Familie bestimmt; der Mitgründer Thomas Thacher wurde 1871 Ordensmitglied, dem weitere Familien- und Kanzlei-Mitglieder folgten. Die Kanzlei mit 900 Anwälten in 11 Büros weltweit zählt zu ihren Klienten u.a. die Blackstone Groupe, JP Morgan Chase, Bank of America und Goldman Sachs. Einflußreiche Ordensmitglieder wirken auch in *David, Polk, Wardwell*, sowie in den Kanzleien *Debevoise* und *Plimpton*. Letztere ist die Kanzlei der Rockefeller.

Der Orden in der Politik

Der *Council on Foreign Relations* (CFR) bestimmt weitgehend die Politik, insbesondere die Außenpolitik der USA. Die heute 4.500 Mitglieder setzen sich aus den einflußreichsten Eliten aus Politik, Finanzindustrie, Wirtschaft, Medien und Hochschulen zusammen. Präsidenten, Minister und Regierungsbeamte werden zu weiten Teilen aus dem CFR rekrutiert. Er wurde ebenso wie *Chatham House* in London von den Geheimgesellschaften nahe stehenden Männern als äußere Plattform gegründet, ist aber selbst keine Geheimgesellschaft.

Der Orden ist in dieser Organisation nach Suttons Erkenntnissen repräsentiert, aber nicht immer bestimmend. David Rockefeller - zwar kein Mitglied des Ordens, dafür aber vertrat sein Onkel Percy Rockefeller die Familie im Orden - war von 1949 bis 1985 Direktor, von 1950 bis 1970 Vizepräsident und von 1970 bis 1985 Vorsitzender des Vorstands (Aufsichtsrat) des CFR.

Winston Lord, Ordensmitglied seit 1959, war von 1977 bis 1985 Präsident des CFR. Von 1969 bis 1973 war er Mitglied des Nationalen Sicherheitsrates im Planungs-Komitee.

"Er war Berater des Nationalen Sicherheitsberaters Henry Kissinger, den er auf seiner Reise nach Peking im Jahre 1971 begleitete. Im folgenden Jahr war er Mitglied der US-Delegation bei Präsident Nixons Reise nach China. Lord wurde später (1973-1977) Director of Policy Planning und Top-Berater des US-Außenministeriums in Angelegenheiten, die China betreffen, US-Botschafter in China (1985-1989) und Staatssekretär (Assistant Secretary of State for East Asian and Pacific Affairs) in der ersten Amtszeit des US-Präsidenten Bill Clinton." (Wikipedia)

"Man kann die Beziehungen zwischen dem Orden und den größeren Organisationen (wie

auch der Trilateralen Kommission und den Bilderbergern) *mit dem Bild konzentrischer Kreise darstellen. Der CFR und ähnliche bilden einen äußeren Kreis, d.h. einen Umkreis, auf den ein Schatten geworfen wird. Sie existieren in diesem Schatten, der von einer inneren Organisation geworfen wird.*"

Der Orden ist jedoch nur ein Teil des inneren Kreises, denn Sutton ist sich bewußt - und darauf hat auch Rudolf Steiner hingewiesen - daß es noch mehr Geheimgesellschaften gibt, deren personelle Wirksamkeit nur noch nicht in dem Maße wie bei Skull & Bones nachzuweisen ist. Bereits einer der beiden Gründer des Ordens, *Alphonso Taft*, drang bis in die Regierung vor. Er wurde 1876 Kriegsminister, von 1876-1877 US-Justizminister, von 1882-1884 US-Minister für Österreich und von 1884-1885 Botschafter in Rußland.

Sein Sohn *William Howard Taft*, im Orden seit 1878, wurde von 1909 bis 1913 Präsident der Vereinigten Staaten und von 1921 bis 1930 Oberster Bundesrichter. Taft machte den Ordensbruder *Henry L. Stimson* (im Orden seit 1888) von 1911-1913 zum Kriegsminister.

"Stimson wurde von 1911 bis 1946 von jedem Präsidenten, bis auf Harding, in ein Regierungsamt berufen, d.h. von Taft, Wilson, Coolidge, Hoover (bei ihm 1929-1933 Außenminister), Roosevelt und Truman" 1940-45 Kriegsminister).

"Zehn Tage vor dem Angriff auf Pearl Harbor trug er im November 1941 in sein Tagebuch ... ein, daß er angesichts drohender feindlicher Auseinandersetzungen mit Japan mit Präsident Roosevelt diskutiert habe, wie die Japaner dazu zu bringen wären, den ersten Schuß abzugeben, ohne die USA zu großen Gefahren auszusetzen. 1976 als Buch erschienen, verschwand es später aus den Bibliotheken der Welt, Fotokopien sind jedoch erhalten." (Wikipedia)

"1945 empfahl Stimson als Trumans Kriegsminister, den Abwurf der Atombomben auf Japan." - "Stimson nutzte sein Büro, um die Karriere von Bundesbrüdern aus dem Orden, vor allem die von Harvey Hollister Bundy und seinem Sohn, McGeorge Bundy, voranzubringen."

William Averell Harriman (im Orden seit 1913), war unter US-Präsident Franklin D. Roosevelt Sondergesandter in Europa und arbeitete mit an der *Atlantik-Charta vom 14.8.1941*, einer gemeinsamen Erklärung Roosevelts und Churchills, in der Grundsätze ihrer internationalen Politik formuliert wurden. Er war 1941 als Minister für Großbritannien mit der Vorbereitung des Leih- und Pachtgesetzes betraut, das die Lieferung von Militär- und Versorgungsgütern an die Sowjetunion voraussah. Von 1943 bis 1946 amtierte er als US-Botschafter in Moskau. Unter Truman war er Botschafter in London und Handelsminister, danach diente er als Sonderbotschafter und Staatssekretär für politische Angelegenheiten und für Fernost.

George Herbert Walker Bush (Ordensmitglied seit 1948) wurde 1967 republikanischer Abgeordneter im Repräsentantenhaus für Texas, 1971 Botschafter bei den Vereinten Nationen. Von 1974 bis 1975 war er Leiter des Verbindungsbüros der USA in der Volksrepublik China sowie von 1976 bis 1977 Direktor der CIA.

Von 1981 bis 1989 amtierte er unter Ronald Reagan als dessen Vizepräsident und von 1989 bis 1993 als 41. Präsident der USA. Unter seiner Führung fanden mit fadenscheiniger Begründung der erste Irak-Krieg und der Jugoslawien-Krieg statt.

Sein Sohn *George Walker Bush* (Ordensmitglied seit 1968) war von 1995 bis 2000 Gouverneur von Texas und von 2001 bis 2009 der 43. Präsident der USA. In seiner Präsidentschaft fanden die mysteriösen und bis heute nicht wirklich aufgeklärten Ereignisse des 11.9.2001 statt, die er zum Anlaß nahm, den Krieg gegen den Terror auszurufen, in dessen Folge der Einmarsch in Afghanistan und unter erlogenem Vorwand der zweite Irakkrieg stattfand.

Seine Wiederwahl 2004 gewann er gegen den Ordensbruder *John Kerry* (Ordensmitglied seit 1966), der für die Demokratische Partei die Wahlshow geführt hatte. Beide verweigerten jede Auskunft über den Orden. Kerry war seit 1985 als Mitglied für Massachusetts im US-Senat, seit 2009 Vorsitzender im Ausschuß für Außenpolitik und ist seit 1.2.2013 Außenminister

unter Präsident Obama (Wikipedia).

Die Präsidentschaftskandidatin der "Demokraten" *Hillary Clinton*, Außenministerin von 2009-2013, hat wie ihr Ehemann Bill, Präsident der USA von 1993 bis 2001, ebenfalls an der Skull and Bones - Universität in Yale studiert. Die Gedanken und Einstellungen beider standen also indirekt unter dem prägenden Einfluß des Ordens, Bill Clinton wurde aber nicht in den Männerorden berufen. ...<<

30.09.2016

BRD: Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 30. September 2016 (x887/...): >>**Blind und wehrlos**

Wie ein übertriebener Schuld- und Schamkult Deutschland zu ruinieren droht

Ist der "Schuldskult" zum Willen nach Selbstauflösung geronnen? Ausländische Beobachter machen sich Sorgen um Deutschland.

Heerscharen von Beobachtern im Ausland und vor allem in Europa können nicht aufhören, den Kopf zu schütteln über die uferlose deutsche Asyl- und Einwanderungspolitik. Manche nennen es einen neuen deutschen Größenwahn. Andere, eher wohlmeinende Stimmen gehen tiefer, wie der niederländische Schriftsteller Leon de Winter.

Der Sohn eines orthodoxen Juden meint, in der "Willkommenskultur" ein "endgültiges Zeichen deutscher Scham und Reue", ein "übertrieben empfundenes Verantwortungsgefühl gegenüber der Geschichte" erkennen zu können. Gewissermaßen den historischen Höhe- und Schlußpunkt einer Vergangenheitsbewältigung, die in einen Schuld- und Schamkult bis zur Selbstverleugnung abgedriftet ist.

Kluge Deutschlandkenner wie de Winter wissen, daß der Prozeß bei vielen längst in Selbsthaß umgeschlagen ist, in "Deutschland nie wieder" und "Mach's noch einmal, Bomber-Harris". Solchen Kreisen ist es ganz gleich, ob das finstere Mittelalter samt Freiheits-, Demokratie-, Frauen- oder Homosexuellen-Verachtung bei uns wieder Einzug hält mit einer radikal-islamischen Massenzuwanderung. Ihnen geht es nur um eines: Deutschland soll weg, egal, wodurch es ersetzt wird.

Die verordnete Schutz- und Grenzenlosigkeit, mit der Deutschland der orientalisch-afrikanischen Massenzuwanderung ausgesetzt wird, öffnet vielen anderen Deutschen jedoch die Augen. Sie begreifen endlich, daß der Streit um "Leitkultur und Selbstbehauptung" gegen "Multikulti und Selbstauflösung" kein akademisches Geschwafel von Politikern und Intellektuellen war. Sie erkennen angesichts des sich rapide verändernden Straßenbildes, daß es hier um die Zukunft ihres Landes geht, um nicht zu sagen darum, ob "Deutschland" überhaupt fortexistieren soll.

Wenn die Selbstaufgabe zugunsten eines vermeintlich höheren, sittlichen Ziels der Höhepunkt der deutschen Art der "Vergangenheitsbewältigung" darstellt, dann muß auch genau hier angesetzt werden.

Denn dann ist erwiesen, welche (selbst-)zerstörerische Früchte der übertriebene Schuld- und Schamkult trägt. Er hat uns nicht "sensibler" gemacht für die Gefahren, denen Menschenrechte, Freiheit und all die anderen Errungenschaften der abendländischen Kultur ständig ausgeliefert sind, auf deren Vernichtung es schon Nationalsozialisten und Kommunisten abgesehen hatten. Der Schuld- und Schamkult hat uns am Ende blind und wehrlos gemacht.

Wenn CSU oder AfD den Begriff der deutschen Leitkultur nun wieder aufgreifen, befinden sie sich auf der richtigen Fährte. Unser Weg in eine gute Zukunft führt unweigerlich über unser Verhältnis zu Deutschland - und damit auch über ein faires Verhältnis zu seiner Vergangenheit.<<

Frankreich: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 30. September 2016: >>**Sarkozy beleidigt politische Freunde**

Ex-Berater veröffentlicht Mitschnitte von Gesprächen des früheren Präsidenten ...

Ex-Präsident Jacques Chirac sei "korrupt, bösartig und gierig", Ex-Premierminister François Fillon ein "jämmerlicher Typ" und der frühere Staatsminister Christian Estrosi habe nur "eine Nuß im Kopf". So soll Nicolas Sarkozy seine Parteifreunde verunglimpft haben - ohne zu ahnen, daß die Öffentlichkeit je davon erfahren würde. Doch der Berater des damaligen Präsidenten, Patrick Buisson, hat die Aussagen mitgeschnitten. Gestern ist sein Buch "Die Sache des Volkes. Die verbotene Geschichte der Präsidentschaft Sarkozy" mit zahlreichen Zitaten und Anekdoten erschienen.

Zwei Monate vor den internen Vorwahlen, bei denen die Republikaner ihren Kandidaten für die Präsidentschaftswahl im Frühjahr 2017 küren, dient das Werk nur einem Zweck: den Parteichef und Mitbewerber Sarkozy zu demontieren. Zu den Beleidigten gehört neben Estrosi auch der Ex-Budgetminister François Baroin, beide unterstützen Sarkozy.

Auch aus einer Unterhaltung Sarkozys mit Bundeskanzlerin Angela Merkel zitiert Buisson. Sarkozy soll scherzhaft zu ihr gesagt haben: "Ich bin der Kopf, Sie sind die Beine." Die Kanzlerin antwortete demnach unter Anspielung auf die deutsche Finanzkraft in Europa: "Nein, ich bin die Bank."

Der 67-jährige Buisson, der dem Front National nahesteht und früher Chef der rechtsextremen Zeitschrift "Minute" war, galt einst als Präsidentenflüsterer und befeuerte Sarkozys ideologischen Rechtskurs. 2014 kam es zum Bruch, als Medien Mitschnitte aus Buissons Diktiergerät veröffentlichten, die vertrauliche Gespräche mit dem früheren Staatschef, dessen Frau Carla Bruni-Sarkozy und engen Mitarbeitern mitgeschnitten hatte. Darauf war unter anderem zu hören, wie Sarkozy gegen Parteikollegen ätzte. Dieser reichte daraufhin Klage ein und bezeichnete Buisson als "Verräter". Das sei "das Wort zu viel" gewesen, sagte der Exberater nun - und rächt sich.

Sarkozys Vertraute mögen zwar gegen die "Sinnlosigkeit von nicht nachprüfbaren Behauptungen" und Buissons "Stasi-Methoden" wettern. Doch seine Enthüllungen bekommen Brisanz, da er über stundenlanges Tonbandmaterial verfügt, das er als Beweis heranziehen kann. Außerdem beschreibt er Annäherungsversuche Sarkozys an den früheren Chef des rechtsextremen Front National (FN), Jeanmarie Le Pen, und zitiert den früheren Staatschef mit den Worten, seine konservative Partei habe "natürlich gemeinsame Werte mit dem Front National".

Fast zeitgleich mit der Buchveröffentlichung bringt auch das investigative Online-Magazin "Mediapart" neuen Ärger für Sarkozy: Es berichtete nun über den Fund des Notizbuches des früheren libyschen Erdölministers Choukri Ghanem, der 2012 tot in der Donau bei Wien aufgefunden wurde. In dem Heft ist von drei Überweisungen an Sarkozy in Höhe von insgesamt 6,5 Millionen Euro die Rede.

Die Vorwürfe sind nicht neu, längst ermittelt die Justiz zu dem Vorwurf, der frühere Machthaber Libyens Muammar al-Gaddafi habe 2007 den Wahlkampf des Konservativen massiv gesponsert; empfing er ihn nach seiner Wahl mit großem Pomp in Paris, so betrieb er 2011 die Bombardierung Libyens und al-Gaddafis Sturz.

Der neue Bericht legt die Vermutung nahe, daß Sarkozy zu allem bereit war, um an die Macht zu gelangen - ein Eindruck, den Buissons Berichte stützen.<<

September 2016

BRD: Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtet im September 2016 im COMPACT-Spezial Nr. 11 über den CIA-Chef Allen Dulles (x342/40-41): >>Mister X packt aus

_ von Jürgen Elsässer

Die Schattenregierung (1946 bis 1970): Unter der Leitung von Dulles veränderte sich die CIA grundlegend: Ebenso wichtig wie die Nachrichtenbeschaffung wurden militärische Geheimoperationen im In- und Ausland.

John Foster Dulles machte nach 1945 Karriere in der Politik, nahm an den Moskauer Konferenzen über den Marshall-Plan teil und wurde 1949 Senator für New York. Dabei half ihm offensichtlich seine Mitgliedschaft in der Rockefeller Foundation und dem mächtigen Think-tank Council on Foreign Relations (CFR).

1952 wurde er unter dem neuen Präsidenten Dwight D. Eisenhower Außenminister und forcierte eine "Policy of Boldness" - so der Titel eines seiner Essays -, eine Politik zur "Befreiung" der sowjetischen Satellitenstaaten. Sie trat an Stelle der bloßen "Eindämmung" der UdSSR, wie sie von Amtsvorgänger Harry Truman praktiziert worden war. Besonders im Korea-Krieg führte dieses Spiel mit dem Feuer an den Rand des atomaren Abgrundes.

Allen Dulles begann sein Spiel über Bande mit den für die US-Politik brauchbaren Elementen des Nazismus schon während des Zweiten Weltkrieges. Nach dem Kriegseintritt der Vereinigten Staaten Ende 1941 wurde der Geheimdienst Office of Strategic Services (OSS) gegründet, der Vorläufer der späteren CIA. Dulles war OSS-Repräsentant in der neutralen Schweiz. Sein Büro in Genf wurde zum Anlaufpunkt für Widerstandskämpfer, Doppelagenten und kompromißbereite Nazis aller Art.

The Secret Team

Ende der vierziger Jahre wurde Allen Dulles Präsident des Council on Foreign Relations (CFR). Die mächtigste Denkfabrik der USA war mit Geldern von Rockefeller aufgebaut worden und sorgte für die Verzahnung von Monopol-Interessen mit der Regierungspolitik. 1950, nach Ausbruch des Koreakrieges, wurde er Berater der CIA, und zwar auf einer geheim gehaltenen Stelle als Chef für spezielle Operationen.

In dieser Funktion baute er ein globales Spinnennetz für verdeckte Aktivitäten auf, das in den kommenden Jahrzehnten und bis in die heutige Zeit von entscheidender Bedeutung sein sollte. Der Etat und die institutionellen Wege für diese Black Ops waren schier unbegrenzt, nachdem Allen Dulles im Jahr 1953 zum Direktor der CIA ernannt worden war, während sein Bruder John Foster an der Spitze des State Department stand.

Die Veränderung, die unter Dulles' Regime in der CIA vor sich ging, war einschneidend. Bei ihrer Gründung 1947 wurde die Agency als Behörde zur Informationsbeschaffung konzipiert und sollte in direkter Anbindung unter Präsident Harry S. Truman agieren. Dulles etablierte militärische Geheimoperationen als zweites Aufgabenfeld und löste dieses aus der Kontrolle des Weißen Hauses. So entstand eine unkontrollierbare Doppelstruktur hinter der anfänglich harmlosen Fassade.

Der Mann, der dieses Secret Team innerhalb der CIA-Strukturen enthüllt hat, war L. Fletcher Prouty. Kinogänger kennen ihn aus Oliver Stones Film JFK, in dem er die Figur des Mister X (dargestellt von Donald Sutherland) inspiriert hat, der dem Staatsanwalt entscheidende Hinweise auf den CIA-Hintergrund der Kennedy-Ermordung gibt. Prouty war Militär von der Pike auf und kämpfte an fast allen Schauplätzen des Zweiten Weltkrieges.

Von 1955 bis 1964 wurde er dem Hauptquartier der US-Air-Force zugeteilt und leitete dort die weltweiten Einsätze der Luftwaffe "zur militärischen Unterstützung geheimer Operationen der CIA" (so die Formulierung in der Direktive 5412 des Nationalen Sicherheitsrates aus dem Jahr 1954). In den Jahren 1962/63 war er zusätzlich Chef der Special Operations für das Armee-Oberkommando (Joint Chiefs of Staff) unter Präsident Kennedy. Als dieser Mann zur Feder griff, schrieb er als Insider - und als Demokrat, der nach der Ermordung von JFK 1963 entsetzt war über die Entwicklung, die die CIA genommen hatte.

Blut an den Händen

Zu den Geheimoperationen der Dulles-Zeit gehörten etwa der Putsch gegen den gewählten iranischen Premier Mohammed Mossadegh im Jahr 1953, der den angloamerikanischen Ölinteressen im Wege war, und der Sturz der landarbeiterfreundlichen Regierung Guatemalas 1954. Außerdem nutzte Dulles auch seine Verbindungen, die er während des Zweiten Welt-

krieges in Italien geknüpft hatte. Wichtigste Person war der Mussolini-Anhänger und zeitweilige Obersturmbannführer der Waffen-SS, Licio Gelli, der nach Kriegsende die Schleusung des NS-Kriegsverbrechers Klaus Barbie nach Lateinamerika organisiert hatte.

Als CIA-Direktor gab Dulles Mordanschläge auf ausländische Staatsmänner in Auftrag, etwa auf Fidel Castro, den kongolesischen Präsidenten Patrice Lumumba (getötet 1961) und den dominikanischen Präsidenten Rafael Trujillo (getötet ebenfalls 1961). Zu den berüchtigtsten Programmen der Dulles-Ära gehörte MK Ultra, bei dem man die Opfer mit Psychodrogen manipulierte und gefügig machte.

Zur Zusammensetzung der Schattenstruktur schreibt Prouty: "Im Herzen des Teams sind natürlich ein paar Spitzenbeamte der CIA und des Nationalen Sicherheitsrates (NSC) ... Um sie ist ein innerer Ring von Präsidentenberatern, Zivilisten und Militärs aus dem Pentagon sowie von Karrierebeamten aus den Geheimdiensten gruppiert. ... Außerhalb dieses Rings gibt es ein ausgedehntes und undurchschaubares Netzwerk von Regierungsbeamten, die Verantwortung für ein bestimmtes Aufgabenfeld haben, das mit Außen- und Verteidigungspolitik zusammenhängt, oder Experten auf diesen Gebieten sind." ...<<

14.10.2016

BRD: "ZEIT ONLINE" berichtet am 14. Oktober 2016: >>Ökostrom: Energiewende wird für Verbraucher teurer

Die EEG-Umlage, die den Ausbau erneuerbarer Energien finanziert, steigt weiter. In welcher Höhe die Versorger ihre Kosten an die Kunden weitergeben, ist noch offen.

Die Energiewende wird für die Stromkunden erneut teurer. Die Umlage zur Förderung des Ökostroms stiege 2017 auf 6,88 Cent je Kilowattstunde von derzeit 6,35 Cent, teilten die vier Übertragungsnetzbetreiber 50 Hertz, Amprion, Tennet und TransnetBW mit.

Für einen Durchschnittshaushalt mit einem Jahresverbrauch von 3.500 Kilowattstunden könnten die Kosten für die EEG-Umlage damit inklusive Mehrwertsteuer um rund 22 Euro auf 286 Euro im Jahr steigen. Die Versorger müssen die Umlage allerdings nicht eins zu eins an die Kunden weiterreichen, sondern könnten sie auch mit gesunkenen Beschaffungskosten verrechnen.

Mit der EEG-Umlage wird der Ausbau der erneuerbaren Energien finanziert. Zahlen müssen sie grundsätzlich alle Stromverbraucher, allerdings bekommen bestimmte Unternehmen mit besonders hohem Stromverbrauch weitreichende Rabatte. Dadurch soll die deutsche Industrie durch die Energiewende keine Wettbewerbsnachteile gegenüber der internationalen Konkurrenz erleiden.

Hintergrund ist die Verpflichtung der Übertragungsnetzbetreiber, angebotenen Strom aus erneuerbaren Energien nicht nur abzunehmen, sondern auch weitgehend zu festen Preisen zu vergüten. Die Netzbetreiber verkaufen den Strom dann an der Börse. Die Differenz zwischen den Vergütungssätzen und dem Börsenpreis soll mit der EEG-Umlage ausgeglichen werden. Je niedriger der Börsenpreis, den Energiekonzerne zahlen müssen, desto höher die Umlage.

Seit ihrer Einführung im Jahr 2000 ist die Umlage – mit Ausnahme einer Senkung im Jahr 2015 – immer weiter gestiegen. Das hat mit dem großen Erfolg der Ökostromförderung zu tun. So stiegen die Kosten vor allem in den Jahren 2010 bis 2013 steil an. Damals sanken vor allem die Preise für Solaranlagen dank Billigerherstellern aus China deutlich, während sich die deutsche Politik nicht genauso schnell auf Förderkürzungen einigen konnte. Das machte Investitionen in neue Solaranlagen sehr lukrativ. Entsprechend stieg das Ökostromangebot und damit die EEG-Umlage.

Wirtschaft warnt vor Standortproblem

Der Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, Ulrich Grillo, nannte den starken Anstieg der Kosten für erneuerbare Energien ein Alarmsignal. "Die EEG-Umlage wächst in diesem Jahr fast viereinhalb Mal so stark wie die Wirtschaft. Das jetzige Fördersystem läuft

aus dem Ruder." Er bemängelte, die versprochene Kostenbremse des Bundeswirtschaftsministeriums sei Wunschdenken. "Energiekosten werden für die Industrie zu einem echten Standortproblem." Der Handelsverband Deutschland forderte eine Reduzierung der Kosten für die Energiewende und eine faire Verteilung der Belastungen.

Die Hauptgeschäftsführerin des Verbandes kommunaler Unternehmen, Katherina Reiche, sagte: "Die Kosten für die Umsetzung der Energiewende machen sich nicht mehr nur in der gestiegenen EEG-Umlage bemerkbar, sondern immer stärker durch die Steigerung der Netzentgelte." Sie mahnte einen intelligenten Netzausbau und einen besseren lokalen Ausgleich von Stromerzeugung und -verbrauch an.

Von 2017 an wird die Förderung von Ökostrom in Deutschland komplett umgestellt. Mit der Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) erhalten Betreiber größerer Windparks oder Solaranlagen sowie von Biogas-Anlagen künftig für eingespeisten Strom keine feste, gesetzlich festgelegte Vergütung mehr. Statt dessen werden neue Projekte ausgeschrieben. Wer am wenigsten Subventionen pro Kilowattstunde Strom verlangt, erhält dann den Zuschlag.<<

18.10.2016

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 18. Oktober 2016: >>Offenbarungseid in Brüssel ...

Es war der Tag der Wahrheit für die 28 EU-Mitgliedstaaten: Bis zum gestrigen Montagabend mußten die Finanzminister ihre Entwürfe für den Etat 2017 in Brüssel bei Währungskommissar Pierre Moscovici einreichen. Die Prozedur, in der Hochzeit der Staatsschuldenkrise zur Disziplinierung der Regierungen ersonnen, ist so etwas wie ein öffentlicher Offenbarungseid. Der erste Überblick zeigt:

Auf der Schuldensünder-Bank der Union sitzen die bekannten Sorgenkinder. Frankreich, Portugal, Spanien, Griechenland, Rumänien, Italien und Kroatien werden auch im nächsten Jahr die Defizit-Grenze reißen, die üblicherweise bei drei Prozent liegt. Tatsächlich aber gibt Brüssel schon seit Einführung der Haushaltskontrolle die Höchstgrenze für jede Hauptstadt einzeln vor – und die kann schon einmal deutlich niedriger ausfallen. ...

Paris reißt zum neunten Mal hintereinander die gesetzten Stabilitätshürden – mit einem Defizit von 2,7 Prozent nach 3,3 Prozent in diesem Jahr so der Plan. Stammgast auf der Sünderbank ist übrigens Griechenland, das nun seit 21 Jahren keinen ausgeglichenen Etat vorweisen kann. ...<<

27.10.2016

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 27. Oktober 2016: >>Regierung warnt vor Altersarmut

... Viele Menschen in Deutschland rutschen voraussichtlich in die Altersarmut ab, wenn sie nicht selbst vorsorgen. ...

2015 erhielten 90 Prozent der 65-Jährigen und Älteren eine Versichertenrente aus der gesetzlichen Rentenversicherung.

Bezogen auf alle Empfänger ergebe sich in diesem System eine durchschnittliche Leistungshöhe von 960 Euro Brutto und 861 Euro Netto im Monat. Dabei seien größere Unterschiede zwischen Männern und Frauen sowie zwischen den alten und neuen Bundesländern festzustellen. ...<<

31.10.2016

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 31. Oktober 2016: >>Mehr Geld für Versorgung von Flüchtlingen

Die Länder erhalten in diesem Jahr weitere 2,6 Milliarden Euro für die Versorgung von Flüchtlingen. ...

Die Länder erhalten ... pro Flüchtling eine Pauschale von 670 Euro monatlich. ...

Durch die weiteren Zahlungen erhalten die Länder damit in diesem Jahr rund 9,5 Milliarden Euro für die Versorgung von Flüchtlingen.<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 31. Oktober 2016: >>**Niedrigzinsen kosten Bürger Milliarden**

Deutschlands Sparer gehen durch die Nullzinspolitik der Europäischen Zentralbank alljährlich mehrere Milliarden Euro verloren. Die jährlichen Zinsgutschriften auf Spareinlagen sind von 2009 bis 2015 auf ein Drittel ihrer früheren Höhe geschrumpft - von 13,8 auf 4,4 Milliarden Euro, wie aus den in den Monatsberichten der Bundesbank veröffentlichten Zahlen hervorgeht.

Die großen Gewinner hingegen sind Bund und Länder: Die Ausgaben für die Schuldzinsen sind stark geschrumpft - allein der Bund zahlte 2015 fast 15 Milliarden Euro weniger als 2009 ...<<

01.11.2016

BRD: Die Berliner Tageszeitung "taz" berichtet am 1. November 2016: >>"Über Grenzen"
... Kaum jemand kann sich mit dem Niedersachsenlied identifizieren. Wieso eigentlich?

taz: Herr Rösner, ist die Niedersachsen-Hymne ein politisches Lied?

Hans Rösner: Im weitesten Sinne ja, denn es bezieht sich auf die Zeit der Sachsenkriege, als Herzog Widukind 777 bis 785 im Sachsenhain bei Verden den erfolglosen Kampf gegen die Franken anführte. Darüber hat Hermann Löns 1913 die Erzählung "Die rote Beeke" - der rote Bach, gefärbt von Sachsenblut - verfaßt. Dieses Werk wiederum hat wohl der Braunschweiger Lehrer Hermann Grote gekannt, als er 1926 Text und Melodie des Niedersachsenliedes schuf.

taz: Merkwürdig. Die eigene Niederlage als Kern einer Hymne?

Es geht wohl eher um den entschlossenen Kampf gegen die Feinde. Außerdem gibt es ja auch eine Strophe, die von der erfolgreichen Varusschlacht gegen die Römer im Teutoburger Wald handelt.

taz: Im Lied heißt es, Niedersachsen reiche "Von der Weser bis zur Elbe". Wo bleiben Ostfriesen, Oldenburger, Emsländer, Osnabrücker?

Es geht eher um historische Grenzen. Andererseits war der Begriff "Niedersachse" schon Mitte des 19. Jahrhunderts ein Konstrukt mit nicht klar definierten Zugehörigkeiten. Die Oldenburger zum Beispiel singen bei feierlichen Anlässen lieber ihre Oldenburg-Hymne. Mit dem Niedersachsenlied identifizieren sich wohl am ehesten die Menschen im Bereich des alten Hannoverschen Landes um Lüneburg herum.

taz: Wieso hatte das Lied in der Nazi-Zeit Hochkonjunktur?

Die Machthaber des Dritten Reichs empfanden das Lied offensichtlich als geeignet, um ihre Ideologie zu transportieren. Dazu muß man sagen, daß der Lieddichter Hermann Grote - obwohl als Lehrer wahrscheinlich Parteimitglied - über den Mißbrauch seines Liedes nicht erfreut war. Meinen Recherchen zufolge kam es deshalb zu einem ideologischen Streit mit der NSDAP-Führung, woraufhin er zur Unperson erklärt wurde.

taz: Lea Rosh, von 1991 bis 1997 Direktorin des NDR-Landesfunkhauses Hannover, hat verboten, daß der Text gespielt wurde. Sie fand ihn faschistoid.

Ja, seither erklingt auf NDR 1 nur ein Teil der Melodie, an mehreren Stellen im Tagesprogramm.

Die ersten zwei Strophen des Niedersachsenliedes

taz: Während der Fußballverein Hannover 96 das Lied gar nicht mehr spielt, seit Fans beim Refrain "Heil Herzog Widukinds Stamm" den Hitlergruß zeigten.

Das wußte ich nicht. Aber es ist natürlich eine geeignete Reaktion.<<

08.11.2016

Schweiz: Die schweizerische Online-Zeitung "Zeit-Fragen" Nr. 25/26 berichtet am 8. November 2016: >>Soll erneut ein Weltkrieg herbeimanipuliert werden?****

Ein geschichtlicher Blick auf die Bedeutung von EU und Nato sowie den Ersten Weltkrieg

*von Wolfgang Effenberger**

Am 24. Juni 2016, keine 24 Stunden nach der Abstimmung der Briten über den Austritt ihres Landes aus der EU, fragte Paul Craig Roberts auf der Webseite des von ihm gegründeten "Institute for Political Economy": "The Brexit Vote - What Does it Mean?" und gab in seinem sprengstoffgeladenen Artikel eine eindeutige Antwort: "Hoffentlich ein Auseinanderbrechen der EU und der Nato und damit die Vermeidung des dritten Weltkriegs".

Für den ehemaligen hohen Beamten im Finanzministerium der Regierung von Ronald Reagan sind die EU und die Nato "böartige Institutionen" ("evil institutions"), die von den USA kreiert wurden, "um die Souveränität der europäischen Völker zu zerstören. Nato und EU ermöglichen Washington die Kontrolle über die westliche Welt. Unter dieser Tarnung wird Washingtons Aggression erst möglich.

Ohne EU und Nato kann Washington Europa und das Vereinigte Königreich nicht in einen Konflikt mit Rußland zwingen. Ohne EU und Nato hätte Washington in den letzten 15 Jahren nicht sieben muslimische Länder zerstören können, ohne als Kriegsverbrecher gehaßt und isoliert zu werden. Kein US-Regierungsmitglied hätte ins Ausland reisen können, ohne verhaftet und vor Gericht gestellt zu werden."

Paul Craig Roberts vernichtende Analyse ist es wert, im historischen Kontext gesehen zu werden:

Der französische Präsident Charles de Gaulle hatte schon früh durchschaut, daß es US-Amerikanern und Briten vor allem um die Anbindung der westeuropäischen Länder an die transatlantischen Pfeiler Nato und EU (damals EWG) ging. Schon in den ersten Monaten des Jahres 1947 hatten die USA aus Resten der Kriegskommandostrukturen des Zweiten Weltkriegs zwei Kommandozentren behalten: im Osten Eurasiens das pazifische Militärkommando PACCOM und im Westen Eurasiens das europäische Militärkommando EUCOM.

Am 4. April 1949 wurde die Nato gegründet mit dem Ziel, "die Russen draußen, die Amerikaner drinnen und die Deutschen unten zu halten", so der erste Nato-Generalsekretär Lord Ismay. Und schon im Dezember des gleichen Jahres verabschiedete die Nato den Kriegsplan Dropshot, mit dem 1957 die Sowjetunion angegriffen werden sollte.

Diese imperialen Ambitionen verärgerten de Gaulle zutiefst. Für ihn ging Europa vom "Atlantik bis zum Ural".

Auch wirtschaftlich sollte Europa geteilt werden. Am 9. Mai 1950, den wir heute als "Europa-Tag" feiern, kündigte der französische Außenminister Schuman zur Überraschung der Westeuropäer (Adenauer soll nur wenige Stunden zuvor davon erfahren haben) die Erschaffung einer "Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl" (EGKS) an.

John Foster Dulles als oberster Strippenzieher

Hinter diesem Plan stand ein ganzes Netzwerk von Politikern, Militärs, Bankern, Industriellen und Spekulanten. Zu einem der Schattenstrategen sollte sich John Foster Dulles entwickeln. Die EGKS ging maßgeblich auf den französischen Unternehmer und Diplomaten Jean Monnet (1888-1979) zurück.

Seit den Verhandlungen in Versailles (1918/19) verband Jean Monnet eine lebenslange politische und persönliche Freundschaft mit John Foster Dulles, damals Berater unter Bernhard Baruch, dem damaligen Chefrepräsentanten der US-Reparationskommission und Mitglied des "War Trade Board" (Zentrales Büro für Planung und Statistik). Unter Baruchs Anleitung hat Dulles im Artikel 231 des Versailler Vertrages die deutsche Kriegsschuld (Alleinschuld) juristisch ausformuliert. Dieser Artikel war der wesentliche Grund für die erste deutsche Delegation unter Graf Brockdorff-Rantzau, die Unterschrift zu verweigern.

Um die Zustimmung zur Unterzeichnung eines Friedensvertrages zu erzwingen, wurde die

effektive Seeblockade nach dem Waffenstillstand vom 11. November 1918 fortgeführt. Nachdem am 28. Juni 1919 Außenminister Hermann Müller (SPD) und Verkehrsminister Johannes Bell (Zentrum) unter Protest ihre Unterschrift unter den Friedensvertrag von Versailles setzten, wurde die Blockade am 12. Juli 1919 aufgehoben.

1921 war Dulles Mitbegründer des Council on Foreign Relations, wurde Mitglied der "Rockefeller Foundation" und beteiligte sich am "Dawes-" und am "Young-Plan", mit denen die deutschen Reparationszahlungen geregelt werden sollten.

Unter Dulles' wichtigsten Kunden waren nach 1919 Unternehmen wie etwa International Nickel Company oder Overseas Security Cooperation, aber auch Banken wie die J. P. Morgan. Er beriet sie bei Kreditgeschäften und stand ihnen teilweise auch vor. John Foster Dulles und sein Bruder Allen vertraten im Rahmen ihrer Tätigkeit bei der Wirtschaftskanzlei Sullivan & Cromwell US-amerikanische ebenso wie deutsche und europäische Unternehmen. Hierzu zählten die Chase Bank, Ford, ITT, SKF, der I.G. Farben-Konzern sowie die Belgische Nationalbank. Sie vertraten diese Unternehmen aber nicht nur rechtlich, sondern auch als verdeckte Platzhalter für Gesellschaftsanteile und als politische Lobbyisten.

Während des Zweiten Weltkriegs war Dulles auch für die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich tätig.

1945 beriet Dulles Arthur H. Vandenberg bei der Gründungskonferenz der Vereinten Nationen in San Francisco und arbeitete dort an der Präambel der UN-Charta mit. Später wurde Dulles Mitglied der Generalversammlung in den Konferenzen von 1947 bis 1949. Gleichzeitig schob er die Gründung der Nato an und später ihres südasiatischen Pendant, der SEATO. Als Befürworter des Korea-Kriegs hatte er sich scharf gegen die Eindämmungspolitik (containment) von Präsident Truman gewandt und sich für eine aggressivere Variante, eine Politik der massiven Abschreckung, eingesetzt.

Als CIA-Direktor beziehungsweise US-Außenminister setzten die Brüder Allen und John Foster Dulles ihre vorherigen Aktivitäten unvermindert fort.

Abschaffung der historischen Nationen Europas

Mit der Gründung der EGKS wurde der erste Schritt zur Abschaffung der historischen Nationen Europas unternommen. Somit ist der Schuman-Plan nicht der Anfang der Konstruktion Europas, sondern der Anfang der Destruktion der einzelnen europäischen Nationen durch supranationale Institutionen.

In den besonderen Beziehungen Großbritanniens zu den USA sah de Gaulle damals eine Gefahr, weshalb er dessen Beitritt zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zu verhindern suchte. Seine Distanz zur angloamerikanischen Geostrategie und sein vertrauensvolles Verhältnis zum deutschen Nachkriegskanzler Konrad Adenauer verhinderten eine Wiederholung der Politik Georges Clémenceaus, die das ohnehin schwierige Verhältnis Frankreichs zu Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg vergiftet hatte.

Vom Spaltpilz zum Atompilz

Nachdem Paul Craig Roberts Aussage über die Gründungsmotive von EU und Nato nicht zu widerlegen sind, steht er mit der Furcht vor einem dritten Weltkrieg nicht allein. Am gleichen Tag veröffentlichte der kanadische Journalist, Autor und Menschenrechtler Murray Dobbin im monatlich erscheinenden US-Magazin Counterpunch seinen Artikel "Do We Really Want a War With Russia?"

Das ehemalige Vorstandsmitglied des Canadian Centre for Policy Alternatives meint, die Nato habe sich stetig ausgeweitet, indem sie viele ehemalige sowjetische Republiken absorbierte, wie Polen, Ungarn, Bulgarien, Litauen, Lettland, Estland und Rumänien. Es überrascht kaum, daß Rußland diese Expansion als grobe Verletzung seines Vertrauens in den Westen sieht und als militärische Bedrohung - vor allem, wenn man bedenkt, daß die Nato offiziell als Bollwerk gegen den Sowjetkommunismus gegründet wurde.

Konsequenterweise hätte also die Nato 1990 aufgelöst werden müssen. Weiter sieht Dobbin Polen als Schlüssel in dieser gefährlichen Scharade. Meint er damit die ähnliche Situation Polens wie 1938/39, als der Krieg mit Spannungen an der polnischen Westgrenze begann? Im Laufe des Jahres 2016 führte die Nato ausgedehnte Manöver durch - Dobbin verweist auf die Operation Anaconda mit 30.000 westlichen Militärs, der größte militärische Aufmarsch an Rußlands Grenze seit der deutschen Invasion Rußlands im Juni 1941.

Polens Präsident: "Wir bereiten uns auf einen Angriff vor"

Dazu paßt die Drohgebärde des polnischen Präsidenten Andrzej Duda: "Das Ziel der Übung ist klar. Wir bereiten uns auf einen Angriff vor."

Nach Dobbins Kommentar erschien am 25. Juni auf der Plattform des Friedensinstituts von Ron Paul ein Artikel mit identischer Überschrift, verfaßt vom international angesehenen US-Journalisten Eric Margolis.

Er hat an der renommierten School of Foreign Service (SFS), Teil der ältesten römisch-katholischen, von Jesuiten geleiteten Universität in den USA, der Georgetown Universität in Washington D.C., seinen Abschluß gemacht. Diese Schule wurde 1919 vom Jesuitenpater Edmund A. Walsh gegründet, der zeitgleich mit Karl Haushofer Politische Geographie lehrte. Heute gehört auch Madame Albright zum Lehrkörper.

Sie sitzt außerdem im Vorstand des Council on Foreign Relations, des Aspen Institute und des Center for American Progress. 2010 legte sie als Leiterin einer Expertengruppe der Nato ein neues strategisches Konzept vor.

Margolis ermahnt alle heutigen Politiker, Christopher Clarks Meisterwerk "Die Schlafwandler" zu lesen und immer wieder zu lesen. Für Margolis beschreibt Clark "detailliert, wie die kleinen Intrigen (small cabals) antideutscher Offizieller in Frankreich, England und Rußland den Ersten Weltkrieg manipulierten, einen Konflikt, der unnötig, idiotisch und unlogisch war, ... wir sehen heute den gleichen Prozeß am Werk.

Die Kriegsparteien in Washington, unterstützt vom militärisch-industriellen Komplex, die zahmen Medien und die Neokons, alle agitieren sie schwer für den Krieg, ... seit Friedrich dem Großen haben weise europäische Staats- und Regierungschefs gelernt, nicht gegen Rußland zu kämpfen, ... man schaudert bei dem Gedanken, künftig Hillary Clinton als Oberbefehlshaberin zu sehen, ... alles was es jetzt braucht, ist ein Terroranschlag wie in Sarajewo, um einen großen Krieg zwischen den beiden Atommächten zu entfachen."

Was bei Christopher Clark nicht zu lesen ist

Was hätte Margolis wohl geschrieben, wenn ihm weitere Zusammenhänge bekannt gewesen wären, die in Clarks Buch nicht zu finden sind? So unterschlägt Clark die Tätigkeit der Marineabteilung im Committee of Imperial Defense: Die langfristige Vorbereitung einer (völkerrechtswidrigen!) See-Blockade gegen Deutschland, die nachhaltig die deutsche Wirtschaft treffen sollte. Über diese legten zwei Mitglieder der Marineabteilung des CID eindeutig Zeugnis ab: Maurice Hankey in "The Supreme Command" und A.C. Bell in "A History of the Blockade of Germany".

In der Marineabteilung wurden seit 1908 derartige Pläne entwickelt, die den 1st Seelord Churchill sehr erfreuten.

Laut dem britischen Marinehistoriker, Marinestrategen und offiziellen Historiker der Royal Navy, Sir Julian Corbett, wurde der Erste Weltkrieg von Lord Hankey und seinen Mitarbeitern innerhalb der britischen Regierung mit "einer geordneten Vollständigkeit im Detail, die keine Parallele in unserer Geschichte hat", geplant.

Bezeichnenderweise sucht man die Autoren Hankey, Bell und Corbett im Index von Christopher Clarks "Schlafwandler" vergebens. Aber auch in den deutschen Publikationen von Winkler, Münkler, Friedrich, Leonhard tauchen sie nicht auf.

Leo Trotzki's Analyse zum Ersten Weltkrieg

Ebenso ein weiterer wichtiger Zeitzeuge, dessen historische Analyse für Großbritannien nicht sehr schmeichelhaft ausfällt: Leo Trotzki.

"... die englische Demokratie hat doch zum imperialistischen Kriege geführt, und zwar nicht nur in dem Sinne allgemeiner Verantwortung aller kapitalistischen Staaten für den Krieg - nein, im Sinne der direkten und unmittelbaren Verantwortung der englischen Diplomatie, die bewußt und berechnend Europa in den Krieg trieb. Hätte die englische 'Demokratie' erklärt, daß sie auf seiten der Entente in den Krieg eingreift, hätten wahrscheinlich Deutschland und Österreich-Ungarn den Rückzug angetreten.

Hätte England seine Neutralität erklärt, hätten wahrscheinlich Frankreich und Rußland diesen Rückzug angetreten. Aber die britische Regierung hat anders gehandelt: Sie hat heimlich der Entente ihre Unterstützung versprochen, Deutschland und Österreich-Ungarn auf die Möglichkeit der Neutralität rechnen lassen und sie irregeführt. So hat die englische 'Demokratie' den Krieg provoziert ..."

"Merchants of death" und die Lehren aus dem Weltkrieg

Es waren also größere Kabale als die "small cabals", die 1914 in den Krieg führten. Letztlich war es ein kleiner Kreis von britischen Politikern, die hinter dem Rücken ihrer ahnungslosen Kollegen agierten: Edward Grey, Richard Haldane, Herbert H. Asquith und nicht zuletzt Winston Churchill. Sie überrumpelten Kabinett und Parlament, während im Hintergrund Lord Milner die Strippen zog. 1934 begann unter dem Vorsitz des Senators Gerald Nye das Senate Munitions Investigating Committee, den Einfluß amerikanischer Banken und Waffenfabrikanten auf den Kriegseintritt im Jahr 1917 zu untersuchen.

Der Ausschuß fand heraus, daß die Waffenindustrie neben Preisabsprachen vor und während des Krieges starken Einfluß auf die US-Außenpolitik genommen hatte. Wegen der immensen Kredite an die Entente hätten die Morgan-Banken bei einer Niederlage der Entente Insolvenz anmelden müssen.

Nach zwei Jahren (93 Anhörungen und 200 Zeugen, darunter J. P. Morgan) kam das Komitee zu dem Ergebnis, daß die USA von den "Kaufleuten des Todes" (Merchants of death), Bankiers und Rüstungsindustriellen, in den Krieg "getrickst" worden seien.

Kommt uns dieses Szenario nicht bekannt vor? Spätestens seit 2008 sind hinter den globalen Unruhen und Konflikten die Interessen einer entfesselten Gier nach Renditen und Ressourcen erkennbar. Wie damals werden Konflikte geschürt, wenn nicht sogar provoziert, um Volkswirtschaften aufzubrechen und Länder abhängig zu machen. Der Imperialismus ist nach dem Zweiten Weltkrieg keineswegs begraben worden.

Der Blick in die jüngste Geschichte zeigt, daß die meisten der heutigen globalen Verwerfungen ihre Wurzeln in der imperialen Politik zu Beginn des 20. Jahrhunderts haben. Es ging um schonungslose Ausbeutung und Mißachtung anderer Kulturen. Mit dem Frieden von Versailles wurden Kränkungen manifestiert, die sich nicht dauerhaft unterdrücken lassen. So könnte der hundertste Jahrestag von Versailles Anlaß sein, daß alle Betroffenen den Balken in ihrem Auge erkennen und einen Prozeß der Heilung einleiten - so könnten endlich die 14 Punkte von Wilson nachträglich verwirklicht werden.

Voraussetzung dafür ist allerdings die Auflösung der heutigen imperialen westlichen Strukturen. Mit dem Austritt Großbritanniens aus der Nato-dominierten EU könnte der Neustrukturierungsprozeß hin zu einer wirklichen Europäischen Gemeinschaft eingeleitet werden, einer europäischen Gemeinschaft, die Rußland einbezieht.

*Wolfgang Effenberger, 1946 geboren, ist Publizist und Buchautor. Seine beiden aktuellen Bücher heißen "Wiederkehr der Hasardeure. Schattenstrategen, Kriegstreiber, stille Profiteure 1914 und heute" (gemeinsam mit Willy Wimmer), 2014 und "Geo-Imperialismus. Die Zerstörung der Welt", 2016 ...<<

22.11.2016

Schweiz: Die schweizerische Online-Zeitung "Zeit-Fragen" Nr. 27 berichtet am 22. November 2016: >>**Angriffe auf die Souveränität der Nationalstaaten**

von Prof. Dr. Ilias Iliopoulos

Strobe Talbott, einflußreicher US-Meinungsmacher und auch Staatssekretär unter Bill Clintons Präsidentschaft, deklarierte Anfang der neunziger Jahre urbi et orbi den kommenden Triumph einer Weltregierung, gesteuert von "einer globalen Autorität", alias Global governance. Am 20. Juli 1992 schrieb er im Time Magazin: "Binnen der nächsten hundert Jahre wird Nationalität, so wie wir sie kennen, obsolet; alle Staaten werden eine einzige, weltweite Autorität anerkennen."

Sollten wir uns über solch eine Entwicklung etwa Sorgen machen? Mitnichten! So die Antwort des mächtigen westlichen Opinion leaders. Denn, wie er erläuterte, im Grunde seien alle Staaten "soziale Konventionen", "Anpassungen an sich wandelnde Verhältnisse"; und er fügte hinzu, "egal wie permanent und sogar sakral" diese zu gegebener Zeit zu sein schienen, eigentlich seien sie alle ja "künstlich und vorübergehend". Eine subtilere Kriegserklärung an die souveränen Nationalstaaten, ja an die nationalen Gemeinschaften und Identitäten, an die Völker überhaupt, hätte man sich kaum vorstellen können.

Der gegenwärtige, seit 1991 begonnene, vor allem aber seit dem epochalen Sündenfall vom 24. März 1999 (seit Beginn des völkerrechtswidrigen und piratenhaften militärischen Überfalls der supranationalen herrschenden Elite gegen Serbien) losgegangene und sich stets verschärfende Krieg der sogenannten neuen Weltordnung gegen die Nationen läuft an drei Fronten ab:

- an der politischen Front: siehe den Frontalangriff gegen das Grundprinzip der nationalen Souveränität, welches, geschichtlich betrachtet, eine großartige Leistung der europäischen - ja, menschlichen - Zivilisation ist, Symbol, zugleich aber auch Geburtsort von Freiheit, Demokratie und Sozialstaat; und welches heute noch der Sicherheitsgürtel aller Nationen angesichts der Bedrohung seitens des post-nationalen, planetarischen Imperialismus bleibt;

- an der ökonomischen Front: Stichwort Globalisierung, die eigentlich eine Neuausgabe des internationalisierten Kapitalismus des Vorabends des Ersten Weltkrieges darstellt, diesmal in der Erscheinungsform eines post-fordistischen Kasino-Kapitalismus bzw. Raubtier-Kapitalismus oder Turbo-Kapitalismus, wie ihn die ehemaligen deutschen Bundeskanzler Helmut Schmidt und Gerhard Schröder bezeichneten;

- an der kulturellen beziehungsweise ideologischen Front: siehe die andauernde, systematische De-Konstruktion, ja Gleichschaltung von natur- und geschichtsgewachsenen gemeinschaftlichen Werten und Traditionen, geo- und ethnokulturellen Identitäten, gemeinsamen Erinnerungen, nationalen Sprachen, Symbolen und Ritualen sowie den von der supranationalen Elite unternommenen Versuch, allen Völkern die Normen und Verhaltensmuster der sogenannten Global governance aufzuoktroyieren.

Offensichtlich ist der letzte Begriff bloß eine modische sophistische Wortkonstruktion orwellischen Stils für den post- und supranationalen globalen Totalitarismus. ...<<

27.11.2016

Schweiz: Die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" berichtet am 27. November 2016: >>... **Volksabstimmung Schweizer wollen Atomkraftwerke nicht schnell abschalten**

Die fünf Atomkraftwerke in der Schweiz werden nicht vorzeitig vom Netz genommen: In einer Volksabstimmung hat eine überraschend große Mehrheit der Eidgenossen eine entsprechende Initiative abgelehnt.

Schon am frühen Nachmittag war in der Schweiz klar, was sich seit dem Vormittag immer mehr abgezeichnet hatte: Die fünf Atomkraftwerke des Alpenlandes werden nicht vorzeitig stillgelegt. In einer Volksabstimmung lehnte eine überraschend große Mehrheit von 54,2 Pro-

zent eine Initiative der Grünen Partei (GPS) ab, die einen sofortigen "geordneten Ausstieg aus der Atomenergie" vorgesehen hatte. Für die Atomausstiegsinitiative votierten 45,8 Prozent der Eidgenossen.

Danach hätte die Laufzeit aller fünf Atomkraftwerke des Landes auf 45 Jahre beschränkt werden sollen. Bis spätestens 2029 hätten alle AKWs damit vom Netz müssen. Für drei der ältesten Atomkraftwerke der Welt - darunter zwei in unmittelbarer Nähe zu Baden-Württemberg - wäre schon im nächsten Jahr das Aus gekommen. Doch schon in ersten Hochrechnungen bekam die Initiative nur 45 Prozent der Stimmen, 55 Prozent stimmten dagegen. Auch war schon früh klar, daß die Mehrheit der Kantone die Pläne abgelehnt hatte. Damit scheitert die Ausstiegsinitiative schon allein am "Ständemehr".

Die 1969 sowie 1971 fertiggestellten AKW Beznau 1 und Beznau 2 liegen weniger als zehn Kilometer Luftlinie von der Südgrenze Deutschlands entfernt. Auch das Atomkraftwerk Mühleberg in der Nähe von Bern hätte 2017 vom Netz genommen werden müssen, die zwei weiteren Schweizer AKW bis spätestens 2029. Beznau 1 war der erste Atommeiler der Schweiz und ist das älteste noch in Betrieb befindliche Kernkraftwerk der Welt.

Ausstieg generell beschlossen, aber nicht, wie

Daß sich nach Deutschland auch die Schweiz über kurz oder lang vom Atomstrom verabschieden wird, ist seit der Katastrophe von Fukushima im Jahr 2011 grundsätzlich klar. Auch die Schweizer Regierung beschloß damals den Ausstieg - nur wann und wie, wurde nicht geklärt. Nach dem gescheiterten Referendum vom Sonntag wird diese Frage die Schweizer Politik nun weiter beschäftigen.

Vor dem Referendum hatten Umfragen eigentlich leichte Vorteile für die Befürworter der Ausstiegsinitiative gesehen - das hat sich jetzt als Irrtum erwiesen.

Die Befürworter des Referendums weisen auf das hohe Alter der Schweizer Reaktoren und das Risiko von Atomunfällen hin. Ein geordneter Ausstieg würde den Anbietern von erneuerbaren Energien helfen, argumentieren sie. Die Regierung warnt, daß ein vorschneller Ausstieg Importe ausländischen Atom- und Kohlestroms notwendig machen würde. Zudem fürchtet Bern Entschädigungsforderungen der AKW-Betreiber.

In den Umfragen hatte sich zuletzt ein leichter Vorteil für die Abschaltungsbefürworter an. In einer Erhebung vom 16. November gaben 33 Prozent der Befragten an, für die Ausstiegsinitiative zu sein, 32 Prozent waren dagegen. Der Rest der Befragten hatte sich noch keine eindeutige Meinung gebildet - an diesem Sonntag, in der Wahlkabine, haben sich offenkundig viele in letzter Minute gegen einen schnellen Atomausstieg entschieden.<<

29.11.2016

BRD: Die Tageszeitung "junge Welt" berichtet am 29. November 2016: >>BGH bestätigt Beihilfe zu KZ-Morden

"Spät, aber nicht zu spät": Schuldspruch gegen früheren SS-Mann rechtskräftig

Im Fall des früheren SS-Manns Oskar Gröning hat der Bundesgerichtshof (BGH) erstmals eine Verurteilung wegen Beihilfe zum massenhaften Mord im Vernichtungslager Auschwitz höchstrichterlich bestätigt. Der Schuldspruch gegen den 95jährigen sei rechtskräftig, sagte Grönings Verteidiger Hans Holtermann am Montag in Karlsruhe.

Gröning war im Juli 2015 in einem der letzten Auschwitz-Prozesse vom Landgericht Lüneburg zu vier Jahren Haft verurteilt worden. Er hatte eingeräumt, das Geld der verschleppten Juden verwaltet und die Ankunft der Transporte mit beaufsichtigt zu haben. Das Gericht wertete das als Beitrag zum Funktionieren der Tötungsmaschinerie. Damit wurde Gröning sieben Jahrzehnte nach dem Holocaust wegen Beihilfe zum Mord in 300.000 Fällen verurteilt. Revision dagegen eingelegt hatten Gröning selbst sowie mehrere Nebenkläger.

Mit dem Karlsruher Beschluß ist dieses Urteil laut Holtermann rechtskräftig. Damit wäre der Weg frei, um weiteren Handlangern des Naziregimes den Prozeß zu machen. Ob Gröning ins

Gefängnis muß, hängt von seiner Gesundheit ab. Jahrzehntlang wurden am Holocaust Beteiligte nicht zur Verantwortung gezogen, weil sie zwar Rad im Getriebe waren, aber nicht selbst getötet hatten. Eine Wende leitete erst das Münchner Urteil gegen den früheren Sobibor-Aufseher John Demjanjuk 2011 ein.

Mehrere Dutzend Nebenkläger haben die Bestätigung des Schuldspruchs begrüßt. Es handele sich um eine "wichtige Korrektur der früheren Rechtsprechung". Die drei Nebenklägervertreter Thomas Walther, Cornelius Nestler und Manuel Mayer erklärten am Montag: "Spät, aber nicht zu spät" habe sich die Auffassung durchgesetzt: "Auschwitz war ein Ort, an dem man nicht mitmachen durfte."

Damit werde nun endlich anerkannt, daß auch die "funktionelle Beihilfe" von SS-Leuten im Lager, etwa durch Wachdienst bei der Ankunft der Transporte, Beihilfe zum Massenmord sei. Efraim Zuroff, Leiter des Wiesenthal-Zentrums in Jerusalem, forderte Deutschland am Montag dazu auf, weitere Naziverbrecher zur Rechenschaft zu ziehen.<<

15.12.2016

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 15. Dezember 2016: >>4,7 Millionen Muslime

Die Zahl der in Deutschland lebenden Muslime hat sich von 2011 bis 2015 um rund 1,2 Millionen erhöht. Damit lebten mit Stichtag 31. Dezember 2015 zwischen 4,4 und 4,7 Millionen Muslime in Deutschland, teilte das Bundesinnenministerium mit. Ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung liegt demnach zwischen 5,4 und 5,7 Prozent. ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet ferner am 15. Dezember 2016: >>Blutiger Protest vor dem Landtag

Tierhalter demonstrieren gegen den Wolf - mit Kadavern gerissener Tiere

Mit echten Tierkadavern - Schafen, Ziegen und einem Galloway-Kalb - protestierten Weidetierhalter auf dem Weihnachtsmarkt an der Marktkirche gegen den Wolf. Sie forderten eine härtere Gangart gegenüber Wölfen, bis hin zum Abschluß. Gleichzeitig tagte der Landtag und versprach den Tierhaltern unbürokratische Hilfe.

"Oh Gott." Die Besucherin des Weihnachtsmarkts an der Marktkirche in Hannover hat nur schauen wollen, warum neben den Holzbuden so ein Auflauf ist, doch schnell wendet sie sich wieder ab: Auf dem Pflaster liegen die Kadaver von Schafen, Ziegen und einem Galloway-Kalb, die in den letzten Tagen auf Weiden in Niedersachsen von Wölfen gerissen wurden. ... Mit der Protestaktion zwischen Landtag und Marktkirche forderten Halter von Weidetieren eine härtere Gangart gegenüber dem Wolf.

Zu den Tierhaltern, die vor dem Landtag ihrem Unmut Luft machen, gehört auch Marc Jacholke. Der 27-Jährige aus Uelzen hat 100 Mutterkühe, dazu 25 Pferde, zusätzlich vermietet er Boxen für Gastpferde. Und von denen seien die ersten bereits abgezogen worden - aus Angst, sie könnten Opfer des großen Beutegreifers werden.

"Der Wolf steht jede zweite Woche nachts an meinen Zäunen und guckt", sagt Jacholke. Einen Riß habe er noch nicht zu beklagen gehabt, aber es seien schon Pferde in Panik geflohen und fast auf die nächste Bundesstraße gerannt. Er wolle nicht für einen Unfall verantwortlich sein, sagt Jacholke. Und er wisse nicht, wie lange er mit dem Wolf in der Nachbarschaft weitermachen könne: "Das ist meine Zukunft, die da baden geht."

Umweltminister Stefan Wenzel (Grüne) zeigte sich verständnisvoll. Die eigenen Tiere getötet und zerfetzt vorzufinden sei "eine sehr belastende Situation", sagte der Minister im Landtag, wo gestern zeitgleich zum Protest draußen über das Thema diskutiert wurde. Und Wenzel kündigte an, den Weidehaltern schneller helfen zu wollen:

So soll das Meldesystem verändert werden, damit das Wolfsbüro schneller von Rissen erfährt. Außerdem sollen betroffene Halter rascher als bisher Hilfe bekommen. "Das kann die Bereitstellung von Zaunmaterial sein, das kann tatkräftige Unterstützung sein, das kann gegebenen-

falls auch die temporäre Unterstützung mit Herdenschutzhunden und erfahrenen Hirten sein", sagt Wenzel. Über 100 Jahre habe es keinen Wolf in Niedersachsen gegeben - das Zusammenleben müsse neu erlernt werden, so der Minister.

Den Schäfern vor der Tür des Landtags klingt das nach Beschwichtigung. "Das reicht auf gar keinen Fall", sagt Mutterkuhhalter Rudolph Michaelis zu den neuen Maßnahmen. Es gebe mindestens ein Rudel in der Heide, das sich auf Nutztiere spezialisiert habe - das müsse geschossen werden. Wenn man den Herdenschutz nicht weiter gegen Angriffe eines Problemwolfs verbessern könne, dann sei "auch eine Entnahme des Individuums denkbar".

Lieber Wild- statt Haustier

Erste Erfolge: Herdenschutzmaßnahmen wie E-Zäune, Hunde oder auch Esel in der Herde zeigen laut Umweltministerium Wirkung gegen Wölfe: Obwohl die Zahl der Wölfe im Jahr 2015 angestiegen ist, hat sich die Zahl der Risse im Wesentlichen auf dem gleichen Niveau gehalten.

Zudem habe die genaue Untersuchung von Exkrementen der Raubtiere ergeben, daß Wölfe sich lediglich zu 0,8 Prozent von Nutztieren ernähren, den übergroßen Teil ihrer Nahrung also aus der Wildnis holten, betont Umweltminister Stefan Wenzel.<<